

IX. BAUWESEN.

Infolge des Krieges schrumpfte die Bautätigkeit auf eine verhältnismäßig geringe Zahl von Bauvorhaben zusammen. Es handelte sich dabei vorwiegend um den Bau von militärischen Anlagen. Dies bedingte eine gewisse Zunahme der Tätigkeit in den Tiefbauämtern, die mit Aufschließungsarbeiten wie Straßenherstellungen, Wasserversorgung, Entwässerung, öffentliche Beleuchtung für die Bauvorhaben befaßt waren.

Trotz des durch Einrückungen zur Wehrmacht hervorgerufenen Personal mangels, dem eine Zeitlang durch Ämterzusammenlegungen abzuhelfen versucht wurde, mußten diese Aufgaben bewältigt werden. Bedenklich war auch der zahlenmäßige Rückgang bei den Arbeitskräften im Straßenpflegebetrieb und bei der Müllbeseitigung, was zu Schwierigkeiten besonders in den Wintermonaten führte. Mit einem Teil des gewöhnlichen Standes, unter dem sich nicht gerade die Jüngsten, Gesündesten und Kräftigsten befanden, mußten diese für die Gesundheit so wichtigen Aufgaben gemeistert werden.

Eine umfangreiche Arbeit, an der eine große Zahl von Arbeitskräften beteiligt war, wurde für die Luftschutzbauten aufgewendet, ebenso auch für die Betreuung sämtlicher baulicher Luftschutzmaßnahmen in den Wohnhäusern.

Die Erstattung von ~~Baugutachten~~ und vor allem von Schätzungen für die Preisbehörde, die Schlichtungsstellen und zahlreiche andere öffentliche Verwaltungsstellen nahm dauernd zu.

Für die Bauführungen erwies sich die zentrale Beschaffung von Baustoffen als äußerst nutzbringend. Nur mit ihrer Hilfe konnten die durch die Kriegsbewirtschaftung bedingten Schwierigkeiten auf diesem Gebiete überwunden werden. Die Abteilung beschränkte sich nicht allein auf die Beschaffung der Baustoffe sondern war in vielen Fällen erfolgreich bemüht, den Lieferfirmen die Erzeugung und Lieferung der Ware zu ermöglichen.

Mit 15. November 1941 trat der neue Organisationsplan der Gemeindeverwaltung in Kraft, der eine Neuaufteilung der Verwaltungsgeschäfte ergab und worüber die folgende Übersicht unterrichtet.

Hauptabteilung G: Bauwesen .

=====

G 1 bis G 3 und G 43, Verwaltungsamt.

G 1 Allgemeine Verwaltungsabt. d. Bauwesens.

G 2 Prüfanstalt

G 3 Baustoffbeschaffung

G 43 Luftschutzstelle

G 4 bis G 12 und G 44, Baupolizeiamt.

- G 4 Allgemeine Baupolizeiangelegenheiten
- G 5 Baurechtsabteilung
- G 6 Bau-Feuer-u.techn.Gewerbepolizei der Bezirke
1-9 u. 20
- G 7 Bau-Feuer-u.techn.Gewerbepolizei der Bezirke
10,11 u. 23
- G 8 Bau-Feuer-u.techn.Gewerbepolizei der Bezirke
12,13,24 u.25
- G 9 Bau-Feuer-u.techn.Gewerbepolizei der Bezirke
14,15 u.16
- G 10 Bau-Feuer-u.techn.Gewerbepolizei der Bezirke
17,18,19 u. 26
- G 11 Bau-Feuer-u.techn.Gewerbepolizei der Bezirke
21 und 22
- G 12 Theater-und Kinopolizei
- G 44 Verkehrsangelegenheiten.
- G 13 und G 14 , Vermessungsamt.
 - G 13 Vermessungswesen
 - G 14 Plan-und Schriftenkammer.
- G 15 bis G 17 , Planungsamt.
 - G 15 Stadtplanung,
 - G 16 Baupflege und Bauberatung,
 - G 17 Schätzungswesen.
- G 18 bis G 25 und G 45 , Hochbauamt.
 - G 18 Entwurf und Ausführung von Wohnungen
 - G 19 Entwurf und Ausführung von Nutzbauten und Sport-
anlagen
 - G 20 Umbau von Althäusern, Luftschutzwesen, Bauförderung
 - G 21 Erhaltung städtischer Wohnhäuser
 - G 22 Erhaltung von Dienst - und Schulgebäuden
 - G 23 Erhaltung von Wohlfahrts- und Krankenanstalten
 - G 24 Garten - und Parkanlagen
 - G 25 Friedhöfe
 - G 45 Entwurfsabteilung für Hochbauten.
- G 26 bis G 31 , Tiefbauamt.
 - G 26 Entwurf und Bau von Straßen
 - G 27 Erhaltung von Straßen
 - G 28 Brückenbau
 - G 29 Wasserwirtschaft und Bodenkultur
 - G 30 Stadtentwässerung
 - G 31 Öffentliche Straßenbeleuchtung.

G 32 bis G 34 , Maschinenbauamt!

- G 32 Maschinenbau, Wärme- und Kältewirtschaft,
- G 33 Gas-Wasser-und Elektroleitungen, Fernsprechanlagen
- G 34 Zentralwäscherei.

G 35 bis G 38 , Wasserwerk.

- G 35 Allgemeine Angelegenheiten der Wasserwerke
- G 36 Quellengebiete und Aussenstrecken der Wasserwerke
- G 37 Verteilungsanlagen der Wasserwerke
- G 38 Forstwesen, Jagd und Fischerei der Quellenschutzgebiete.

G 39 bis G 42 , Amt für Straßenreinigung und Müllbeseitigung.

- G 39 Allgemeine Angelegenheiten der Straßenreinigung und Müllbeseitigung ,
- G 40 Fahrpark
- G 41 Straßenreinigung
- G 42 Müllbeseitigung.

Die Abteilungen G 43, 44, 45 sollten nach dem Kriege aufgelassen, ihre Geschäfte auf die anderen Abteilungen aufgeteilt werden.

Während des Berichtsjahres 1942 ergaben sich hauptsächlich aus Ersparungsgründen mehrere organisatorische Änderungen. So wurden stillgelegt: Die Abteilungen G 16- Baupflege und Bauberatung, G 31 - öffentliche Beleuchtung, G 45-Entwurfsabteilung für Hochbauten, die Abteilung G 19 Entwurf von Nutzbauten und die Abteilung G 26- Entwurf und Bau von Straßen.

Am 10.1.1942 wurde das Planungsamt für die Untergrundbahn der Dienststelle des Baureferenten des Reichsleiters eingegliedert.

Die Bezeichnung der Abteilung G 24 Garten-und Parkanlagen wurde mit Rundschreiben vom 20.4.1942 in " Garten und Grünflächenwesen " abgeändert.

Mit Rundschreiben vom 14.8. wurde auf Kriegsdauer ein neues Amt mit der Bezeichnung "Oberste Bauleitung" errichtet, das aus den beiden bereits bestehenden Abteilungen G 2 (Prüfanstalt) und G 3 (Baustoffbeschaffung) sowie den neu errichteten Abteilungen G 45 (Arbeits-u.Baustoffeinsatz) und G 46 (Verdingungswesen) bestand.

Mit gleichem Erlass wurde die Abteilung G 17 (Schätzungsamt) aus dem Planungsamt ausgeschieden und dem Verwaltungsamt zugeteilt, das somit aus den Abteilungen

- G 1 - Allgemeine Angelegenheiten
- G 17- Schätzungsamt und
- G 43- Luftschutzstelle bestand.

Der Bürgermeister betraute ... mittels Rundschreiben vom 10.10.1942 die Abteilung G 32 mit den Aufgaben des Energieingenieurs im Bereiche der ganzen Gemeindeverwaltung mit Ausnahme der Eigenbetriebe.

Endlich wurden die Geschäfte der Zentralwäscherei aus dem Bereiche der Hauptabteilung Bauwesen ausgeschieden und im Dezember 1942 an die Hauptabteilung K übergeben.

Zur weiteren Vereinfachung der Verwaltung wurden zufolge eines Erlasses des Bürgermeisters vom 15.3.1943 nachstehende Abänderungen des Organisationsplanes der Gemeindeverwaltung getroffen:

bisher:

- G 6 Bau-, Feuer- und technische Gewerbe- polizei der Bezirke 1 bis 9 und 20
- G 7 Bau-, Feuer- und technische Gewerbe- polizei der Bezirke 10, 11 und 23
- G 8 Bau-, Feuer- und technische Gewerbe- polizei der Bezirke 15 und 16
- G 9 Bau-, Feuer- und technische Gewerbe- polizei der Bezirke 15 und 16
- G 10 Bau-, Feuer- und tech- nische Gewerbe- polizei der Bezirke 17, 18, 19 und 26
- G 11 Bau-, Feuer- und tech- nische Gewerbe- polizei der Bezirke 21 und 22

neu:

- G 6 Baupolizei für die Be- zirke 1 bis 9 und 20
- G 7 Baupolizei für die Be- zirke 10, 11 und 23
- G 8 Baupolizei für die Be- zirke 12, 13, 24 und 25
- G 9 Baupolizei für die Be- zirke 14, 15 und 16
- G 10 Baupolizei für die Be- zirke 17, 18, 19 u. 26
- G 11 Baupolizei für die Be- zirke 21 und 22

Die Nebenstellen, die Baupolizeiabteilungen G 8 in Mödling und G 10 in Klosterneuburg, wurden aufgelassen.

Die Abteilung G 12, Theater- und Kinopolizei, erhielt die Bezeichnung:

G 12 - Feuer-, Gewerbe - Theater - und Kinopolizei.

Die Abteilungen G 13 , Vermessungswesen, G 14, Plan- und Schriftenkammer und G 17 , Schätzungswesen, wurden dem Planungsamte

unterstellt; gleichzeitig wurde das Verwaltungsamt und das Vermessungsamt auf Kriegsdauer stillgelegt.

Die Abteilungen G 21, Erhaltung städtischer Wohnhäuser, G 22, Erhaltung von Dienst- und Schulgebäuden und G 23, Erhaltung von Wohlfahrts- und Krankenanstalten, wurden auf Kriegsdauer zu einer Abteilung, die die Bezeichnung

G 47, Gebäudeerhaltung

führte und dem Hochbauamt unterstellt wurde, zusammengelegt. Ferner wurde die Abteilung G 43, Luftschutzstelle, die bisher dem Verwaltungsamt angehörte, dem Hochbauamt unterstellt.

Dagegen wurden die Abteilungen G 24, Garten- und Grünflächenwesen und G 25, Friedhöfe, die bis dahin zum Hochbauamt gehört hatten, dem Grünflächenamt, das neu errichtet wurde, zugeordnet.

Die Abteilungen G 32, Maschinenbau, Wärme- und Kältewirtschaft und G 33, Gas-, Wasser- u. Elektroleitungen, Fernsprechanlagen wurden unter gleichzeitiger Stilllegung des Maschinenbauamtes auf Kriegsdauer der "Obersten Bauleitung" unterstellt.

Zur Zusammenfassung der Konstruktionsarbeiten der Ingenieurbauten wurde eine neue Abteilung

G 48 Entwurfsabteilung für Ingenieurbauten

errichtet, die dem Tiefbauamt, dessen Bezeichnung in "Tiefbau- und Wasserwirtschaftsamt" geändert wurde, eingegliedert wurde.

Im Zusammenhang mit diesen organisatorischen Änderungen wurden die Angelegenheiten der Feuer- und technischen Gewerbepolizei, die bis dahin von den Abteilungen G 4, G 6 - G 11, besorgt worden waren, der Abteilung G 12-Feuer-, Gewerbe-, Theater- und Kinopolizei übertragen.

Den Abteilungen G 6 - G 11 oblagen alle baubehördlichen Angelegenheiten, die nicht einer anderen Dienststelle vorbehalten waren, soweit nicht besondere rechtliche Fragen in Betracht kamen, ferner die Handhabung des Energiewirtschaftsrechtes im Zusammenhang mit Bauangelegenheiten.

Aus dem Geschäftsbereiche der Abt. G 33- Gas-, Wasser- und Elektroleitungen, Fernsprechanlagen, wurden die Installationsarbeiten einfacherer Art der Abt. G 47, Gebäudeerhaltung, zugewiesen.

Die Abt. G 24, Garten- und Grünflächenwesen, übernahm aus dem Wirkungsbereich der bisherigen Abteilung G 22, die technische Erhaltung der Gartenobjekte (Glashäuser, Einfriedungen, Bänke u.s.w.)

Die technischen Angelegenheiten, d.s. die Gebäudeerhaltung des früheren Berufsschulrates, die bis dahin von der Abt. C 2 besorgt worden waren, gingen an die zuständigen Abteilungen der Hauptabteilung G über und nur ganz geringfügige Leistungen wurden von der Abt. C 2 unmittelbar besorgt.

Die Anordnung des Reichsministers für Rüstungswesen vom 3.6.1944 über die Neuorganisation des Bauens im Reichsgebiet sowie manche Erfahrungen der vorhergehenden Jahre erforderten eine Änderung des Organisationsplanes der Hauptabteilung Bauwesen. Die Anordnung des Reichsministers sah besonders die Schaffung eines OT-Einsatzes Wien vor, verschiedene durch den totalen Kriegseinsatz bedingte Einschränkungen einzelner Arbeitsgebiete, Ausweitungen bestehender und Übernahme neuer Geschäftszweige.

Um bei dem großen Umfang des Geschäftsbereiches der Hauptabteilung die für den Beigeordneten sich als unerlässlich erwiesene Entlastung zu schaffen, wurden die Ämter der Hauptabteilung in "Amtsgruppen" zusammengefaßt. Die Amtsgruppen führten die Bezeichnungen: "Stadtbaudirektion", "Oberste Bauleitung", "Stadtbauwesen", "Maschinen, Fahrzeug und Gerät", "Forste und Grünflächen".

Der Amtsgruppe Stadtbaudirektion waren das wieder zu errichtende Verwaltungsamt, die Wasserwerke und die Friedhöfe unterstellt.

Innerhalb der Amtsgruppe "Oberste Bauleitung" wurden drei neue Ämter mit den Bezeichnungen "Baueinsatz", "Nachschub", "Planung und Entwurf", geschaffen. Mit dieser Gliederung sollte die Organisation möglichst an jene des OT-Einsatzes Wien angepasst werden. Den Dienststellen des OT-Einsatzes standen daher gleichgeartete Stellen der Gemeindeverwaltung gegenüber, was eine sachlich und personell rationellere und übersichtlichere Geschäftsführung ermöglichte. Hierbei mußten allerdings auch einzelne etwas fremd anmutende Dienststellenbezeichnungen mit übernommen werden.

Der Obersten Bauleitung, Amt Baueinsatz, wurden fünf Bereichsbauleitungen unterstellt, die nebst den von der OT auszuführenden Bauten auch die größeren Bauvorhaben der Gemeindeverwaltung durchzuführen hatten.

Die Amtsgruppe "Stadtbauwesen" umfaßte das Baupolizeiamt, das Hochbauamt, das Tiefbau- und Wasserwirtschaftsamt, das Regulierungs- und Vermessungsamt, (das Planungsamt wurde stillgelegt,) und das zufolge Entschließung des Bürgermeisters vom 17.11.1944 geschaffene "Amt für bauliche Sofortmaßnahmen".

Entsprechend den fünf Bereichsbauleitungen wurden dieser Amtsgruppe fünf Bereichsbauinspektoren unterstellt, deren Aufgabe in der Ausrichtung der zentralen Verwaltung auf die örtlichen Erfordernisse der einzelnen Gebiete lag. In der Amtsgruppe "Maschinen, Fahrzeug und Gerät" wurden das Maschinenbauamt und der Städtische Fuhrwerksbetrieb zusammengefaßt.

Die Amtsgruppe "Forste und Grünflächen" umfaßte das Hauptforstamt und das Grünflächenamt.

Die der Hauptabteilung unmittelbar unterstellte Dienststelle in der Prinz Eugenstraße, die Teile der Geschäfte der Abteilung G 15 führte, erhielt die Bezeichnung Stadtplanungsamt. Sie war außerdem berufen, die Verbindung zwischen der Gemeindeverwaltung und der Staatlichen Planungsbehörde sowie dem Beauftragten des Führers für städtebauliche Maßnahmen herzustellen und zwar bis zu jenem Zeitpunkt, wo diese Aufgaben der Gemeindeverwaltung übertragen und dann durch das Stadtplanungsamt unmittelbar durchgeführt werden sollten.

Innerhalb der einzelnen Ämter ergaben sich folgende Änderungen:

Verwaltungsamt. (G 1, 46, 21)

Zum Verwaltungsamt gehörten nunmehr die Abteilungen G 1 und die aus der Obersten Bauleitung ausgeschiedene Abteilung G 46 " Verdingungswesen und Bauabrechnung ". In einer neuen Abteilung G 21 " Rechnungs- und Kassenwesen " wurden die finanziellen Fragen zwischen OT und Gemeindeverwaltung behandelt.

Wasserwerke. (G 35 - 38)

Die Bezeichnung der Abteilung G 37 wurde in " Außenstrecken der Wasserwerke " abgeändert. Einen Teil der Geschäfte der Abteilung G 37 übernahm die neue Abteilung G 38 " Rohrnetz der Wasserwerke ".

Baueinsatz. (G 43 - 45)

Die Abteilung G 45 wurde unter Abänderung ihrer Bezeichnung in " Frontführung " in die Abteilung G 43 " Baulenkung ", G 44 " Städtische Bauhöfe " und G 45 " Frontführung " geteilt.

Nachschub. (G 2 , 3 , 22 , 23)

Neuaufgestellt wurden die Abteilungen G 22 " Kontingentstelle " und G 23 " Transportwesen ".

Planung und Entwurf. (G 19 und 48)

Die stillgelegte Abteilung G 19 " Entwurf und Ausführung von Nutzbauten und Sportanlagen " erhielt die Bezeichnung " Entwurfsabteilung für Hochbauten."

Baupolizeiamt. (G 4 , 5 , 6 , 12)

Die Abteilungen G 7 " Baupolizei für die Bezirke 10, 11 und 23 ", G 8, " Baupolizei für die Bezirke 12, 13, 24 und 25 ", G 9, " Baupolizei für die Bezirke 14, 15 und 16, G 10, " Baupolizei für die Bezirke 17, 18, 19 und 26 " und G 11, " Baupolizei für die Bezirke 21 und 22 ", wurden stillgelegt. Ihre Geschäfte übernahm die Abteilung G 6, " Baupolizei für die Bezirke 1 - 9 und 20 ", die die Bezeichnung " Baupolizei " erhielt. Die Abteilung G 44, " Verkehrsangelegenheiten", wurde aufgelassen. Ihre Geschäfte übernahm die Abteilung G 4, " Allgemeine Baupolizeiangelegenheiten ", deren Bezeichnung in " Allgemeine Baupolizei- und Verkehrsangelegenheiten " geändert wurde.

Hochbauamt. (G 18, 20, 47)

Die Abteilung G 18, " Entwurf und Ausführung von Wohnungen ", erhielt die Bezeichnung " Wohnungsbau " und die Abteilung G 20, "Umbau von Althäusern, Luftschutzwesen, Bauförderung ", die Bezeichnung " Nutz- und Sonderbauten." (Die Abteilung G 19 kam zum Amt " Planung und Entwurf.)

Tiefbau- und Wasserwirtschaftsamt. G 27, 30)

Im Bereiche des Tiefbau- und Wasserwirtschaftsamtes wurden die Abteilungen G 28 " Brückenbau " und G 29 " Wasserwirtschaft und Bodenkultur ", stillgelegt. Ihre Geschäfte wurden von der Abteilung G 27 " Erhaltung von Straßen " übernommen, die die Bezeichnung " Erhaltung von Straßen, Brücken und Wasserläufen " führte.

Regulierungs- und Vermessungsamt. (G 13, 14, 15, 17)

Die Abteilung G 15, " Stadtplanung ", wurde unter Änderung der Bezeichnung in " Stadtregulierung " auf Kriegsdauer stillgelegt. Ihre Geschäfte führte die Abteilung G 13, " Vermessungswesen ".

Amt für bauliche Sofortmaßnahmen.

Diesem Amt waren die jeweils erforderlichen Baueinsatzstäbe unterstellt.

Maschinenbauamt. (G 32, 33, 34)

Im Rahmen des Maschinenbauamtes erhielt die Abteilung G 32 " Maschinenbau, Wärme- und Kältewirtschaft " die Bezeichnung " Maschinenbau ", die Abteilung G 33, " Gas-, Wasser- und Elektroleitungen, Fernsprechanlagen " die Bezeichnung " Elektrotechnik und Fernmeldewesen". Ferner wurde eine neue Abteilung mit der Bezeichnung G 34, "Maschinenpark und Werkstätten ", errichtet.

Städtischer Fuhrwerksbetrieb. (G 39 - 42)

Der städtische Fuhrwerksbetrieb blieb unverändert.

Hauptforstamt. (G 49 , 50)

Der Name des Amtes für Forstwesen wurde in " Hauptforstamt " geändert.

Grünflächenamt. (G 16, 24)

Die bisherige Abteilung G 24, " Garten und Grünflächenwesen ", wurde in die Abteilung G 16 " Grünflächengestaltung " und in die Abteilung G 24 " Stadtgartenbetrieb " geteilt.

Der Organisationsplan zeigte also folgendes Bild am Ende des Berichtszeitraumes:

Verwaltungsamt

G 1 und G 17

G 1 Allgemeine Verwaltungsabteilung des
Bauwesens
G 17 Schätzungswesen

Oberste Bauleitung

G 2, G 3, G 45
und G 46

G 2 Prüfanstalt
G 3 Baustoffbeschaffung
G 45 Arbeits- und Baustoffeinsatz
G 46 Verdingungswesen

Baupolizeiamt

G 4 bis G 12 und
G 44

G 4 Allgemeine Baupolizeiangelegenheiten
G 5 Baurechtsabteilung
G 6 Baupolizei der Bezirke 1 bis 9 u. 20
G 7 Baupolizei der Bezirke 10, 11 und 23
G 8 Baupolizei der Bezirke 12, 13, 24 u. 25
G 9 Baupolizei der Bezirke 14, 15 und 16
G 10 Baupolizei der Bezirke 17, 18, 19 u. 26
G 11 Baupolizei der Bezirke 21 und 22
G 12 Feuer-, Gewerbe-, Theater- und Kinopolizei
G 44 Verkehrsangelegenheiten

Vermessungsamt

G 13 und G 14

G 13 Vermessungswesen
G 14 Plan- und Schriftenkammer

Planungsamt

G 15

G 15 Stadtplanung

Hochbauamt

G 18 bis G 25 und
G 47

G 18 Entwurf und Ausführung von Wohnungen
G 20 Umbau von Althäusern, Luftschutzwesen,
Bauförderung
G 24 Garten- und Grünflächenwesen
G 25 Friedhöfe
G 47 Gebäudeerhaltung

Tiefbauamt

G 27 bis G 30

G 27 Erhaltung von Straßen
G 28 Brückenbau
G 29 Wasserwirtschaft und Bodenkultur
G 30 Stadtentwässerung

Maschinenbauamt

G 32 und G 33

G 32 Maschinenbau, Wärme- und Kältewirtschaft
G 33 Gas-, Wasser- und Elektroleitung, Fernsprechanlagen.

Wasserwerke

G 35 bis G 37,
G 49 und G 50

G 35 Allgemeine Angelegenheiten der Wasserwerke
G 36 Quellengebiete und Aussenstrecken der Wasserwerke
G 37 Verteilungsanlagen der Wasserwerke
G 49 Stadtforste
G 50 Quellenschutzforste

Ant für Straßenreinigung
und Müllbeseitigung

G 39 bis G 42

G 39 Allgemeine Angelegenheiten der Straßenreinigung und Müllbeseitigung
G 40 Fuhrpark
G 41 Straßenreinigung
G 42 Müllbeseitigung

1.) Oberste Bauleitung.

Bedingt durch die Kriegsverhältnisse machte sich immer mehr die außerordentliche Verknappung an Baumaterialien und der Mangel an Bauarbeitern fühlbar. Selbst lebensnotwendige und kriegswichtige Bauaufgaben der Gemeindeverwaltung litten unter diesem Mangel. Immer mehr setzte sich die Erkenntnis durch, daß es notwendig sei, von einer Stelle aus die Verteilung der Arbeiter und der Baustoffe zu lenken. Der Bürgermeister errichtete daher mit EntschlieÙung vom 14. August 1942 in Abänderung des bestehenden Organisationsplanes im Bereich der Hauptabteilung Bauwesen auf Kriegsdauer ein neues Amt mit der Bezeichnung " Oberste Bauleitung " .

Der Obersten Bauleitung oblag die zentrale Lenkung aller Bauvorhaben innerhalb der gesamten Hoheitsverwaltung, besonders die zentrale Lenkung des Arbeitseinsatzes und der Kontingentbeschaffung. Die Durchführung dieser Aufgaben besorgten die neu errichteten Abteilungen G 45 und G 46. Die Abteilungen G 2 , Prüfanstalt und G 3 Baustoffbeschaffung, wurden im Sinne der organisatorischen Zusammenfassung aller Geschäfte einer zentralen Lenkung der Bauaufgaben , ebenfalls der Obersten Bauleitung unterstellt.

Dazu kamen noch der Bau, die Erhaltung und Verwaltung der Arbeiterlager, wofür die Abteilung G 45 zuständig war.

Da die Vergebung von Bauaufträgen im Baugewerbe immer schwieriger wurde, mußte die Verwaltung zur Selbsthilfe greifen und wichtige und dringende Erhaltungsarbeiten in Eigenregie ausführen. So entstand innerhalb der Abteilung G 20 ein Bauhof, der dann der Abteilung G 45 angegliedert wurde.

Trotz des Preisstop-Gesetzes bestand im Baugewerbe, bedingt durch dessen große Beanspruchung, die Gefahr, einer Preissteigerung. Seit Kriegsbeginn erschienen zahlreiche neue Vorschriften um die Preisbildung zu regeln. Um eine einheitliche Führung auf diesem Gebiete zu gewährleisten, wurde für die grundsätzlichen Angelegenheiten auf dem Gebiete des Verdingungswesens und der Preisüberwachung eine neue Abteilung " G 46 " geschaffen und der Obersten Bauleitung unterstellt.

Arbeits-und Baustoffeinsatz.

Der Tätigkeitsbereich der Abteilung G 45 teilte sich in drei Hauptreferate:

Arbeitereinsatz und Arbeiterbarackenlager,
deren Bau, Erhaltung und Verwaltung; Kontingentangelegenheiten
des Bauwesens; Bauhöfe, Errichtung und Betrieb.

Der Arbeitseinsatz gliederte sich in folgende Referate:

Finanz - und Wirtschaftsreferat:

Verpflegung der Arbeiter, Haushaltswesen, Haushaltsplan, Kredite, Verlagsabrechnungen, Geldangelegenheiten jeder Art, Versicherungsangelegenheiten, Überwachung der Geldüberweisung ausländischer Arbeiter in ihre Heimat und Versorgung der ausländischen Arbeiter mit Bekleidung und Schuhen.

Lager- Inspektorat und technisches Referat:

Lageraufsicht, Lagerinstandhaltung, Überwachung der Einhaltung der Lagerordnung, bauliche Instandhaltung und Verbesserung der Lagerobjekte.

Einsatz der ausländischen Arbeiter:

Evidenzführung der Anforderung von Arbeitskräften sowie der freiwerdenden Arbeiter, Führung der Einsatzwochenlisten, Stellung von Zuweisungsanträgen an das Arbeitsamt.

Karteiführung der Zentralstelle:

Namenskartei, Firmenkartei, Berufskartei, Aufbewahrung der Dokumente, Ausgabe von Merkblättern an Firmen, Ausgabe der Esskarten, Kontrolle der Anwesenheit der Arbeiter durch verschiedene Rapporte, Urlauber - und Heimkehrerangelegenheiten, Disziplinarangelegenheiten.

Organisationsreferat:

Evidenzführung der verschiedenen Erlässe, betreffend den Einsatz der ausländischen Arbeiter, Bekanntmachung der Erlässe an nachgeordnete Stellen, Durchführung der Zentralisierung.

Dem Arbeitseinsatz waren im letzten Berichtsjahre 26 Arbeitslager unterstellt. Die Arbeitskräfte wurden zur Behebung von Fliegerschäden eingesetzt. Auch der Bau von Behelfsheimen wurde von diesen durchgeführt.

Da die Behelfsheime von den städtischen Arbeiterlagern zu weit entfernt waren, mußten auch noch Lager in neu erbauten Baracken, oder in bereits fertigen Behelfsheimen eingerichtet werden. Für volksdeutsche Flüchtlinge wurde im Oktober 1944 in Brunn a. Gebirge auf der ehemaligen Trasse der Reichsautobahn Behelfsheime für insgesamt 340 Personen eingerichtet.

Im Juli 1944 wurden vom Arbeitsamt 1800 ungarische Judenfamilien mit Frauen und Kinder zugewiesen, die zu Aufräumarbeiten nach Luftangriffen eingesetzt wurden.

Im August 1944 kamen 850 albanische KZ-Häftlinge, darunter auch Frauen und Kinder, an. Da die Zuweisung nicht über das Arbeitsamt erfolgte und die Leute somit nicht sozialversichert werden konnten, mußten über 15.000 RM für Spitalskosten und RM 6.000 für Medikamente aufgewendet werden. Auch der Bekleidungsstand der Leute war derart, daß der Einsatz gefährdet erschien. Die meisten hatten nur Hose und Hemd, keine Schuhe. Es mußten daher vom Beschaffungsamt 350 Anzüge und 700 Paar Schuhe mit Holzsohlen aus eigenen Mitteln beigelegt werden.

Im September 1944 wurden nach den ersten schweren amerikanischen Luftangriffen auf Wien 8 Einheiten des Reichsarbeitsdienstes (600 Mann) abgeordnet, die in städtischen Lagern und im Rathaus-Festsaal untergebracht wurden. Diese Formation wurde aber schon nach einem Monat wieder abgezogen.

Zwischen August und Oktober 1944 wurde ein Großteil des Stadtbauamtes in die Organisation Todt (OT) übergeleitet. Die städtischen Lager und die der Stadt zugewiesenen ausländischen Arbeiterlager wurden jedoch von dieser Überleitung ausgenommen, weil die OT wegen Mangel an Kontingenten nicht in der Lage war, die ausländischen Arbeiter zu verpflegen und zu betreuen. Hingegen mußten OT-Arbeiter in städtischen Lagern untergebracht werden, und zwar: im Jahre 1945 1.800 Mann serbische Grenz- und Staatswache. Die Leute, die direkt vom Fronteinsatz zur Retablierung nach Wien kamen, sollten als Bauarbeiter eingesetzt werden. Der ganze Transport war vollständig verlaust, sodaß sich als Folge Fleckfieber einstellte. Die Kranken wurden dann von der Wehrmacht in Pflege genommen. Aber auch die Gesunden und Genesenen waren derart herabgekommen, daß sie nicht eingesetzt werden konnten.

Im Feber 1945 kamen 4 Transporte mit je 300 Mann rumänischen Kriegsfreiwilligen. Diese Leute wurden bis zu ihrer Übernahme durch die SS in den städtischen Lagern untergebracht, dort verpflegt und bei Sofortmaßnahmen nach Fliegerangriffen eingesetzt.

Ferner kam ein Transport mit 300 ~~italienischer~~ Militärinternierten.

Im März 1945 wurden von der OT 600 Wiener Mischlinge zugewiesen, die auf Wunsch der OT in Arbeiterlagern kaserniert und der Wiener Feuerschutzpolizei zum Soforteinsatz nach Fliegerangriffen (Behebung an Licht- und Wasserleitungen) zur Verfügung gestellt werden sollten. Die Lager wurden eingerichtet, jedoch nur rund 150 Mann eingewiesen.

Für die Betreuung der ausländischen Arbeiter wurde bestmöglichst gesorgt. In jedem Lager war ein Krankenrevier mit überzogenen Polstern, Leintüchern, in den großen Lagern Höhensonne, 2 Zahnambulatorien, in jedem Lager ausgebildetes Krankenpflegepersonal mit einem Arzt. Da die Krankenkassa nicht über genügend Ärzte verfügte, wurde durchgesetzt, daß 2 albanische KZ-Häftlinge (Ärzte) freikamen und als Vertrauensärzte für die städtischen Lager eingesetzt wurden. Auch die mit den ungarischen Juden gekommenen Spezialärzte wurden herangezogen. Von den in den städtischen Lagern untergebrachten rund 14.000 Menschen (inkl. Kindern und eingemieteten Firmenerbeitern) starben während der ganzen Betriebszeit nur 84. Davon 58 Juden und 10 Ostarbeiter durch Bombentreffer in einem Lager, die übrigen 16 in verschiedenen städtischen Spitälern. Die ärztliche Betreuung in den Lagern war so umfassend, daß die Krankenreviere von der Krankenkassa als Werksspitäler anerkannt wurden.

Die Verpflegung für die Arbeiter wurde vom Verein für Volksernährung und der WÖK nach den für diese Arbeiterkategorie zugewiesenen Verpflegungssätzen geliefert.

Es wurde auch dafür gesorgt, daß die Arbeiter anständig behandelt wurden. Waren Klagen gegen den Lagerführer oder einen seiner Angestellten wegen schlechter Behandlung, dann wurden diese auf ihre Richtigkeit eingehend überprüft und bei Vergehen der Schuldtrager strafweise versetzt, oder der Disziplinarabteilung angezeigt.

Durch Luftangriffe sind in den letzten Kriegsmonaten 7 Arbeitslager ausgefallen.

Die Tätigkeit der Kontingentstelle umfaßte folgende Gegenstände:

- Verhandlungen mit den einzelnen Kontingentträgern und Reichsstellen über die Beschaffung der Kontingente für die Hoheitsverwaltung der Stadt Wien;
- Verwaltung der Erhaltungskontingente an Eisen, Holz, Zement, Treibstoff usw. für die Hoheitsverwaltung der Stadt Wien;
- Verantwortliche Prüfung der Bedarfsanträge der einzelnen Dienststellen und Zuweisung der Kontingente;
- Euchführung und Abrechnung der Erhaltungskontingente auf Grund der bestehenden Vorschriften;
- Beschaffung, Abrechnung und Zuteilung jener Kontingente, die von den verschiedenen Kontingentsträgern für bestimmte Bedarfzwecke im Verhandlungswege beschafft und zugewiesen wurden;

Bearbeitung und Weiterleitung der Anträge auf Ausnahme vom Bauverbot, Einreihung in die Rangfolgeliste und deren Weiterleitung an die zuständigen Stellen.

Ständige Betreuung der Bauführungen;

Durchführung der Anordnungen der Reichsministerien, Reichsstellen und Kontingenträger bei den Dienststellen der Stadt Wien in Angelegenheiten der Kontingentwirtschaft;

Die häufigen Änderungen der Bestimmungen über die Bewirtung bedingten eine ununterbrochene Wachsamkeit zur Wahrung der Interessen der Stadt Wien, wobei jedoch auf die Erfordernisse der Kriegs- und Rüstungswirtschaft Bedacht genommen werden mußte.

Diesen Zwecken diente auch eine ständige Einflußnahme auf die einzelnen Dienststellen zur Umstellung ihrer Bedürfnisse auf die jeweils gegebenen Möglichkeiten.

Da die Behebung von Baugebrechen in kriegs- und lebenswichtigen Betrieben und Anstalten der Stadt Wien durch die städtischen Kontrahenten nicht mehr sichergestellt werden konnte, wurden im April 1942 die Städtischen Bauhöfe ins Leben gerufen.

Bauhöfe.

Die Arbeiten der Bauhöfe wurden unter Einsatz von gemeindeeigenem Personal, Material und Fuhrwerk, ausschließlich in gemeindeeigenen Objekten durchgeführt. Darüber hinaus förderten und ermöglichten die Bauhöfe durch Beistellung von Baustoffen und Bauhilfsstoffen, wie auch durch Namhaftmachung geeigneter privater Firmen, dringliche Bauherstellungen, deren Fertigstellung sonst gefährdet oder unmöglich gewesen wäre. Durch die Übernahme und Wiederverwendung von anfallenden Altbaustoffen aus städtischen Objekten wurde deren bestmögliche Ausnützung gewährleistet.

Die Arbeiten der Bauhöfe erstreckten sich sowohl auf die Haupt- als auch auf die Nebengewerbe des Baufaches.

Die Betriebsorganisation wurde derart aufgebaut, daß Sachgebiete für Baumeister-, Zimmerer-, Schlosser-, Tischler-, Maler-, Anstreicher - und Spenglerarbeiten geschaffen wurden, die von Werkmeistern verantwortlich geführt wurden.

Die Dachdecker - und Reinigungsarbeiten wurden durch je eine durch Vertrag verpflichtete Firma besorgt, die das den Bauhöfen zugehörige Personal zu überwachen hatte.

Die Leitung der Bauhöfe führte die Lenkung und Aufsichtsführung, Material - und Werkzeugbeschaffung, Fuhrwerkseinteilung, die Führung der Personal- und Lohnverrechnungsarbeiten sowie die

Ausfertigung der Belastungen für jene Dienststellen, welche die Bauhöfe in Anspruch nahmen, durch.

Die Schwierigkeiten, bei der Beschaffung der Bauhöfe schienen vorerst unüberwindlich, waren doch weder Arbeiter, noch auch Materialplätze, Werkzeuge oder Baustoffe vorhanden. Dennoch gelang es, wenn auch zum Teil mit behelfsmäßigen Einrichtungen, bereits 3 Monate später mit den Gebrechensbehebungen in den städtischen Objekten beginnen zu können. Allerdings verfügten die Bauhöfe nur über ein Zehntel jenes Arbeiterstandes, der zur ordnungsgemäßen Instandhaltung notwendig gewesen wäre. Es mußte daher die Tätigkeit der Bauhöfe auf die Behebung der dringendsten Baugebrechen, welche die ungestörte Weiterführung der Ämter, Schulen, Spitäler usw. gefährdet hätten, verlegt und auf jene unabweislichen Fälle beschränkt werden, in denen alle Möglichkeiten, anderweitig, das heißt durch private Firmen die Arbeiten ausführen zu lassen, bereits erschöpft waren.

Die städtischen Bauhöfe wurden bei ihrer Gründung der Abteilung G 20 angegliedert und am 2. Juli 1942 im Rahmen der Abteilung G 45 dem Amt "Oberste Bauleitung" unterstellt.

Besondere Schwierigkeiten stellten sich der Beschaffung der Werkzeuge entgegen, die für alle Sparten der Bau-Haupt- und Nebengewerbe in je 15 Garnituren erforderlich waren. Unter Mithilfe des Landeswirtschaftsamtes gelang es jedoch, auch diese Aufgabe in kurzer Zeit zu lösen.

Die Arbeiterbeschaffung erforderte eine Überprüfung aller in der Hauptabteilung Bauwesen Tätigen, soweit sie seinerzeit ein Handwerk gelernt hatten. Die meisten dieser Leute aber waren körperlich nicht geeignet, sodaß eine Wiederverwendung in ihrem gelernten Beruf nicht mehr möglich war. Es mußte daher getrachtet werden, durch Einsatz von Dienstverpflichteten und ausländischen Arbeitskräften den als Minimum anzusehenden Stand auszufüllen. Der Anteil der ausländischen Arbeitskräfte stieg daher ständig und erreichte im Berichtsjahre 1944 75 % des Arbeiterstandes.

Im letzten Kriegsjahre hatten die städtischen Bauhöfe, die ihrer Widmung entsprechend alle Bauschäden in städtischen Objekten zu beheben hatten einem Höchstmaß an Belastung standzuhalten. Praktisch standen für die Bauamtsabteilungen keine Firmen mehr zur Verfügung; gegen Kriegsende waren so ziemlich alle noch arbeitsfähigen Männer einberufen worden, womit die Gewerbetreibenden der letzten Arbeitskräfte verlustig gegangen waren. Obwohl nur mehr die

allerdringlichsten Schadensbehebungen durchgeführt werden konnten, war es unmöglich geworden, alles das wieder instandzusetzen, was durch die an Intensität ständig zunehmenden Bombenangriffe in den städtischen Objekten beschädigt worden war. Die Arbeiten im Neuen Rathaus, in den Objekten der Rathausgruppe, in der Bezirks-~~hauptmannschaft~~ für den VIII. und IX. Bezirk sowie in der für den XIX. Bezirk stellten wohl die bedeutendsten, aber nur einen Bruchteil der von den städtischen Bauhöfen geleisteten Arbeiten dar. Besonders umfangreich waren die Schadensbehebungen an Fenstern, Türen und Verdunkelungseinrichtungen in Krankenanstalten, Schulen und Amtshäusern, von deren Durchführung der weitere Betrieb abhängig war.

Zu den geschilderten Bauaufgaben kamen die Bauarbeiten für die Errichtung von 23 Notküchen und 39 Ausweichlagern für Lebensmittel hinzu. Die Leitung der Bauhöfe war zudem stets bemüht in allen großen Nöten einzugreifen und durch die Beistellung fehlender Materialien sowie durch die Ausführung von sonst unterbliebenen wichtigen Herstellungen ihre Aufgabe als " technische Rettungsgesellschaft " zu erfüllen.

Schließlich sei erwähnt, daß es den Bauhöfen möglich war im Berichtszeitraum etwa 300 Arbeitern und Angestellten der Stadt Wien, deren Wohnungen bombenbeschädigt wurden, hilfreich zur Seite zu stehen und sie von den drückendsten Sorgen um die Wiederherstellung ihrer Wohnungen zu befreien.

2.) VERDINGUNGSWESEN,

Die Abteilung G 46 war der " Obersten Bauleitung " unterstellt. Ihr Geschäftsbereich umfaßte: " Grundsätzliche Angelegenheiten des Verdingungswesens, Preisüberwachung, städtischer **Preistarif für Bauarbeiten.** "

Hauptaufgabe der Abteilung war, über die seit dem Jahre 1938 und insbesondere seit Kriegsbeginn in großer Zahl erschienenen und in dauernder Änderung begriffenen Vorschriften für die Preisbildung im Bauwesen und für alle jene Sachgebiete, die die Preisbildung beeinflussten, eine klare Übersicht zu schaffen, um die unter großem Personalmangel leidenden bauausführenden Abteilungen in dieser Beziehung zu entlasten.

Als wichtige Arbeit größeren Umfanges ist unter anderem die Klarstellung der für öffentliche Dienststellen in diesen Jahren möglichen Arten von Bauverträgen zu erwähnen, samt allen Auswirkungen, die durch die Einführung des Leistungslohnes im Baugewerbe bedingt waren.

Durch eine eingehende Untersuchung wurden die Möglichkeiten zur Beschleunigung der Bauabrechnungen aufgezeigt, dann wurde über die in den einzelnen Zweigen des Baugewerbes geltenden zahlreichen Lohnvorschriften Klarheit geschaffen und schließlich darauf hingewiesen, welche Erleichterungen gegenüber dem allgemeinen Preisstop durch die Baupreisverordnung entstanden seien. So konnte z.B. durch eine grundsätzliche Neuregelung der Vergebung von Elektro-, Gas- und Wasserinstallationsarbeiten den damit befaßten Bauabteilungen eine wesentliche Erleichterung geboten werden.

Mit Runderlaß vom 18. Februar 1944, wurde folgende Änderung des Organisationsplanes der Gemeindeverwaltung im Bereiche der Hauptabteilung G - Bauwesen für die Abteilung G 46 verfügt:

Der Wirkungsbereich der Abteilung G 46 - Verdingungswesen, wurde bei gleichzeitiger Stilllegung der Unterabteilung L 8/127- Kollaudierungsabteilung, auf Kriegsdauer um die Agenden der Bauabrechnung erweitert und die Bezeichnung ^{Kollaudierung} "G 46", Verdingungswesen u. Bauabrechnung " festgelegt.

Die für den Kollaudierungsdienst geltenden, bisher von der Unterabteilung L 8/127 gehandhabten Sondervorschriften wurden außer Kraft gesetzt und die neue Geschäftseinteilung der Abteilung G 46 in folgender Dienstanweisung vom 9. März 1944 geregelt.

" Der Abteilung G 46, Verdingungswesen und Bauabrechnung, obliegt außer der Durchführung aller grundsätzlichen Angelegenheiten des Verdingungswesens und der Überwachung der Baupreisbildung nach den geltenden Vorschriften, Erlässen u.s.w., die Überprüfung aller Verdingungsunterlagen und Auftragsnehmerrechnungen für Bauten, deren Kosten einen bestimmten, von den Leitern der Hauptabteilung G und L jeweils festzusetzenden Betrag übersteigen oder die ohne Rücksicht auf die Höhe der Kosten von ihnen im Einzelfall bestimmt werden. Der Abteilungsleiter kann für bestimmte Bauten eine kommissionelle Prüfung der Bauleistungen an Ort und Stelle durch Mitwirkung seiner Organe anordnen.

Für die Überprüfung der Rechnungen gelten in sinngemäßer Anwendung des Artikels III der Satzung für das Rechnungs- und Kassenamt der Stadt Wien vom 16. März 1943, Verordnungs- und Amtsblatt für den Reichsgau Wien Nr. 46/1943, folgende Bestimmungen:

Die Prüfung erstreckt sich bei jeder Anordnung auf die Feststellung, ob die Anordnung sachlich und rechnerisch richtig ist und ob sie den geltenden Vorschriften entspricht.

In Ausübung dieser Tätigkeit ist die Abteilung G 46 berechtigt, in alle zur Überprüfung der Anordnungen erforderlichen Unterlagen Einsicht zu nehmen, ihre Ausfolgung zu verlangen und die notwendigen Auskünfte einzuholen.

Ergibt sich bei der Prüfung ein Anstand, so hat die Abteilung G 46 die anordnende Dienststelle **aufmerksam** zu machen. Wenn die anordnende Dienststelle sich der Ansicht der Abteilung G 46 nicht oder nur teilweise anschließt, so ist die einvernehmliche Entscheidung des Stadtkämmerers und des Leiters der Hauptabteilung G anzurufen. Schließt sich der Stadtkämmerer der Beanstandung der Abteilung G 46 nicht an, so ist auf dem Anordnungsbeleg der Vermerk "über besonderen Auftrag" auffällig anzubringen.

Die für den Kollaudierungsdienst geltenden Sondervorschriften treten außer Kraft.

Die Abteilung G 46, der keine Haushaltsmittel zur Verwaltung zustehen dürfen, hat die von ihr geprüften Rechnungen mit folgender Klausel zu bescheinigen :

Abteilung G 46

Geprüft und richtig gestellt auf den
Betrag von RM

Wien, am

Das Personal der Abteilung setzt sich aus Dienstkräften der Hauptabteilung Bauwesen und des Rechnungs- und Kassenamtes zusammen. Letztere dürfen nur im Bereich dieser Abteilung verwendet werden. Das gesamte Personal der Abteilung untersteht der Dienstaufsicht des Leiters der Abteilung G 46. In fachlicher Hinsicht untersteht es den Hauptabteilungen Bauwesen und Stadtkämmerei.

Die von der Abteilung G 46 zu erteilenden Prüfungsbescheinigungen sind vom Abteilungsleiter und von dem prüfenden Rechnungsbeamten zu zeichnen."

In Ergänzung dieser Dienstanweisung wurden vom damaligen Leiter der Hauptabteilung Bauwesen folgende Richtlinien an alle Abteilungen des Stadtbauamtes erlassen:

* Anlässlich der im Runderlaß A 2 - 492/44 vom 9.3.1944 verfügten Erweiterung des Wirkungsbereiches der Abteilung G 46 und der Stilllegung der Kollaudierungsabteilung hat der Bürgermeister die Dienst-

Anweisung für die Abteilung G 46 erlassen. Den darin vorgesehenen Grenzbetrag der Baukosten habe ich einverständlich mit dem Herrn Stadtkämmerer bis auf weiteres mit rund RM 50.000 festgesetzt.

Durch den Entfall des Kollaudierens obliegt den Bauleitungen allein die richtige Handhabung der Verdingungsunterlagen, die in Einkunft von der Abteilung G 46 nur stichprobenweise geprüft werden wird.

Für Bauten mit Kostensummen unter RM 50.000, die bisher nicht kollaudiert wurden, ergibt sich keine Änderung. Zur Durchführung der Neuregelung bei Bauten mit einer Kostensumme über RM 50.000 ordne ich folgendes an:

- 1.) Verdingungsunterlagen sind der Abteilung G 46 in zwei Gleichstücken zur Überprüfung zu übermitteln, von denen eines mit dem Prüfungsvermerk der Abteilung G 46 für den Amtsgebrauch der Bauleitung zurückzustellen ist. Entwürfe für amtliche Leistungsverzeichnisse oder ähnliche Verdingungsunterlagen sind der Abteilung G 46 vor Ausgabe an die Firmen ebenfalls in zwei Gleichstücken zur Stellungnahme zu übermitteln.
- 2.) In allen Anträgen über Auftragserteilungen ist zu vermerken, daß die Verdingungsunterlagen von der Abteilung G 46 geprüft worden sind. Der Abteilung G 46 ist eine Abschrift der Auftragserteilung und eine schriftliche Baubeginnsanzeige zu übermitteln.
- 3.) Die Bauleitung hat allen Rechnungen die den geleisteten Arbeiten und Lieferungen entsprechenden richtigen Ausmaße und Mengen mit den zugehörigen Preisansätzen oder Unternehmerzuschlägen der Verdingungsunterlagen durch schwarzes **Abhaken** festzustellen und alle Rechnungen mit Ausnahme der Teilrechnungen vor Ausfertigung der Zahlungsanordnung samt Beilagen an die Abteilung G 46 weiter zu leiten.
- 4.) Der Abteilung G 46 obliegt durch rotes **Abhaken** die rechnerische Feststellung der Teilbeträge und der Rechnungssummen auf Grund der von der Bauleitung festgestellten Ausmaße, Mengen, Preisansätze und Unternehmerzuschläge und die Prüfung der Rechnungen im Sinne der Dienstweisung für die Abteilung G 46. Die mit der Prüfungsklausel versehenen Rechnungen samt Beilagen werden der Bauleitung zur Anordnung der Zahlung zurückgestellt.
- 5.) Vorstehende Anordnungen treten für neu beginnende Bauten sofort in Kraft. Für die Umstellung bei den in Gang befindlichen Bau-

ten setze ich eine Frist bis 30. Juni 1944, während welcher die aus der Kollaudierungsabteilung übernommenen Dienstkräfte der Abteilung G 46 den Bauleitungen in unvermeidbaren Fällen noch an Ort und Stelle behilflich sein können . "

Die Abteilung G 46 wurde Mitte Dezember 1944 der OT - Einsatzgruppe Süd-Ost, Einsatz Wien, Abt. VI-Verwaltung angeschlossen, ohne daß ihr Arbeitsgebiet davon berührt wurde.

Knapp vor der Besetzung wurde diese Diensterteilung gelöst und der frühere Zustand einer dem Stadtbauamt unterstehenden Abteilung G 46 wieder hergestellt.

Die Abteilung sah es als ihre vornehmlichste Aufgabe an, die zahlreichen Verordnungen und Erlässe des Reiches und der vielen nachgeordneten Amtsstellen über Verdingung, Löhne, Arbeits-einsatz der eigenen und ausländischen Arbeiter sowie Kriegs-gefangenen, nach Nationalität getrennt und verschieden eingestuft, etc. richtig und verständlich auszulegen und sowohl den Abteilungen des Stadtbauamtes als auch den für die Gemeindeverwaltung arbeitenden Firmen klar zu machen.

Sie entledigte sich dieser Aufgabe, die bei den vielen sich ständig ändernden Weisungen eine schwierige und verantwortliche war, unter anderem durch Herausgabe von 44 Mitteilungsblättern und Abhaltung von Vorträgen im kleinen Sitzungssaal des Rathauses, zu welchen die technischen Abteilungen und Baufirmen geladen waren und wo sie die Möglichkeit hatten, durch Frage und Diskussion erschöpfende Klarheit zu bekommen.

3.) A l l g e m e i n e A n g e l e g e n h e i t e n .

Die Hauptsachgebiete der früher mit IV/1, dann G 1 bezeichneten Abteilung betrafen:

Personalangelegenheiten des gesamten technischen Personals der Hauptabteilung,

Verdingungswesen und städtischer Preistarif für

Bauarbeiten,
Vergebungswesen,
Haushaltsplan,
Allgemeine und grundsätzliche Angelegenheiten der Haupt-
abteilung.

Von besonderer Wichtigkeit waren die schwierigen Arbeiten zur Aufstellung des neuen Organisationsplanes und des zugehörigen Stellenplanes für die Hauptabteilung Bauwesen. Der durch den Krieg verursachte Personalmangel und gewisse dringliche in großem Umfange zu bewältigende Bau- und Planungsaufgaben hatten zahlreiche Neuaufnahmen von technischem Personal und häufige Umgruppierungen in der Verteilung auf die einzelnen Abteilungen zur Folge.

Im Berichtsjahre 1942 wurden durch die Schaffung einer eigenen Abteilung für Verdingungswesen und wegen des auf Kriegsdauer eingestellten zentralen Vergebungswesens diese Aufgabenbereiche aus dem Geschäftsbereich der Abteilung herausgenommen.

Das gesamte technische Bauwesen des Reiches wurde im Sommer 1944 der OT unterstellt, somit auch die Hauptabteilung Bauwesen der Stadt Wien. Diese Organisation konnte sich aller bestehenden Einrichtungen des Staates, der Länder und der Gemeinden bedienen.

Der Leiter der Hauptabteilung wurde durch diese Neuorganisation "Einsatzleiter" und alle technischen Stellen der Stadt Wien bildeten eine Personalgemeinschaft, die auch für die Bauten der OT selbst zuständig war.

Die Lehrlingschule wurde weitergeführt und es war ein Verdienst dieser Schule, daß ihre Teilnehmer bei den Reichsbewerbswettkämpfen an vorderster Stelle standen.

Die eingeführten Lehrgänge für den gehobenen technischen Dienst (Inspektorenlaufbahn) wurden weitergeführt.

4.) P r ü f a n s t a l t f ü r B a u s t o f f e .

Der Beschäftigungsgrad der Prüfanstalt war in der Berichtszeit ein überaus hoher und erreichte im Jahre 1941 den bisher höchsten Stand seit der Gründung der Anstalt im Jahre 1878. Dies erklärt sich dadurch, daß zahlreiche Untersuchungen für kriegswirtschaftliche und wehrpolitisch wichtige Arbeiten durchzu-

führen waren. Vor allem muß die Mitarbeit bei der Erbauung der Luftschutzbunker genannt werden. Es galt hier betontechnische Fragen unterschiedlicher Art zu klären, und vor allem den Einfluß verschiedener Betonzusatzmittel festzustellen. Da der Bau dieser Bunker zum Teil in den schwersten Frostperioden stattfand, mußten von Seiten der Bauaufsichtsbehörde besondere Schutzmaßnahmen getroffen werden, und es war die Aufgabe der Prüfanstalt hier beratend mitzuwirken. Dabei ergab sich als besondere Schwierigkeit, daß infolge der kriegswirtschaftlich bedingten Einschränkungen notwendige Prüfgeräte nur mühsam beschafft werden konnten.

Die ungewöhnlich strengen Winter 1940/41 und 1941/42 erheischten die Untersuchung von Frostschutzmitteln, Schnellbindern und dichtenden Zusätzen. Dabei wurde vergleichend überprüft, wie verschiedene Bautenschutzmittel neben dem Raumbgewicht und Wasseranspruch des Betons auch seine Verarbeitbarkeit und Druckfestigkeit sowie den Haftwiderstand der Stahleinlagen beeinflussten.

Von einigen größeren Arbeiten seien erwähnt: die Untersuchung von Abwässern und Abwasserschlamm für landwirtschaftliche Verwertung, die Reinigung von Gerbereiwässern, Heizwertbestimmungen von Müll, Zusammensetzung von Knallkapseln und -korken, Nitrozellulosen, Entzündungstemperaturen von Elektron und Getreidemehl, Korrosion durch Kesselsteinlösemittel, Prüfung von Kinofilmen, Ermittlungen der Ursachen bei festgestellten Gesundheitsstörungen in Arbeits- und Aufenthaltsräumen.

Die Prüfanstalt war außerdem mit zahlreichen Baustoffuntersuchungen aller Art für verschiedene Rüstungsbetriebe betraut. Genannt seien hier die Flugmotorenwerke Ostmark, die Zellwollefabrik Lenzing, die Böhlerwerke Waidhofen, die Enzesfelder Metallwerke, die Wr. Metallwerke Liesing, die Wr. Lokomotivfabrik, die Semperitwerke Traiskirchen, die Alpen - Elektrowerke, das Reichsbahn-Zentralamt Berlin und die Leichtmetallwerke Berndorf. Auch für Bauten der Energiewirtschaft wurde gearbeitet, wie z.B. für das Donauwerk Ybbs- Persenbeug, die Kraftzentrale Traiskirchen, die Umspannwerke Liesing und Stadlau und das Gaswerk Simmering. Aus dem Abschnitt Ernährung waren einige Aufgaben für die Getreidespeicher Albern und das Kühlhaus St. Marx zu bewältigen. Von der Luftwaffe wurden Aufschlüsse über die angreifende Wirkung verschiedener Kesselsteinlösemittel verlangt sowie Sand und Steine für Baustellen bei Saloniki untersucht. Für den

städtischen Wohnhausbau wurden die verschiedensten Baustoffe laufend geprüft.

Trotz der kriegsbedingten Schwierigkeiten gelang es, die Einrichtung des Institutes in einigen Punkten zu vervollständigen. Das mechanische, technische Laboratorium wurde für Eichungen von 75 kg bis 500 t ausgerüstet. Dem chem. techn. Laboratorium wurde 1 Verbrennungsbombe, 1 Schnellwasserbestimmer, 1 Mikro-Kjeldahlapparatur u.a. geliefert. Im Jahre 1944 wurden diese Apparate und Geräte in den Flakturm Arenbergpark verlagert.

Die außerordentliche Arbeitslast nötigte zur Einstellung von akademischen Hilfskräften aller Art.

5.) B a u s t o f f b e s c h a f f u n g .

Der Abteilung oblag die Beschaffung und die Beurteilung der für die städtischen Baustellen erforderlichen Baumaterialien. Die Lieferung dieser Materialien erfolgte zum überwiegenden Teil direkt von den Lieferfirmen an die Verbrauchsstellen und nur in manchen Fällen war eine Zwischenlagerung erforderlich, so z.B. beim Pflastersteinmaterial: solche Materialien wurden dann auf dem Steinlagerplatz der Abteilung III Erdbergerlande 90 umgeschlagen und zwischengelagert.

Die Abteilung übernahm außerdem die kontingentmäßige Betreuung für alle Stellen der Hauptabteilung G, insoweit der Kontingentverwalter das Reichsarbeitsministerium war. Sie führte also die Kontingentierung für die Wohnungs- und Siedlungsbauten, für die Straßenbauten und für die meisten Bauvorhaben der Hauptabteilung durch. Dieses Arbeitsgebiet wurde von der Hauptkontingentstelle, Abteilung A 4 abgetrennt und eine eigene technische Stelle der Hauptabteilung mit diesen umfangreichen Arbeiten betraut. Mit der kontingentmäßigen Betreuung war die Bearbeitung der dazugehörigen Bauanzeigen verbunden. Diese wurden gesammelt an das Arbeitsamt weitergeleitet und dort vertrat die Abteilung G 3 den übergeordneten Reichsstellen gegenüber die Interessen der Stadt Wien.

Seit Juni 1943 wurde die Herstellung und Lieferung von Betonfertigteilen für öffentliche Luftschutzzwecke in den Geschäftsbereich der Abteilung neu aufgenommen. Die damit verbundene kontingent - und arbeitseinsatzmäßige Betreuung

der Herstellerfirmen wurde von einem für diese Zwecke besonders eingerichteten Referat geführt.

In verrechnungstechnischer Hinsicht trat im Jahre 1943 eine Änderung dadurch ein, daß die Rechnungen über Lieferung und Zufuhr von Massenbaustoffen von der Abteilung unmittelbar angewiesen wurden. Hiedurch verlagerte sich das Anweisungsgeschäft der zahlreichen örtlichen Baustellen auf die Abteilung G 3 und es konnten demnach die Zahlungsfristen den Lieferanten gegenüber pünktlich eingehalten werden.

Im Einkauf gelang es nur mit Mühe die unbedingt notwendigen Baumaterialien aufzubringen. Auch verschiedene Güter, welche durchwegs aus inländischen Rohstoffen erzeugt werden, wurden vielfach zu einer ausgesprochenen Mangelware und ihr Bezug mußte durch Kontingentierung oder reichsamtliche Verteilungsstellen geordnet werden. Noch schwieriger als die Aufbringung der Materialien gestaltete sich ihr Transport bis zur Verwendungsstelle, da der Treibstoffmangel sich immer mehr verschärfte und andere Transportmittel wie Pferdefuhrwerk und Straßenbahn unzureichend waren.

Der Bezug größerer Mengen von Schuttgut, Zement und anderer Massenbaustoffe führte zur Errichtung von Umschlagplätzen auf den Bahnhöfen: Aspangbahnhof, Westbahnhof, Matzleinsdorf, Nordbahnhof, Hütteldorf - Hacking. Der Betrieb dieser Plätze einschließlich des städtischen Baustofflagers Erdbergerlande und die Bewältigung des Transportes der schweren Betonfertigteile durch Lastkraftwagen bedingte die Einstellung von ausländischen Arbeitskräften als Transportarbeiter, deren Stand durchschnittlich 60 Mann betrug.

Im Jahre 1944 erfolgte die Einbeziehung der Hauptabteilung Bauwesen in die OT-Einsatzgruppe " Süd-Ost "-Einsatz Wien. Hierbei erhielt die bisherige Abteilung G 3 die Bezeichnung Abteilung III-Nachschub mit folgenden Unterabteilungen: Baustoffe aufbringung, Kontingentstelle, Baustoffleitstelle, Transportleitstelle. Da die OT-Organisation für die Baudurchführungen aller Zweige zuständig war, erweiterte sich damit auch die Zuständigkeit der früheren Abteilung G 3. Manche Bauleitungen von Rüstungs- und Fortifikationsbauten bestellten entgegen den ergangenen Weisungen bei den Lieferanten oft unmittelbar. Bei Einlangen der Baustoff- und Zufuhrrechnungen in der Abteilung G 3 ergaben sich dann Schwierigkeiten in der Rekonstruktion des Bestellvorganges und so blieben

zahlreiche Rechnungen, wenn das verantwortliche Übernahmsorgan nicht festgestellt werden konnte, unerledigt.

Ein völlig neuer Zustand für die Abteilung G 3 ergab sich bei der Lagergebarung. Infolge des Fehlens einer straffen Organisation war eine geordnete Gebarung schachthin unmöglich.

Die Belieferung zahlreicher unbesetzter Luftschutzbaustellen (hunderte Splittergraben, Notausstiege usw.) mit Baustoffen zwang zur Abkehr von der bisherigen Norm der Rechnungsanweisung. Diese hatte nunmehr auf Grund der vom Fuhrwerker und dem Werksorgan bei der Auslieferung bestätigten Dokumente zu erfolgen und es stellte sich bei Belastung der bezeichneten Baustellen heraus, daß das Gut dort häufig nicht eingelangt war. Bis zur Feststellung des tatsächlichen Beziehers, wofür zur Erledigung der zahlreichen Fälle ein aus mehreren Personen bestehendes Suchkommando aufgestellt werden mußte, ging viel Zeit verloren, während welcher die Lieferanten wegen Nichtbezahlung ihrer Fakturen beunruhigt und mehr und mehr lieferungsunwilliger wurden.

6.) B a u p o l i z e i .

Der Berichtszeitraum stand im Zeichen der schrittweisen Zusammenfassung der Baupolizei in ein einheitlich geschlossenes Amt. Im Jahre 1942 wurden die bisher den Bezirkshauptmannschaften angegliederten Baudienste der äußeren Bezirke aufgelassen und an ihrer Stelle 5 Baupolizeiabteilungen mit der Bezeichnung G 7 - G 11 geschaffen. Auch die ursprünglich erst für die Zeit nach dem Kreige in Aussicht genommene räumliche Vereinigung aller Baupolizeiabteilungen wurde zum Teil durchgeführt.

Gleichzeitig mit der Auflassung der Baudienste übernahm die Baurechtsabteilung von den Bezirkshauptmannschaften alle Baurechtsangelegenheiten, sodaß diese Abteilung nunmehr für alle Bezirke zuständig war.

Die früher zu den Geschäften der Baudienste gehörende Erhaltung der städtischen Gebäude in den äußeren Bezirken wurde samt den damit beschäftigten Beamten und Angestellten an die Abteilung G 21 - Erhaltung städtischer Wohnhäuser - abgegeben.

Mit Erlaß des Bürgermeisters vom 15.3.1943 wurde ferner verfügt, daß die bis dahin von den Abteilungen G 4 und G 6

- G 11 besorgten Geschäfte der technischen Feuer - und Gewerbe-
polizei zusammengefaßt und der Abteilung G 12 übertragen wurden.
Die Abteilung G 12 erhielt die neue Bezeichnung " Feuer-, Ge-
werbe-, Theater - und Kinopolizei ", während die der Abteilung
G 6 - G 11 in " Baupolizei " abgeändert wurde. Mitte Februar
1944 wurde für die bis dahin von den Abteilungen G 6 bis G 11
durchgeführten behördlichen Luftschutzmaßnahmen ein eigenes
Referat in der Abteilung G 4 geschaffen, dessen Tätigkeit
sich auf das Gebiet des Selbstschutzes, erweiterten Selbst-
schutzes und Werkluftschutzes erstreckte.

Der Baupolizei oblag die Handhabung der auf dem Gebiete
der Baustoffbewirtschaftung erlassenen Verordnungen. Ferner
war sie mit der Aufgabe des Sparingenieurs betraut. Ihre Auf-
gabe, alle nicht lebensnotwendigen und nicht kriegswichtigen
Bauführungen zu verhindern, war, soweit es sich um unbefugte
Bauführungen handelte, wegen des geringen Personalstandes, der
oft großen Entfernung der Dienststellen vom Erhebungsort und
der Einschränkung der Verkehrsmittel nicht immer erfüllbar;
namhaft war deshalb auch die Zahl der durch unbefugte Bau-
tätigkeit notwendigen Amtshandlungen. Hingegen wurde auf dem
Grabeland die Aufstellung von Werkzeughütten, weil sie als
lebensnotwendig anzusehen waren, bewilligt. Infolge des Ar-
beitermangels und der Knappheit der Baustoffe war die Durch-
setzung der zur Beseitigung von Baugebrechen erteilten Auf-
träge sehr erschwert. Die Bautätigkeit blieb infolge des Neu-
bauverbotes in den hiedurch vorgeschriebenen Grenzen. Bereits
begonnene öffentliche Wohnhausbauten wurden fortgeführt, dann
aber zugunsten vordringlicher Bauten eingestellt. Hervorzu-
heben sind die Bauten der städtischen Gas- und Elektrizitäts-
werke zur Deckung des erhöhten Energiebedarfes der Industrie,
Bauten der Luftwaffe (Häuser aus Holz und Flaktürme) und
der Bau von öffentlichen Luftschutzräumen und von Löschwasser-
behältern.

Die private Bautätigkeit erstreckte sich vorwiegend auf
kriegs- und lebenswichtige Industrieanlagen in Form von Neu-,
Um - und Erweiterungsbauten, auch wurden große Barackenlager
für die in der Industrie beschäftigten Arbeiter errichtet.

Dabei ergaben sich vor allem bei der Platzwahl Schwierigkeiten. In den ländlichen Gebieten wurde eine größere Anzahl von landwirtschaftlichen Bauten, wie Wirtschaftsgebäude, Stallungen, Scheunen, Schuppen und von Treibhäusern für den Gemüsebau errichtet.

Im Jahre 1944 wurde die Baupolizei vornehmlich zur Feststellung und Überprüfung der durch die Luftangriffe verursachten Zerstörungen und Gebrechen, zur Beratung der Bevölkerung und zur Veranlassung der Sicherungsmaßnahmen herangezogen. Die sich ständig mehrenden Fliegerangriffe machten schließlich eine Verstärkung durch alle zur Verfügung stehenden geeigneten technischen Kräfte der ganzen Hauptabteilung für Bauwesen notwendig; auch einige Reichsdienststellen und Zivilingenieure mußten zeitweise eingreifen.

Die Behebung der Gebrechen, selbst der dringendsten Instandsetzungen der Dächer, der Fenster und Türen war infolge des Mangels an Baustoffen fast unmöglich geworden.

Die Bautätigkeit kam nahezu zum Erliegen; selbst Anlagen für die Rüstung und den Luftschutz kamen ins Stocken und wurden stillgelegt.

Die dringendsten Instandsetzungen an Wohnraum und lebenswichtigen Betrieben mußten auf das Notwendige und auf eine recht behelfsmäßige Ausführung eingeschränkt und im Laufe der Zeit überhaupt eingestellt werden. An Wohnraum wurden schließlich nur Behelfsheime minderwertigster Art und in unzureichendem Ausmaß errichtet.

a) Allgemeine Baupolizeiangelegenheiten.

Von den allgemeinen und grundsätzlichen Angelegenheiten der Abteilung sind zu erwähnen die Teilnahme an Beratungen sowie die Stellungnahme zu Entwürfen über Einzelheiten der Reichsbauordnung, wie Grundstückentwässerung, Rauchfänge, Gerüste, Fettabscheider und Holzschutz gegen Feuer, die Mitarbeit an Richtlinien für Außenwerbungen, Treibgas, Schwefelkohlenstoff, Methanol und dgl., ferner die Abgabe von Gutachten über Bauweisen und Baustoffe.

Die nach der Verordnung über die baupolizeiliche Behandlung öffentlicher Bauten zu beurteilenden Baufälle verringerten sich von Jahr zu Jahr. Dagegen wurden hauptsächlich Bauten der städtischen Elektrizitäts- und Gaswerke zur Deckung des vermehrten Energiebedarfes von Werkstätten und Fabriken errichtet. Von den durch die Kriegsverhältnisse bedingten Bauten sind insbesondere die Barackenlager und die Bauführungen zur Wiedergewinnung zweckentfremdeten Wohnraumes und Wohnungsteilungen erwähnenswert.

Es wurden auch zahlreiche Gesuche wegen Baulandbeschaffung für die Rüstungsindustrie behandelt.

Die Überprüfung von Standberechnungen und Plänen erstreckte sich hauptsächlich auf Rüstungs- und Luftschutzbauten. Ferner war die Abteilung mit der Beratung, Begutachtung und Mitwirkung beim Entwurf von städtischen Luftschutzbauten, wie z.B. von Großbunkern, Stollen des Schutzraumnetzes und von Werkluftschutzbauten der Stadt Wien befaßt. Außerdem wirkte sie als Sparingenieur bei dem statisch überprüften Bauvorhaben sowie bei einer großen Zahl von Anträgen über Ausnahmen vom Bauverbot.

Im Aufzugswesen machte sich das Verbot der Herstellung von Maschinbauerzeugnissen sehr bemerkbar. Es mußten viele Aufzüge stillgelegt werden, weil die eingetretenen Mängel aus kriegswirtschaftlichen Gründen nicht behoben werden konnten. Durch die im Juni 1943 in Kraft getretene neue Aufzugsverordnung wurde das Aufzugswesen insoferne geregelt, als die regelmäßigen Überprüfungen der Aufzüge nicht mehr durch private Sachverständige sondern durch den Technischen Überwachungsverein durchgeführt wurden; auch die maschinentechnische Abnahme neuer Aufzüge wurde durch diesen vorgenommen.

Aufgabe der Abteilung war es auch besonders mit Rücksicht auf die erhöhte Luftgefährdung Wiens, die feuergefährlichen Flüssigkeiten unterirdisch zu lagern.

Die stufenweise Angleichung an die kriegsnotwendige Erzeugung führte zu einer erhöhten Verarbeitung und Lagerung von brennbaren, explosiblen und giftigen Stoffen und erforderte gleichzeitig auch Sicherheitsvorkehrungen zum Schutze der Stadt, sei es, daß sie in die Randgebiete verlagert werden oder daß besondere Aufträge über die Lagerung und Erzeugung

ergingen.

Im Elektrizitätswesen stand die baupolizeiliche Tätigkeit unter dem Einfluß des Ausbaues der Rüstungsindustrie und der damit zusammenhängenden Erweiterung des Verteilungsnetzes der Wr. Elektrizitätswerke, die wieder neue Hoch- und Niederspannungsfreileitungen und Kabellegungen, Abspannwerke und Unterwerke ausführten.

Überspannungen von Straßen beim Bau von Splitterschutzgräben und Löschwasserbehältern wurden häufig auf die Dauer des Bestandes dieser kriegswichtigen Anlagen zugelassen.

b) Baurechtsangelegenheiten.

Durch die Zusammenfassung der früher den Bezirkshauptmannschaften zugeteilten Baurechtsangelegenheiten in der Hauptabteilung Bauwesen wurde eine einheitliche Leitung und Verteilung auf wenige aufeinander abgestimmte Sachbearbeiter erzielt. Dadurch wurden die früher ständig laut gewordenen Klagen der Bevölkerung über Ungleichheit der Behandlung bei der Zulassung von Bauten auf Widerruf und über die verschiedene Höhe der Strafen beseitigt.

Eine besondere und schwierige Aufgabe erwuchs der Abteilung durch die Neuregelung der Rechtsbeziehungen und der Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Reichspost und der Gemeindeverwaltung, über die Benützung der im Eigentum und in der Verwaltung der Stadt Wien stehenden Liegenschaften für Telegraphen - Fernsprech- und Rohrpostanlagen. Schwierige Rechtsfragen ergaben sich insbesondere infolge der Einführung reichsrechtlicher Vorschriften bei teilweiser Weitergeltung alter österreichischer Gesetze. Die Einführung verschiedener Richtlinien und Normen, deren rechtlicher Charakter oft strittig war, erforderte eine besondere Arbeit. Außerdem hatte die Abteilung die Rechtsangleichung und rechtliche Vereinheitlichung innerhalb der Gemeindeverwaltung für die im Oktober 1938 eingemeindeten Gebiete, soweit es sich um die in den Geschäftsbereich der Hauptabteilung fallenden Rechtsgebiete handelte, durchzuführen.

Eine andere Aufgabe war die Beurteilung der Auswirkungen bereits vollzogener und zu erwartender Einführungen reichsrechtlicher Vorschriften auf dem Gebiete des Baurechtes, der Feuer-

polizei, des Wege-, Straßen- und Eisenbahnrechtes, der energiewirtschaftsrechtlichen Vorschriften, des Rechtes der Planung und Raumordnung und die danach ~~zu~~ treffenden Maßnahmen.

Ferner oblag der Baurechtsabteilung die Verfassung von erläuternden Erlässen an die Dienststellen der Gemeindeverwaltung im Rahmen der angeführten Rechtsmaterien, die infolge Anordnungen zentraler Reichsstellen über Weisung des Reichsstatthalters hinauszugeben oder aus Anlaß bestimmter Einzelfälle in schwierigen und strittigen Fragen der Anwendung einer gesetzlichen Bestimmung notwendig waren.

c) Feuer -, Gewerbe - , Theater - und Kinopolizei.

Der Abteilung unterstand der technische Aufsichtsdienst, der gemäß § 11, Abs. 4, des Wiener Theatergesetzes in der Fassung von 1930, von etwa 70 Diplomingenieuren des Stadtbauamtes in Theatern, Varietés und Zirkussen gehalten wurde.

Bei den Generalproben wurden die besonderen Bedingungen für die Aufführungen vorgeschrieben, außerdem wurden in den Nachtlokalen zahlreiche Programmüberprüfungen, meist in den Nachtstunden, durchgeführt.

Die rund 230 Lichtspieltheater in Wien wurden während des Betriebes, auch an Sonn- und Feiertagen, monatlich einmal unvermutet auf die Einhaltung der technischen Vorschriften überprüft.

Anlässlich der Errichtung von Schießständen wurden Gutachten erstattet. Alljährlich wurden auch die der Praterbetriebe überprüft.

Als neue Aufgabe infolge der Kriegsverhältnisse ergab sich die Mitarbeit an den luftschutztechnischen Vorkehrungen in Vergnügungstätten, wie theater- und kinobehördliche Genehmigung von Schutzräumen, Richtlinien für das Verhalten des technischen Personals bei Fliegeralarm und anderes.

Im September 1944 sperren sämtliche Theater und auch die Zahl der gemeinsam mit der Abt. D 2 vorgenommenen Programmüberprüfungen in Nachtlokalen und Vergnügungstätten, in denen kein technischer Aufsichtsdienst vorgesehen war,

sank beträchtlich. Die Haupttätigkeit der Abteilung bestand darin, festzustellen, ob die Betriebe spielfähig waren und zu überprüfen, ob die für die Behebung der Bombenschaden notwendigen Baustoffe geeignet waren. Dies machte einen verstärkten Außendienst erforderlich, der im letzten Vierteljahr der Berichtszeit besonders durch die mangelhaften Verkehrsverhältnisse erschwert wurde.

d) Verkehrsangelegenheiten .

Die Abteilung wirkte bei der Genehmigung von Neuherstellungen, Erweiterungen oder Umbauten von kriegswirtschaftlich wichtigen Eisenbahnen, Straßenbahnen, sonstigen Verkehrseinrichtungen und dgl. mit und leitete die oft schwierigen und langwierigen Vorverhandlungen und die notwendigen Ortsverhandlungen.

In das Sachgebiet " Eisenbahnen ", gehörte die Mitarbeit an den Genehmigungsverhandlungen über die Errichtung, die Erweiterung und den Umbau kriegswirtschaftlich wichtiger Anschlußbahnen und eine Reihe von Ortsverhandlungen, die die Überprüfung der Sicherung schienengleicher Wegübergänge zum Gegenstand hatten.

Über zahlreiche Bauvorhaben wurden Ortsverhandlungen und Amtsbesprechungen geführt, bei denen die Art der Baudurchführung und alle damit zusammenhängenden Fragen unter Berücksichtigung des Verkehrs geregelt wurden.

Verkehrsverhandlungen waren im Zusammenhange mit dem Kriegswohnbauprogramm und mit den großen öffentlichen Luftschutzanlagen erforderlich; ebenso auch aber die umfangreichen kriegswichtigen Kabelkanalbauten der Deutschen Reichspost, der Ausbau des Stromversorgungsnetzes der Wiener Elektrizitätswerke und des Fernsprechkabelnetzes der Deutschen Reichsbahn sowie die Gas- und Wasserrohrlegungsarbeiten und die Kanalbauten der städtischen Unternehmungen und Betriebe.

Bei zahlreichen Ortsaugenscheinsverhandlungen war die Abteilung durch Abgabe von gutachtlichen Äußerungen, in den meisten Fällen maßgeblich beteiligt. Hier sind zu erwähnen wehrwirtschaftlich wichtige Bauten, Planung und Genehmigung von Garagen, Betriebsanlagen und Treibstofflagern, Errichtung von Grünanlagen und Baumpflanzungen, Herstellung von Rollbahnanlagen, Errichtung von Verkaufshütten und Ständen sowie La-

gerungen aller Art auf öffentlichen Gute, Errichtung von Wartehallen, Gefolgschaftsräumen und Haltestellen der städtischen Straßenbahnen und Omnibuslinien, Abgrenzung von Verkehrsbändern, Erlassung von Verkehrsbeschränkungen, Abhaltung öffentlicher Märkte und Genehmigung von Gleisüberfahren.

Zur Genehmigung von Schwertransporten auf öffentlichen Straßen wurden von der Abteilung Gutachten abgegeben. Die Tankwagen für Beförderung brennbarer Flüssigkeiten wurden beobachtet.

Trotz der kriegsbedingten Einschränkungen des Fahrzeugverkehrs mußten nicht nur die bestehenden Verkehrszeichen instandgehalten, sondern auch zahlreiche neue, hauptsächlich für die Wehrmacht, aufgestellt werden. Ein großer Teil der Wiener Brücken wurde nach ihrer zulässigen Tragfähigkeit gekennzeichnet. Im Jahre 1941 wurde auch die Erhaltung der Reichsstraßen in den neu eingemeindeten Teilen Wiens von der Gemeindeverwaltung übernommen, sodaß nun zahlreiche weitere Verkehrszeichen betreut werden mußten. Die Aufstellung von Wegweisertafeln in den Landbezirken und die Anbringung von Ortstafeln zur Festlegung der Ortsdurchfahrten wurden fortgeführt. An wichtigen Straßenkreuzungen wurden neue Verkehrsübergänge gekennzeichnet und für die Verkehrsregler der Schutzpolizei Schutzhütten aufgestellt.

Im Jahre 1944 beschränkte sich die Tätigkeit der Abteilung nur auf die Erfordernisse, die unmittelbar von den täglichen fortschreitenden Kriegereignissen verlangt wurden. In erster Linie waren dies Verkehrsmaßnahmen im Zusammenhang mit den Luftangriffen und mit den einfachen Bauarbeiten, die gegen Ende des Krieges in größerer Zahl ausgeführt wurden. (Löschwasserteiche, Splittergräben).

Im Sommer des Jahres 1944 wurde wegen Verwaltungseinschränkungen die verkehrstechnische Abteilung als selbstständige Einheit aufgelassen und mit der Abteilung G 4 zusammengelegt.

7.) Vermessungswesen.

Die Geschäftseinteilung der Abteilung umfaßte folgende Aufgaben:

Schaffung der geodätischen Grundlagen für Lage - und Höhenaufnahmen, d.s. Vermarkung, Vermessung, Berechnung des Höhenfestpunktnetzes und Herstellung der bezüglichen Festpunktverzeichnisse; Ausbau des Triangulierungs- und Polygonnetzes; Geländeaufnahmen für Planungs- und Regulierungsarbeiten, sowie für das Wohnbausfortprogramm und für Luftschutzbauten; Absteckung und Vermarkung der Hauptbezugspunkte in neu erschlossenen Gebieten; Heranziehung des Flugbildes zur Erstellung von Lage - und Höhenplänen; Grenzangelegenheiten des städtischen Besitzes und des öffentlichen Gutes mit Erstellung von Teilungsplänen darüber ; Beschaffung, Sichtung, Ergänzung des Plan- und Kartenmaterials und geodätischer Daten; Vergebung von Vermessungsarbeiten an öffentlich bestellte Vermessungsingenieure; Herstellung der Blätter des Stadtplanes und seiner Neuauflagen, Herstellung eines zusammenhängenden und einheitlichen Lageplanes über Groß-Wien im Maßstab 1 : 2500.

Das von der Hauptvermessungsabteilung XIV zur Verfügung gestellte Material, umfassend 1400 Triangulierungspunkte im Raume von Groß-Wien, wurde gesichtet und mit der Herstellung von Kopien der bezüglichen Punkte-Topographien begonnen. Von den Topographien und Daten wurden reproduktionsfähige Matrizen angefertigt.

Die Herstellung von Lage- und Höhenplänen durch Ausmessung der Luftbilder wurde fortgesetzt.

Zahlreiche Lage- und Höhenaufnahmen für die Planung und den Bau der unabhängigen Löschwasserversorgung oder von Splitterschutzgräben wurden erstellt. Für Luftschutzstollen im Gebiete außerhalb des 1. Bezirkes wurden die erforderlichen Lage- und Höhenaufnahmen durchgeführt und Absteckpläne und Profile hergestellt, ferner die entsprechenden geodätischen Besprechungen, Absteckungen und Nivellements vorgenommen. Ferner wurden ausgeführt: Lage- und Höhenpläne, Aufnahmen und Absteckungen für Behelfsheime; Lage- und Höhenpläne mit Profilen, sowie die notwendigen Berechnungen und Absteckungen für Durchbrüche und Stollen für das Luftschutzraumnetz Innere Stadt; Vermessungen zur Abklärung von Grenz- und Grundangelegenheiten

Mit dem eigenen Personal wurde auch eine große Anzahl von Kataster- und Grundbuchserhebungen durchgeführt.

Von kartographischen Arbeiten seien folgende erwähnt: Von der Neuauflage des Generalstadtplanes von Wien die druckreife Überarbeitung von 10 Blatt Reproduktionen auf Printonfilm, zur Herstellung eines einheitlichen und zusammenhängenden Planwerkes 1 : 2500 über Wien: 28 Blatt mosaikartig zusammengeklebt und retuschiert und 122 Blatt Transparent-Reproduktionen der Mosaik im Maßstab 1:2500 und 1:5000 hergestellt und laufend retuschiert; die Herstellung von 4 Einflugkarten auf Glasplatten für den Gaubefehlsstand, 1 Flugmeldekarte im Ausmaß 0'80x 1 m, 2 Übersichtskarten im Ausmaße 2'50 x 3 m, ferner die Anfertigung von einigen 100 Urkundenbeschriftungen für das Hauptpersonalamt der Stadt Wien.

Die Luftgefahr machte es notwendig, von den Evidenzblättern des Generalstadtplanes mit ihren auf viele Jahre zurückreichenden Eintragungen und Vormerkungen Gleichstücke herzustellen. Die Blätter wurden für diesen Zweck gereinigt und stellenweise nachgezeichnet. Die Reproduktion selbst erfolgte im Maßstabe 1 : 2500 auf Printonfilmen durch eine kartographische Anstalt.

8.) P l a n - u n d S c h r i f t e n k a m m e r .

Der Geschäftsbereich der Abteilung G 14 umfaßte: das Archiv des Bauamtes, das Depot sämtlicher Baueinlagen (Konsenspläne alle Objekte der Bezirke I - IX und XX und deren laufende Ergänzung; die Evidenzhaltung der Baulinien- und Parzellierungs-, sowie Verbauungsblätter; die Leitung der Bauamtsbibliothek (technische Bücher und Zeitschriften) ; die Verwaltung des Sonderkredites " Erfordernisse des Bauamtes "; die Bestellung und Deponierung des Generalstadtplanes, sowie die Abgabe der Verkaufsstücke an die Hauptkassa; die Bestellung und Auflage der für das Bauamt in Betracht kommenden Verkaufs- und Amtsdruksorten; die Anfertigung von Kontophot- bzw. Lumoprintkopien von Konsensplänen für Parteien, sowie anderen Plänen für die Ämter; die Bestellung der technischen Sondererfordernisse

des Bauamtes, Führung eines Handlagers; die Bestellung sämtlicher Lichtpausarbeiten und Plandrucke, die Bestellung der geodätischen Instrumente und Geräte für das Bauamt; die Standesführung und Einteilung des Vermessungspersonals.

Die Kriegsverhältnisse behinderten jede private Bautätigkeit. Die Inanspruchnahme des Planarchives erfolgte daher lediglich, wenn auch in sehr starkem Maße, für Zwecke der Luftschutzvorkehrungen. Hauptsächlich handelte es sich den Hausbesitzern und Verwaltungen darum, Kopien der im Archive vorhandenen Konsenspläne zu erhalten.

Die Planfotoanlage war aus diesem Grunde in steigendem Maße beansprucht worden und stets vollbeschäftigt. Ein drittes Durchleuchtgerät wurde angeschafft.

Sehr erschwert war der Dienstbetrieb dadurch, daß sämtliche Archivbestände und auch der größte Teil der Stadtbauamtsbücherei wegen der Luftgefahr im sogenannten Grinzingerkeller des neuen Rathauses verlagert waren.

Infolge der Einrückungen konnte mit dem vorhandenen Personal nicht mehr das Auslangen gefunden werden und es mußten zur notwendigen Ergänzung der Vermessungspartien ausländische Arbeiter eingesetzt werden.

Erstmalig erlitt die Abteilung am 10. September 1944 einen Bombenschaden, und zwar wurden die in dem Privathaus I., Rathausstraße 13, Soutterrain, sich befindenden Archivräume fast zur Gänze zerstört. Es waren dort der sogenannte Altbestand - das sind Pläne bereits eingetragener Objekte - und Modelle sowie Pläne aus seinerzeit veranstalteten Wettbewerben stammend, untergebracht. Erst die Freilegung könnte zeigen, ob die allerdings nur historischen Wert besitzenden Bestände noch verwertbar sind.

Am 10. November 1944 und am 7. Februar 1945 entstanden durch Fliegerangriffe kleinere Schäden, die jedoch im Dienstbetrieb der Abteilung keine Unterbrechung verursachten.

9.) Stadtplanung.

Zu Beginn des Jahres 1941 wurde über Verfügung der Hauptabteilung Bauwesen die Abteilung Stadterweiterung der Abteilung - Stadtregulierung angegliedert.

Mit Inkrafttreten des Organisationsplanes vom 15. November 1941 erhielt die Abteilung - Stadtregulierung die Bezeichnung Abteilung G 15 - Stadtplanung.

Das Planungsamt wurde in 4 Fachreferate gegliedert, und zwar: für Landesplanung, Stadtplanung, Stadtregulierung und Bauberatung.

a) Landesplanung.

Aufgabe der Landesplanung war die übergeordnete Planung, dazu gehörten besonders die Festsetzung der Flächenwidmung im großen sowie allgemeine Angelegenheiten, besonders Standortfestsetzungen, die sich auf das ganze Stadtgebiet erstrecken und einheitlich behandelt werden mußten. Diese Angelegenheiten wurden von den zentralen Referaten der Landesplanung bearbeitet.

Zentrale Referate bestanden:

1.) für Wohn- und Siedlungsbauten, Industrien, kriegsmäßige Behelfsbauten, besonders Barackenlager, Grundangelegenheiten, Verkehrsangelegenheiten;

2.) für Grünflächen: Kleingärten, Friedhöfe, Naturschutzangelegenheiten, Freileitungen, Sport- und Spielflächen, Schulbauten, Bauten der Gliederungen der Partei;

3.) und für Materialgewinnung (Sand und Schotter).

b) Stadtplanung.

Dieses Referat umfaßte den eigentlichen städtebaulichen Teil der Planungsarbeiten, vor allem die Verfassung sogenannter " Strukturpläne " von größeren Bauvorhaben (Wohnsiedlungen, Barackenlager, besonderen Bauvorhaben usw.) aber auch von generellen Planungen von Straßenführungen, besonderen Bauten, architektonischen Platzlösungen, Ortskernbereinigungen und Ortskernerweiterungen. Der Stadtplanung angegliedert war das Modellbüro, dessen Tätigkeit auf die unbedingt notwendigen Arbeiten, hauptsächlich auf die plastische Darstellung kriegswichtiger Bauten eingeschränkt wurde.

c) Stadtregulierung.

Dieser Gruppe oblag die Detailplanung, hauptsächlich die Ausarbeitung der Bebauungspläne im Sinne der Bauordnung, be-

sonders die Fluchtlinienpläne nach den durch die Landesplanung und die Stadtplanung gegebenen grundlegenden planlichen und schriftlichen Weisungen sowie die Antragstellung auf Festsetzung der durch den Leiter der Hauptabteilung zu genehmigenden Flächenwidmungs- und Bebauungspläne. Die Flächenwidmungen wurden, obwohl Angelegenheit der Landesplanung, der Einfachheit halber, ebenfalls der Stadtregulierung überlassen. Angegliedert war der Stadtregulierung das Referat für die Fluchtlinienüberprüfungen. Die Einteilung des Referates war zum Unterschied von der zentralen der Landesplanung eine örtliche nach Bezirksgruppen.

d) Bauberatung.

Die Gruppe Bauberatung war durch das Bauverbot gegenüber früheren Jahren weniger beansprucht; wie bei der vorigen Gruppe stand der Arbeitsumfang, der sich auf kriegswichtige Fälle beschränkte, mit dem verringerten Personal im Einklang.

Mit Schreiben des Beigeordneten für das Bauwesen vom 19.1.1944 wurde das Planungsamt der Gemeindeverwaltung aufgelöst und an dessen Stelle die Neubildung des Regulierungs- und Vermessungsamtes, bestehend aus den Abteilungen G 13-Vermessungswesen, G 14-Plan- und Schriftenkammer und G 15 mit der neuen Bezeichnung " Stadtregulierung " verfügt. Letzterer wurde die Bearbeitung jenes Arbeitsgebietes übertragen, das bis dahin das Fachreferat für Stadtregulierung des Planungsamtes durchgeführt hatte.

Größere Schwierigkeiten ergaben sich aus der Verlegung und Lostrennung der beiden wesentlichen Referate " Landesplanung " und " Stadtplanung " von der Abt. G 15 insoferne, als die planlichen Unterlagen, die früher gemeinsam waren, nun für jeden Teil bereitgestellt werden mußten, ferner daraus, daß das Personal, das zum Teil früher für alle Referate der Stadtplanung nach Bedarf tätig war, nun örtlich aufgeteilt werden mußte. Diese Schwierigkeiten wurden jedoch verhältnismäßig rasch gemeistert.

10. Architektur und Bauberatung.

Die Referatseinteilung der Abteilung war folgende:
Wohnhausbauten; Nutzbauten (Amtshäuser, Feuerwehrgebäude, Speicherbauten, Kühlhäuser, Schlachthöfe, offene Märkte und Markthallen, Friedhofswesen, Gefolgschaftshäuser);

Sozial- und Hygienebauten(Schulbauten, Kindergärten, Jugendheime, Mutterberatungsstellen, Spitalbauten, Zahnkliniken, Tbc- Fürsorgestellen); Bauberatung;

Stadtbildpflege und Naturschutz.

Durch die Vergrößerung des Stadtgebietes nahm auch die Tätigkeit der Abteilung zu so namentlich auf dem Gebiete der Stadtbildpflege, der Bauberatung und der Projektbearbeitung von Wohnhausbauten und Nutzbauten, wie Schulen, Kindergärten, Amtshäuser, Spitalbauten u.s.w.

Die Abteilung nahm Einfluß auf alle Neu-,Um- und Zubauten, soweit sie sich im Stadtbild auswirkten und begutachtete sie im Sinne der städtebaulichen Richtlinien unter **Bedschtnahme** der Wahrung des historischen Stadtbildes und der unter Denkmalschutz gestellten Bauten und Denkmale und auf die Gestaltung ihrer nächsten Umgebung. Weiterhin achtete sie auf alle Veränderungen an den Schauseiten der Häuser, auf die Entfernung bestehender Verunstaltungen, sie beeinflusste das Ankündigungswesen, die Errichtung von Bauten im Straßenraume und öffentlichen Gartenanlagen, und die Gestaltung der öffentlichen Beleuchtung.

Mit Einführung der neuen Geschäftseinteilung der Gemeindeverwaltung des Reichsgaues Wien am 15.10.1941, wurde die Abteilung Architektur und Bauberatung in 2 neue Abteilungen, und zwar in die Abteilung Baupflege und Bauberatung (G 16) und in die Abteilung Entwürfe für Hochbauten (G 45) geteilt.

Die Abteilung G 16 übernahm somit die Baupflege und Bauberatung in architektonischer Hinsicht und die Einflußnahme bei der Gestaltung des Stadt- und Landschaftsbildes und bei der Errichtung von Denkmälern.

Die Abteilung G 45 hatte die Architekturarbeiten für städtische Bauten und die Überprüfung und Begutachtung der Entwürfe fremder Baukünstler über. Ferner oblag ihr Gesamtdurchfüh-

rung baukünstlerischer Wettbewerbe, soweit hierfür nicht andere Abteilungen zuständig waren, außerdem die technische und künstlerische Vorbereitung eigener und fremder Ausstellungen.

Die Abteilung G 45 wurde im März des Jahres 1942 aufgelöst und mit der Abteilung G 16 dem Planungsamt eingewiesen. (Einzelheiten siehe in vorhergehenden Kapiteln.)

Bemerkt wird, daß unmittelbar nach Einstellung der Abteilung G 45 Architektur, eine mit gleicher Nummernbezeichnung geführte Abteilung " G 45 - Arbeits- und Baustoffeinsatz " entstand, die aber keine mit Architektur in Verbindung stehenden Angelegenheiten bearbeitete.

11.) Schätzungs w e s e n .

Im Juli 1939 wurde über Auftrag des Bürgermeisters ein Schätzungsamt geschaffen dessen Zweck die Abgabe von Schätzungsgutachten nicht nur für die Gemeindeverwaltung, sondern auch für andere amtliche Stellen und für private Interessenten war. Von dieser Möglichkeit wurde in steigendem Maße Gebrauch gemacht, besonders seit der Einführung der allgemeinen Genehmigungspflicht für alle Liegenschaftsübertragungen im Oktober 1940.

Neben diesen Aufgaben, die auch eine gleichmäßige Ausrichtung der Preise am Grundstückmarkt bezweckten, arbeitete das Amt auch an der Aufstellung von sogenannten Richtpreisen, die es den amtlichen Stellen ermöglichen sollten, bei der Planung und Projektierung von Anlagen einen Überblick über die Preisverhältnisse der Grundflächen zu gewinnen.

Im Jahre 1940 wurde eine Kartei angelegt, die Angaben von Vergleichsobjekten für Wohnungen und Geschäftslokale enthielt. Zu diesem Zwecke wurden rund 77.800 Kleinwohnungen, ungefähr 37.000 Groß- und Mittelwohnungen und rund 23.000 Geschäftslokale aufgenommen, die im ganzen also rund 137.800 Blätter angefertigt. Zweck der Anlage war, das vorhandene Material an Vergleichsobjekten für die Berechnung der Jahreszinse 1914 von Wohnungen und Geschäftslokalen zu ergänzen und darüber hinaus ein übersichtliches " Zinsbild " von Groß-Wien und damit die Grundlage für die statistische Berechnung der ortsüblichen Mietwerte bestimmter Wohnungstypen in den einzelnen Bezirken zu schaffen.

Gegen Ende der Berichtszeit, ging der Geschäftsumfang im Liegenschaftsverkehr und auf dem Gebiet der Schätzungen infolge der Kriegsergebnisse immer mehr zurück. Neu hinzu kamen die Schätzungen von bombengeschädigten Objekten und die Festsetzung von Mietminderungen auf Grund der Kriegssachschäden-Verordnung als Folge von Bombenschäden. Durch den Einsatz einer Anzahl von Abteilungsangehörigen bei der Aufnahme von Bombenschäden und durch die zahlreichen Luftangriffe wurde die Tätigkeit der Abteilung sowohl im Innen- als auch im Außendienst wesentlich gehemmt, sodaß eine ersprießliche Arbeit kaum mehr möglich war.

Die Weiterarbeit an den Richtpreisplänen wurde über Verfügung des Reichskommissars für die Preisprüfung eingestellt.

12.) Entwurf und Ausführung von Wohnungen.

Die Hochbautätigkeit war durch die Kriegsverhältnisse stark gehemmt. Namentlich der Mangel an Arbeitskräften wirkte sich sehr ungünstig aus, sodaß fast alle Bauten zeitweise eingestellt werden mußten und nur eine verhältnismäßig geringe Zahl von Wohnungen der Benützung zugeführt werden konnte.

Auf Grund des Bundesgesetzes über die Förderung der Errichtung von Wohnhäusern waren einige Bauten noch vom Jahre 1939 in Ausführung begriffen. 4 Wohnhausanlagen mit zusammen 157 Wohnungen wurden im Jahre 1940 fertiggestellt und der Benützung übergeben. Auf 2 Baustellen wurde nach zeitweiser Einstellung weitergearbeitet.

Nach dem Gesetz über die Förderung der Errichtung von Volkswohnungen durch Reichsdarlehen wurden 18 Volkswohnungen fertiggestellt.

Zur Gänze aus Eigemitteln der Stadt Wien wurden im Jahre 1940 35 Einfamilienhäuser und 72 Wohnungen hergestellt und der Benützung übergeben. An 254 Siedlungshäusern mit 330 Wohnungen und an Ersatzbauten für die Simmeringer Baracken mit 30 Wohnungen wurde weitergearbeitet.

Bedingt durch die Kriegsverhältnisse fielen im Laufe des Jahres 1941 der Abteilung die Aufgaben des Arbeitseinsatzes der ausländischen Arbeiter innerhalb der Hauptabteilung Bauwesen zu. Um die lebens- und kriegswichtigen Bauten und Instandsetzungsarbeiten durchführen zu können, war es bei dem großen Arbeitermangel notwen-

dig, einen innenbetrieblichen Ausgleich der Bauarbeiter vorzunehmen. Die Abteilung G 18 übernahm auch die Lenkung des Arbeitseinsatzes für die städtischen Bauten. Die ausländischen Arbeiter wurden in zwei, von der Abteilung erbauten Arbeitslagern untergebracht.

Von den auf Grund des Bundesgesetzes über die Förderung der Errichtung von Wohnhäusern, im Jahre 1940 teilweise eingestellten Bauten mit zusammen 124 Wohnungen konnten nach Zuweisung von holländischen Arbeitern die 2 Bauten fortgesetzt werden.

Von den Bauten auf Grund des Gesetzes über die Förderung der Errichtung von Volkswohnungen durch Reichshilfe wurden im 11. Bezirk 90 Wohnungen fertiggestellt. An den im Jahre 1940 wegen Arbeitermangels zum Teile eingestellten Bauten mit 243 Wohnungen wurde weiter gearbeitet. Durch den Einsatz von ausländischen Arbeitern war es auch möglich, den Bau von 11 Wohnhausanlagen mit zusammen 587 Wohnungen zu beginnen, 9 davon wurden über die Hauptgleiche geführt.

Zur Gänze aus Eigenmitteln wurden 217 Wohnungen und 9 Geschäfte der Siedlung Wienerfeld erbaut.

Für die Unterbringung der ausländischen Arbeiter wurden 2 Barackenlager errichtet, und zwar 10., Laaerstr. für einen Belag von 1.200 und 20., Griegplatz für einen Belag von 1.800 Arbeitern.

Für die Abteilung Müllbeseitigung wurden 2 Gefangenenlager für je 120 Mann Belag gebaut.

Im Jahre 1942 wurden keine neuen Wohnhausbauten begonnen, es wurde lediglich an der Fortführung oder Fertigstellung der in früheren Jahren begonnenen Wohnhausbauten gearbeitet. Folgende Bauten mit zusammen 300 Wohnungen wurden fertiggestellt und der Benützung übergeben:

10., Siedlung Wienerfeld- Ost	mit	191	Wohnungen
11., Hasenleiten	"	60	"
12., Draschegasse	"	8	"
14., Dreyhausenstraße	"	25	"
21., Frömmelgasse	"	16	"

Außerdem wurden die Bauarbeiten auf 15 Baustellen mit zusammen 1047 Wohnungen fortgeführt. Bei diesen Arbeiten waren im Durchschnitt 200 italienische Arbeiter täglich beschäftigt.

Für die Aufstellung eines Barackenlagers an der Gudrunstraße im 10. Bezirk zur Unterbringung von 500 Mann Kriegsgefangenen für Bahnhofladearbeiten des Güternahverkehrs wurden die Pläne verfaßt und die Baubewilligung erwirkt.

Im Jahre 1943 wurden 350 Wohnungen in folgenden Bauten fertiggestellt und der Benützung übergeben:

5., Wimmergasse	90	Wohnungen
10., Wienerfeld- Ost.....	131	"
12., Wolfganggasse.....	54	"
15., Iheringgasse	29	"
15., Tellgasse	46	"

Ferner wurden die Bauarbeiten auf 11 Baustellen mit zusammen 697 Wohnungen fortgesetzt.

Im Rahmen der Aktion "Wiedergewinnung zweckentfremdeten Wohnraumes" wurden von der Abteilung G 18 im Jahre 1943 16 Wohnungen bezugsfähig gemacht und mit der Instandsetzung von weiteren 44 Wohnungen begonnen.

Im Laufe des Berichtsjahres 1944 wurden insgesamt 353 Wohnungen folgender Wohnhausanlagen fertiggestellt und der Benützung übergeben:

5., Siebenbrunnengasse.....	34	Wohnungen
10., Wienerfeld- Ost II. Teil.....	15	"
10., Wienerfeld- West I. Teil.....	96	"
11., Hasenleiten.....	30	"
15., Tellgasse.....	60	"
15., Walküregasse.....	50	"
15., Math. Schönerergasse.....	68	"

Außer der Fortführung der begonnenen Wohnhausbauten wurde Ende 1944 die Errichtung von Behelfsheimen für Bombengeschädigte in Angriff genommen, und zwar die Anlagen:

10., Laaerberg mit.....	308	Heimen
22., Glinzendorf mit.....	64	"
23., Klein-Neusiedl mit.....	139	"
25., Breitenfurt mit.....	115	"
25., Mauer mit.....	74	"
25., Rodaun mit.....	332	"

Im Rahmen der Aktion "Wiedergewinnung zweckentfremdeten Wohnraumes" wurden 34 Wohnungen bezugsfähig gemacht und die Instandsetzung von weiteren 10 Wohnungen fortgeführt.

Die Kriegsverhältnisse wirkten sich auf allen Baustellen äußerst ungünstig aus. Sowohl im Bauhauptgewerbe als auch im Baunebengewerbe mangelte es an Arbeitskräften. Ganz besonders machte sich das Fehlen von Fachkräften wie Maurern, Zimmerleuten, Installateuren, Elektrikern, Fußbodenlegern,

Glasern, Anstreichern, Beschlagschlossern und Zimmermalern nachteilig fühlbar und verzögerte den Baufortschritt erheblich. Die natürliche Folge hiervon war eine bedeutende Verlängerung der ursprünglich festgelegten Baudauer und eine Verzögerung der Wohnungsbenützung.

Außer dem großen Arbeitermangel wirkte auf den Arbeitsfortschritt noch im besonderen Maße die Unmöglichkeit der rechtzeitigen Beschaffung von Transportmitteln und von einzelnen Baumaterialien.

13.) Gebäudeerhaltung.

Mit Erlaß des Bürgermeisters vom 15. März 1943 wurde die Abteilung G 47 "Gebäudeerhaltung" durch Zusammenlegung der Abteilungen G 21: "Erhaltung der städtischen Wohlfahrts- und Krankenanstalten" geschaffen und dem Hochbauamte unterstellt. Gleichzeitig wurden aus dem Geschäftsbereich der Abteilung G 33 "Gas- wasser- u. Elektroanlagen, Fernsprechanlagen" die Instandhaltungs- u. Instandsetzungsarbeiten, ausschließlich jener an Fernsprech- u. Röntgenanlagen, sowie ausschließlich der Neuherstellung solcher Anlagen, der Abteilung G 47 zugewiesen.

Die Abteilung wurde in 5 Abschnitte geteilt, von denen jeder einen Gebietsteil von Groß-Wien umfaßte. Die einzelnen Abschnitte unterstanden je einem Abschnittsleiter und waren in einzelne Sprengel unterteilt, für die je ein Schbearbeiter zur Bearbeitung aller in diesem Sprengel vorkommenden Angelegenheiten der Gebäudeerhaltung bestimmt war. (Wohlfahrts- und Krankenanstalten, Amts- u. Schulhäuser, Häuser für verschiedene Zwecke, Wohnhausbauten, Altwohnhäuser, Schlachthöfe, Markthallen usw.).

Nachstehende Tabelle gibt eine Übersicht über die von der Abteilung G 47 erhaltenen Anstalten, Amts- u. Schulhäuser, in anderen Gebäuden untergebrachten Ämter und sonstigen Dienstgebäuden im Berichtsjahre 1944:

Gattung	Zahl	Gattung	Zahl
Amtshäuser	119	Übertrag	3148
Amtsräume in anderen Gebäuden	82	Märkte	35
Altersheime	7	Kunst- u. Modeschule	1
Bezirks-Fürsorge-Leiter	25	Markthallen	6
Bez. Jugend-Ämter	20	Musikschulen	10
Brückenwaagen	23	Mutterberat. Stellen	105
Büchereien	33	Rettungswachen	6
Notbaracken	4	Sanitätswachen	5
Denkmäler	328	Schlachthof St. Marx	1
Althäuser	632	Schulhäuser	414
Entseuch-u. Absonderungsanstalten	1	Schülerheime	6
Häuser für versch. Zwecke	37	Schlachthöfe	1
Forsthäuser	6	Sicherstellungsdepots	30
Objekte d. Feuerschutzpolizei	137	Siedlungen	10
Eingemeindete Zinshäuser	577	Soz. Frauenschule	1
Gesundheitsämter	19	Standesämter	24
Gastwirtschaften	18	Schulzahnkliniken	19
Jugendheime	450	Tuberkulosen-Fürs. Stellen	20
Heil-u. Pflegeanstalten	1	Lainzer Tiergarten	1
Anstalt-Haupt-u. Wäschelager	1	Theater-Gebäude	3
Stiftungshäuser	44	Unternehm. Häuser	13
Erziehungsanstalten	13	Lehrlingsheime	6
Kirchen u. Kapellen	36	Viehhält. Häuser u. Körpl.	50
Kindertagesstätten	138	Versch. Objekte	36
Krankenanst. u. ehem. Fondskrankenanstalten	33	Wohnhausanlagen	439
Öffentl. Luftschutzräume	339	Wasenmeisterei	1
Landes-Bildstelle	1	Wein-u. Obstbauschule Gumpoldskirchen	1
Anteilhäuser	24	Herberge f. Obdachlose	1
		Zentrallager u. Bäckerei	1
		Zusammen	4394

Arbeiten größten Umfanges waren bei der Behebung von Flieger - schäden an städtischen Objekten und für die Errichtung von Luftschutzräumen erforderlich. Schwere Fliegerschäden wurden unter anderem in der ~~Therapeutischen~~ Anstalt in Kaiser-Ebersdorf und in der Albuminfabrik im Schlachthof St. Marx notdürftig behoben. Auch im Frans-Josef-Spital und am Favoritner-Kinderspital, die einigemal durch Luftangriffe sehr stark beschädigt worden waren, wurden die dringendsten Wiederherstellungsarbeiten vorgenommen. An der Lungenheilstätte Baumgartnerhöhe wurde der Pavillon Annenheim schwer getroffen, ebenso ein Pavillon im Elisabethspital. Das Altersheim Währing (früher Haus der Barmherzigkeit) und die Nervenheilanstalten Rosenhügel und Döbling erhielten ebenfalls schwere Treffer. In diesen Anstalten wie in den übrigen Spitälern und sonstigen Wohlfahrtsanstalten wurden die ärgsten Fliegerschäden provisorisch behoben; auch an Schulgebäuden und Amtshäusern wurden, soweit sie noch benützbar waren, gleichartige Arbeiten durchgeführt.

Von größeren Umgestaltungsarbeiten sind zu erwähnen:

Die Fertigstellungsarbeiten zur Umgestaltung des ehemaligen Altersheimes Mauerbach zu einem Ausweichspital für das Wilhelminenspital, womit die Errichtung von drei Luftschutzbunkern verbunden war; ein Luftschutzbunker wurde in der Frauenklinik Wielemannsgasse und in Privathäusern eine große Anzahl von Luftschutzkellern errichtet.

Die der Abteilung angeschlossene Rathausverwaltung hatte die Erhaltung der Gebäude und der 23 Aufzüge im Neuen Rathaus, Wohlfahrtsamt, Amtshaus und im Wohnungsamt durchzuführen. Ferner hatte sie Adaptierungen bei Ämterverlegungen in diesen Gebäuden oder in den anliegenden Zinshäusern vorzunehmen. Sie betrieb die elektrische Anlage im Neuen Rathaus, die dortigen Tischler-, Schlosser- u. Tapeziererwerkstätten und führte das Magazin für Bau- und Elektromaterialien. Sie organisierte alle Arbeiten bei Veranstaltungen und Empfängen im Neuen Rathaus und in dessen Umgebung. Ferner führte sie alle Inventartransporte bei Ämterverlegungen innerhalb der genannten Objekte durch. Mit ihrem Personal vollbrachte sie auch alle Reinigungsarbeiten im Neuen Rathaus, Amtshaus und Wohlfahrts-

amt und die Bewachung dieser Gebäude und des Wohnungsamtes. Außerdem versah sie den Portierdienst in diesen Objekten.

Die Hauptarbeit der Rathausverwaltung bestand in der provisorischen Behebung der Fliegerschäden im Neuen Rathaus, Amtshaus und den übrigen umliegenden Amtshäusern. Insbesondere das Neue Rathaus wurde schwer getroffen: Das Dach des Mittelbaues am Rathausplatz wurde zerstört und einige andere Bombentreffer beschädigten weitere Dachteile und Stockwerke. Auch durch die Kampfhandlungen und die dadurch entstandenen Brände wurden etliche Räume, besonders an der Südseite stark beschädigt. Das Lager der Rathausverwaltung mit allen wertvollen Inventarstücken, wie Teppichen, Vorhängen, Fahnen, Stoffvorräten und sonstigen Materialien wurde zur Gänze ein Raub der Flammen. Die Wiederherstellungsarbeiten wurden von den städtischen Bauhöfen ausgeführt.

Infolge des Krieges mußten alle nicht kriegswichtigen Arbeiten zurückgestellt werden und es konnten nur Arbeiten, die sich als dringend notwendig erwiesen, durchgeführt werden, wobei sich der Mangel an Arbeitskräften, Baustoffen und Transportmitteln als sehr hinderlich und verzögernd auswirkte.

14.) Umbau von Althäusern, Luftschutzwesen, Bauförderung.

Die Abteilung G 19- Entwurf und Ausführung von Nutzbauten und Sportanlagen und die Abteilung G 20 Umbau von Althäusern, Luftschutzwesen, Bauförderung wurden im Berichtsjahre 1942 zusammengelegt.

a) Luftschutzmaßnahmen.

Das Arbeitsgebiet des Hoheitlichen Luftschutzes umfaßte die im Auftrage des Polizeipräsidenten als örtlichen Luftschutzleiter aus Reichsmitteln von der Gemeindeverwaltung Wien durchzuführenden Planungen und Ausführungen von öffentlichen Luftschutzräumen und Luftschutzrettungsstellen. Diese Arbeiten wurden von der Abteilung G 20 bis Kriegsende

durchgeführt. Von Kriegsbeginn bis zum 1.1.1945 wurden durch die Abteilung 19 Luftschutzbauwerke geplant und ausgeführt. Dazu kamen 4 Operationsbunker in den Krankenanstalten, 1 Hotelbunker, 1 Wohnbunker mit Rettungsstelle und 1 Sonderbunker.

Der zivile Luftschutz betraf den im Auftrage der Polizei ebenfalls aus Reichsmitteln von der Gemeindeverwaltung durchzuführenden Ausbau von Luftschutzräumen in den privaten und städtischen Wohnhäusern. Dieses mit dem Jahre 1940 von der Abteilung G 20 behandelte Arbeitsgebiet wurde bis zum Sommer 1944 von ihr weitergeführt. Zu diesem Zeitpunkt erfolgte insofern eine Änderung, als die Erhebungs- und Planungsarbeiten für die Baumaßnahmen der neu aufgebauten Abteilung G 4 im Rahmen der Baupolizei zugeteilt wurden. Die Bauausführungen selbst erfolgten von da an durch die Abteilung G 47.

Die von der Abteilung G 20 im Jahre 1943 errichtete Luftschutzberatungsstelle für die gesamte Wiener Bevölkerung zum Ausbau von Luftschutzräumen in den Gebädekellern im Wege der Selbsthilfe wurde ebenfalls im Sommer 1944 der Abteilung G 4 - Baupolizei zugeteilt. Ebenso oblag von diesem Zeitpunkt an dieser Abteilung die bis dahin von der Abteilung G 20 durchgeführte Begutachtung von Anträgen um Ausnahmegenehmigung vom Bauverbot an den Garbeauftragten für Bau, welche von industriellen und gewerblichen Betrieben für die Durchführung von Luftschutzmaßnahmen im Rahmen des erweiterten Selbstschutzes und des Werkluftschutzes vorzulegen waren.

b.) Behebung von Kriegsschäden an Gebäuden.

Der Abteilung G 20 oblagen die "Ersatzleistungen in Natur nach der Kriegssachschadenverordnung. Dem gemäß hatte die Abteilung alle mit der Schadensbehebung zusammenhängenden bautechnischen Angelegenheiten in Einvernehmen mit den zuständigen Stellen durchzuführen.

Mit dem Einsetzen der ersten größeren Fliegerangriffe auf das Stadtgebiet von Wien im Frühjahr 1944 begann sofort die praktische Tätigkeit der von der Abteilung in den vorangegangenen Jahren vorbereiteten Organisation für die Durchführung von baulichen Sofortmaßnahmen nach Fliegerangriffen. Entsprechend der Lage der durch die Fliegerangriffe betroffenen Stadtteile wurden zunächst in den Randgebieten Bausinsetsätze

als örtliche Zweigstellen errichtet, deren Zahl und Umfang entsprechend der ständig zunehmenden Intensität und Ausdehnung der Angriffe immer mehr verstärkt wurde.

Die dadurch bedingte Vermehrung der Amtsgeschäfte führte schließlich im November 1944 zur Abspaltung dieses gesamten Arbeitsgebietes von der Abteilung G 20 und zur Bildung eines eigenen Amtes für bauliche Sofortmaßnahmen.

c) Umbau von Althäusern.

Das mit Hilfe des Wiener Assanierungsfonds errichtete Wohnhaus I., Wollzeile 27 wurde fertiggestellt und im März 1942 mit 19 Wohnungen und 3 Geschäftslokalen der Benützung übergeben. Der Bau konnte trotz Schwierigkeiten, besonders bei der Beschaffung der Einrichtung für Badezimmer, der Zentralheizung und Warmwasserbereitungsanlage, in der ursprünglich geplanten Ausführung fertiggestellt werden.

Bei 16 baufälligen Wohnhäusern im 21. Bezirk wurden die erforderlichen Instandsetzungsarbeiten unter Heranziehung von ausländischen Arbeitskräften und Bereitstellung von Materialien durchgeführt. Diese Baudurchführungen waren Notstandsmaßnahmen, die erforderlich waren, weil den Hauseigentümern die Beschaffung der Baustoffe und der Arbeitskräfte in der gebotenen kurzen Frist nicht möglich war.

Auf Grund des Bauförderungserlasses des Reichsarbeitsministers vom 9.3.1940 konnten Reichszuschüsse für die Teilung von Wohnungen, den Umbau sonstiger Räume zu Wohnungen, sowie An- und Aufbauten für Wohnzwecke gegeben werden. Ferner konnten auf Grund eines Erlasses des Reichsarbeitsministers vom 27.3.1940 für Instandsetzungs- und Ergänzungsarbeiten an Wohngebäuden und Wohnräumen Reichszuschüsse gewährt werden, die grundsätzlich 20 % der Baukosten betragen, deren Erhöhung auf 50 % und 75 % jedoch in besonderen Notfällen möglich war. Für den Bereich der Stadt Wien oblag es der Gemeindeverwaltung, die Einhaltung der Bestimmungen zu überprüfen. Mit der Durchführung war die Abteilung G 20 betraut.

Mit Rücksicht auf die angespannte Lage auf dem Baumarkte wurden im allgemeinen Reichszuschüsse nur für lebensnotwendige Instandsetzungs- und Ergänzungsarbeiten bewilligt, wie Trockenlegungen, Durchführung von baubehördlich an-

geordneten Instandsetzungen und Bewohnbarmachung von vernachlässigten freigewordenen Judenwohnungen.

d) Nutzbauten.

Für die Wiener Messe wurden 2 Hallen errichtet, und zwar die Nordhalle mit 3000 m² als neue Halle und die Halle IV als Vergrößerung einer bestehenden Halle von 650 m² auf 2.350 m² Ausstellungsfläche.

Für die Verbesserung der Getreideversorgung wurde auf dem Gelände der Lagerhäuser der Stadt Wien eine Getreideumschlagsanlage für die Verladung und Verwiegung des auf dem Donauwege mittels Schleppern eintreffenden Getreides errichtet.

Der im November 1938 begonnene Bau einer Schweinemastanstalt in Hetzendorf wurde im Jahre 1940 fertiggestellt.

Ebenso wurde der im Sommer 1939 begonnene Bau des Kühlagerhauses St. Marx, Wien, 3., Döblerhofstraße fertiggestellt und am 17. Oktober 1942 in Betrieb genommen. Die dazugehörige Schleppbahnanlage, die nächst der Zipperergasse im 11. Bez. von der Schlachthausbahn abzweigt, wurde weiter ausgebaut.

Auch 2 Speicherbauten im Hafen Albern konnten ebenfalls fertiggestellt werden.

Im Zuge der Dezentralisation des Naschmarktes wurden auf etlichen Wiener Gebietsmärkten Großverteilerbaracken mit insgesamt 33 Zellen errichtet.

Einige Spitalsbaracken wurden im Wilhelminenspital aufgestellt.

15.) G a r t e n b e t r i e b .

Die Magistratsabteilung IV/18 Gartenbetrieb, wurde auf Grund des Organisationsplanes im Jahre 1941 in G 24 Garten - und Grünflächenwesen umbenannt und im März 1943 dem neugeschaffenen Grünflächenamt, dem auch die Abteilung G 25 - Friedhöfe angeschlossen war, eingegliedert.

Die Abteilung G 24 hatte die Grünflächenplanung, den Entwurf von Grünanlagen, Sondergärten, Friedhöfen und Sportplätzen und deren Erhaltung über. Außerdem war der Leiter des Entwurfbüros mit Aufgaben der Landesplanung betraut. Am 15. März 1943 wurde auch die technische Garten-

erhaltung(Erhaltung der Betriebsgebäude, Glashäuser, Einfriedungen, Sportanlagen und Spielplätze) aus der Abteilung G 22 herausgenommen und der Abteilung G 24 angegliedert.

Die Referatseinteilung war folgende:

Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten; Grünflächenplanung und Entwurf von Grünanlagen, Sondergärten, Friedhöfe und Sportplätze;

Herstellung und Erhaltung der Grünanlagen und Betrieb der Anzuchtstätten; Schädlingsbekämpfung im Obst-und Gartenbau (im Februar 1944 an die Abteilung J 17 abgetreten);

Neubau und technische Erhaltung der Gartenobjekte.
Sportanlagen und Spielplätze;

Haus- und Grundverwaltungsangelegenheiten(im Nov.1943 an die Abteilung L 6 abgetreten).

Eine weitere Aufgabe der Abteilung war die Erstattung von Fachgutachten und die Durchführung von Schätzungen. Außerdem wurden die Pflanzenausschmückungen und Dekorationen für die repräsentativen Veranstaltungen der Stadt Wien und die Schmückung der Standesämter durchgeführt. Den Kriegsverhältnissen wurde weitgehend Rechnung getragen und durch die Heranzucht von Gemüsepflanzen für die Grabeländler Wiens, die Anpflanzung von Gemüse für die Wohlfahrtsanstalten und Lazarette sowie durch den Anbau von Ölfrüchten wertvolle Beiträge für die Ernährungswirtschaft geleistet.

Im Jahre 1943 wurden folgende Grünanlagen neu übernommen: Prater, St. Marxer Friedhof, Pötzleinsdorfer Schloßpark, Hochberg in Perchtoldsdorf, Goldbühl und Lindberg in Perchtoldsdorf.

Insgesamt wurden somit Ende 1943 von der Abteilung erhalten:

861	öffentliche städtische Gartenanlagen im Ausmaße von
.....	10,321.745 m ²
393	Grünanlagen in städtischen Wohnhausbauten im Ausmaße
von.....	684.264 m ²

1.254 Grünanlagen im Gesamtausmaß von 11,006.009 m².

In den Straßen befanden sich 120.450 Alleebäume, von denen rund 20.000 Obstbäume waren, die größtenteils auf den Straßen in ländlichen Gebieten standen.

Außer der Hauptgärtnerei im II. Bezirk im Ausmaße von 46.000 m² wurden noch 9 kleinere Gärtnereien verschiedener Größe betrieben. In diesen Betriebsstätten wurden die notwendigen Pflanzen und Blumen herangezogen, die zur Schmückung der öffentlichen Grünanlagen, Standesämter und für repräsentative Veranstaltungen gebraucht wurden. Diese Ausschmückungen mußten jedoch immer mehr eingeschränkt und die freien Flächen für die Heranzucht der Gemüsepflanzen für die Gräberländer Wiens und für Gemüseanbau bereitgestellt werden. Überhaupt verlagerte sich die Haupttätigkeit der Abteilung in verstärktem Umfange auf die Erzeugung von Gemüse und Ölfrüchten. Für die Kartoffelvorkeimung wurden Glashäuser im Reservegarten, II., Vorgartenstraße, zur Verfügung gestellt.

Eine Schädlingsbekämpfungsaktion wurde alljährlich durchgeführt. Die Klein- und Siedlungsgärten wurden besichtigt und unter ihnen diejenigen Gärten festgestellt, die einen Befall durch die San José Schildlaus aufwiesen.

Auf dem Gebiet der Grünflächenplanung seien folgende Arbeiten erwähnt: Die Anfertigung von Plänen der Obst- und Weinbaugebiete im 16., 17., 18., 19. und 26. Bezirk auf Grund örtlicher Besichtigungen, ferner ein Gewässerplan für Wien im Maßstab 1 : 5.000, die Bearbeitung von Flächenwidmungsplänen unter besonderer Berücksichtigung der Grünflächen im Maßstab 1:10.000 und die Übertragung auf einen Gesamtplan 1:25.000.

Die Abteilung wirkte auch bei der Planung von Feuerlöschteichen in vorhandenen Parkanlagen und bei der Gestaltung der Grünflächen im Arenberg- und Esterhazy-park nach Errichtung der Flakturbauten mit. Für eine Dauerkleingartensiedlung, am Südhange des Laaerberges wurde ein Entwurf ausgearbeitet. Bezüglich der Friedhöfe wurden Entwürfe für die Erweiterung des Zentralfriedhofes und des Neustifter-Friedhofes bearbeitet. Ferner wurden Gräberanlagen für Bombengetötete auf dem Zentralstammersdorfer- und Mödlinger Friedhof und eine Ehrenstätte für Bombengetötete auf dem Friedhof Fischamend entworfen.

Im Spätherbst 1944 wurden durch den Bombenkrieg besonders die großen städtischen Gärtnereien im II. und XIX. Bezirk schwer beschädigt. So wurden im städtischen Reservegarten fast sämtliche Glashäuser vernichtet. Auch die städtische Baumschule

Albern wurde durch mehr als 160 Bombenrichter förmlich umgeackert. Durch diese Luftkriegseinwirkungen wurden fast sämtliche Pflanzen, einschließlich der Dekorationspflanzen (Palmen) in den Gärtnereien zerstört.

Das städtische Gartenwesen hat durch die Kriegseinwirkungen verhältnismäßig ärger gelitten als die anderen Zweige der Gemeindeverwaltung, denn zu den Verwüstungen durch Fliegerbomben kamen noch die seit Kriegsbeginn in den Gartenanlagen hergestellten Kriegsschutzeinbauten, wie Löschwasserteiche, Flaktürme, Bunker, Splittergräben, Aufstellung von Baracken etc.

Infolge dieser Einbauten wurden viele kleine Gartenanlagen zur Gänze vernichtet. Durch die ständige Verminderung des Personals werden die schweren Schäden in den Gärten und an deren Einrichtungen erst im Laufe von Jahren aufgeholt werden können.

16.) Friedhöfe.

In der Berichtszeit standen 99 städtische Friedhöfe in Betrieb. Von diesen wurden 14 in eigener Regie geführt, während auf den übrigen Totengräber-Kontrahenten die Friedhofsaufsicht, Reinigungs- und Beerdigungsarbeiten besorgten. Von den städtischen Friedhöfen lagen 31 im alten und 68 im neuen Stadtgebiet.

Außer diesen Friedhöfen bestand noch der alte Asperner Friedhof, der seit Dezennien geschlossen und aufgelassen ist. Der alte aufgelassene St. Marxer Friedhof, der ebenfalls schon seit vielen Jahren nicht mehr belegt wurde, wurde 1943 als Gartenanlage in die Verwaltung der Abteilung G 24 - Garten - und Grünflächenwesen übergeben.

Neben den genannten befanden sich noch 6 jüdische Friedhöfe in der Verwaltung der Stadt Wien. Es waren dies die israelitische Abteilung beim I. Tor des Zentralfriedhofes und die israelitischen Friedhöfe in Währing, Leopoldau, Groß-Enzersdorf, Mödling und Klosterneuburg. Auf diesen Friedhöfen fanden keinerlei Beerdigungen statt. Ein besonderes Augenmerk wurde den Friedhofserweiterungen zugewendet. Er-

weiterungsarbeiten wurden am Südwest- Hietzinger- Neustifter- Grinzinger- und Sieveringer Friedhof durchgeführt. Der im Jahre 1874 eröffnete und seitdem wiederholt erweiterte Zentralfriedhof umfasst ein Gelände von mehr als 250 ha. Zur Aufbahrung der Leichen stehen auf der allgemeinen Abteilung drei Aufbahrungshallen zur Verfügung. Die Grabstellen werden eingeteilt in gemeinsame Gräber, eigene Gräber, Grüfte und Kolumbarien. Außer diesen allen zur Verfügung stehenden Bestattungsstellen besteht im Zentralfriedhof eine eigene Ehrengräberanlage, welche die von der Stadt Wien gewidmeten Ruhestätten berühmter und historisch denkwürdiger Persönlichkeiten umfasst. Diese Ehrengräber werden auf Kosten der Gemeinde dauernd erhalten und mit Blumen geschmückt.

Als Ruhestätte für die Opfer des 1. Weltkrieges dient eine eigene Kriegergrabstätte, die im Jahre 1914 angelegt, in der Folge gärtnerisch ausgeschmückt und mit einem Denkmal versehen wurde.

Zur Bestattung der im 2. Weltkrieg Gefallenen hat die Stadtverwaltung in der Gruppe 97 eine neue Kriegergrabstätte errichten lassen. Das Wiener Stadtkommando stiftete ein provisorisches Denkmal in der Form eines großen Kreuzes. In der Gruppe 88 wurde für die verstorbenen Soldaten feindlicher Mächte eine Begräbnisstätte angelegt.

In der neuen Kriegergrabstätte sind bis 31.3.1945 an Offizieren Unteroffizieren und Mannschaftspersonen der deutschen Wehrmacht und deren Verbündeten 3.500 Tote bestattet worden, In der Gruppe 88 wurden bis 31.3.1945 598 fremdländische Soldaten beerdigt.

In der Feuerhalle wurden seit ihrer Eröffnung im Jahre 1923 bis 31.3.1945 65.318 Leichen eingeäschert. Verwendet wurden 3 mit Koks betriebene Einäscherungsöfen. Der Ein-äscherungsbetrieb in der Feuerhalle mußte am 24.2.1945 infolge des Mangels an Brennstoffen eingestellt werden. Von diesem Zeitpunkt an gab es daher nurmehr Erdbestattungen.

Der infolge des Krieges ständig fortschreitende Mangel an Arbeitskräften und die Verknappung an Baustoffen hatten eine starke Drosselung aller Bauarbeiten in Friedhöfen zur Folge.

Mußten schon im Jahre 1942 die Arbeiten für Gruftbauten und Grabkammern eingestellt werden, so ergab sich im darauffolgenden Jahre die Notwendigkeit, auch die Untermauerungen von Einfassungen einzustellen. Zugelassen wurden nur mehr Fundierungen für Grabsteine.

Auch in der Friedhofsgärtnerei war es notwendig, die Übernahme von Ausschmückungsarbeiten einzuschränken. Es konnten daher nicht mehr, wie es in früheren Jahren üblich gewesen war, Frühjahrs-, Sommer- und Herbstausschmückungen, sondern nur mehr eine einmalige Ausschmückung in Form einer Sommerausschmückung, sowie Dauerausschmückungen (Immergrün und Efeu) übernommen werden. Die Pflege der Gräber wurde in vollem Umfang aufrecht erhalten.

Auch die Übernahme von Gräberhaltungswidmungen wie Vorauszahlungen für Dauerausschmückungen mußte am Ende der Berichtszeit eingestellt werden.

Über Auftrag des Reichsnährstandes mußte die städtische Friedhofsgärtnerei neben ihrem eigentlichen Arbeitsgebiet, der Grabausschmückung, auch den Gemüseanbau betreiben. Zu diesem Zweck wurden am Zentralfriedhof ca 600 ha Fläche für den Gemüseanbau verwendet. Außerdem wurden im Jahre 1943 erstmalig Ölfrüchte angebaut. Diese Arbeiten wurden zum Teil mit französischen Kriegsgefangenen, mit Bulgaren und Ostarbeiterinnen betrieben.

17.) Ingenieurbauten.

Die Abteilung G 48 wurde zu Anfang des Jahres 1943 gegründet.

Ihr Geschäftsbereich umfaßte:

Wasserbau und Wasserwirtschaft; (Gerinneregelung, Wehranlagen, Wasserkraftwerke, Hochwasserschutz, Entwässerung, Abwasserbeseitigung, -klärung und -verwertung, Wasserfassungs- und Förderungsanlagen für Trink- und Nutzzwecke, Wasserbehälter- und Leitungsanlagen, Bewässerungs- und Bodenverbesserungsanlagen für die Landwirtschaft, Hafen- und Schiffsanlagen).

Erd- und Wegebau; (Straßenbau, Stützmauern, Eisenbahnanlagen).
Grundbau.

Abdichtungsanlagen für Hoch- und Tiefbauwerke.

Brückenbau.

Ingenieurhochbau.

Luftschutzbau; (Anlagen zur unabhängigen Löschwasser-
versorgung, Anlagen zur unabhängigen Trinkwasserver-
sorgung, Luftschutz-Deckungsgräben und Rundbauten für
den Splitter-, Luftdruck- und Trümmerschutz, Luftschutz-
Hoch- und Tiefbunker, Luftschutz-Zellen, Luftschutz-
Stollenanlagen.)

Tiefbauliche Aufschließungs- und Standortstudien von
Siedlungs- und Industrieland.

Wasser - und Bodenstatistik.

Aufgabe der Abteilung war die Vorbereitung und Abfassung
von Übersichts- und baureifen Einzelentwürfen, die Erstattung
von Gutachten und die Sammlung und Auswertung von Beobachtungs-
ergebnissen in den angeführten Tätigkeitsgebieten.

Im Herbst 1944 erfolgte die Verschmelzung der Abteilung
G 48 mit der OT - Abteilung IV Technik, wodurch sie im Ge-
schäftsbereich eine wesentliche Erweiterung erfuhr.

Für die Gemeindeverwaltung kamen als weitere Aufgaben
hinzu: die Projektierung von Hochbauten, Maschinenbauten, Elek-
trotechnik, Vermessungsarbeiten.

Der Abteilung oblag die Neuplanung und Überprüfung aller
Bauvorhaben im Bereiche Wiens sowohl in bautechnischer als
auch in elektrotechnischer und maschinenbautechnischer Hin-
sicht. Der übermäßig große Arbeitsanfall, der meist plötzlich
auftrat, konnte nur durch die weitgehendste Heranziehung von
Zivilingenieuren und Professoren der Technischen Hochschule
bewältigt werden. Als besondere Schwierigkeit sei auch die
Verschiedenartigkeit des Personals erwähnt. Die Art der Arbeiten
und die Entwicklung erforderten es, daß zu dem Grundstock von
Gemeindebeamten und Angestellten Beamte und Angestellte der
Luftwaffe stießen, die nur fachtechnisch zugeteilt waren, in
personeller Hinsicht jedoch von den Dienststellen der Luft-
waffe betreut wurden. Außerdem mußten nicht deutsch sprechende
Ausländer sowie Angestellte von Zivilingenieurbüros und vom
Polizeipräsidenten dienstverpflichtete Baumeister verwendet
werden.

Eine Sonderbelastung erwuchs der Abteilung beim Entwerfen von Luftschutz-Anlagen, vor allem von Deckungsanlagen, da sich die Entwurfsgrundlagen infolge der neuen Erfahrungen in den luftgefährdeten Gebieten Deutschlands häufig änderten und zum Teil eine mehrmalige Umarbeitung der Entwürfe notwendig machten. In einer Reihe von Entwurfsfällen waren technischwissenschaftliche Probleme aufgetreten, deren Lösung in der Abteilung G 48 selbst erarbeitet wurde.

13.) S t r a ß e n b a u und Straßenerhaltung.

Die Abteilung G 26- Straßenbau wurde im August 1942 mit der Abteilung G 27- Erhaltung von Straßen zusammengelegt.

a) Die wichtigsten Straßenbauauführungen.

Im Verwaltungsjahr 1940 konnte noch die Klosterneuburger Höhenstraße vollendet und am 15.12.1940 dem allgemeinen Verkehr übergeben werden. Mit Erbauung dieser 3.5 km langen Straße wurde die Verbindung der Wiener Höhenstraße mit Klosterneuburg hergestellt. Bei diesem Bau waren 26.000 m³ Erdmasse und 10.000 m³ Fels zu lösen. Für die Fahrbahndecke wurden 21.000 m² Granitkleinsteine und 7.000 m Bordsteine verwendet. An Zement wurden 35 Waggon à 10 t verbraucht. Ferner wurde im gleichen Jahre die Straße von Groß-Enzersdorf nach Mühlleiten fertiggestellt. Der Umbau der Artariastraße als Verbindung, von Neustift a.W. und Neuwaldegg wurde soweit fertiggestellt, daß der Fahrzeug- und Fußgängerverkehr reibungslos erfolgen konnte.

Die Straßenbauarbeiten in den folgenden Berichtsjahren beschränkten sich, durch den Arbeiter- und Materialmangel bedingt, auf die Fertigstellung begonnener Bauten und auf einige größere Instandsetzungsarbeiten.

Als kriegsnotwendige Herstellung ist die Fertigstellung der Zufahrtsstraße zum Donauhafen Albern im XXIII. Bezirk zu erwähnen, ferner die behelfsmäßige Herstellung der Hubertusdammstraße im XXII. Bezirk, teils als Makadaminstandsetzung, teils als Rundschotterbahn, als Zufahrt zum Hafengebiet Lobau. Zahlreiche größere Instandsetzungsarbeiten erfolgten in fast allen Bezirken Wiens.

Im Jahre 1944 bestanden die Arbeiten fast ausschließlich in der Behebung von Straßenschäden nach Luftangriffen.

Der Mangel an Arbeitskräften, Material und Fuhrwerk ließ in der Regel eine endgültige Instandsetzung der Bombenschäden nicht zu. Größere Instandsetzungsarbeiten außerhalb der Kriegsschäden wurden im XXII. Bezirk auf den Reichs- und Landstraßen durchgeführt, um sie in verkehrssicherem Zustand zu erhalten. Zu den Kartoffellagerhallen in Gerasdorf und Maria-Lanzendorf wurden Zufahrtswege hergestellt. In der Zeit vom Dezember 1944 bis April 1945 konnte wegen der fast täglich stattfindenden Luftangriffe keine nennenswerte Arbeitstätigkeit entfaltet werden. Von den 3.467 Bombenschadenstellen auf den Straßen Wiens am 31. März 1945 konnten trotz aller Anstrengungen nur 707 endgültig instand gesetzt und rund 2.800 provisorisch behoben werden.

b) Straßenerhaltung.

Durch die Übernahme der Reichsstraßen am 1. September 1941 in die Auftragsverwaltung der Gemeinde Wien in einem Ausmaß von rund 70 km, vergrößerte sich das Arbeitsgebiet der Abteilung G 27 beträchtlich, so daß ein eigenes Referat hierfür geschaffen werden mußte. An neuen Verwaltungsgeschäften kamen nun die Bewirtschaftung der Reichsstraßenmittel und die Rechnungslegung und Rechnungsprüfung nach einheitlichen Bestimmungen des Generalinspektors für das deutsche Straßenwesen hinzu. Alle Wünsche und Beschwerden der Amtsstellen und der Landgemeindenverwaltung wurden sorgfältig geprüft und soweit die verminderten Arbeitskräfte und der Mangel an Treibstoff und Fuhrwerk es gestatteten, sofort erfüllt oder die Mängel abgestellt.

Im gesamten Stadtgebiet wurden im Berichtsabschnitt folgende Neupflasterungen an Fahrbahnen und Gehsteigen vorgenommen:

	<u>Fahrbahnen:</u>	<u>Gehsteige:</u>
1940	44.794 m ²	11.635 m ²
1941	60.422 "	10.024 "
1942	7.734 "	4.555 "
1943	19.307 "	2.449 "
1944	1.197 "	140 "

Umpflasterungen anlässlich von Straßenneubauten fanden statt:

	<u>Fahrbahnen:</u>	<u>Gehsteige:</u>
1940	11.044 m ²	998 m ²
1941	9.870 "	4.582 "
1942	4.597 "	1.611 "
1943	-- "	-- "
1944	-- "	-- "

Umpflasterungen im Wege laufender Herstellungen (ohne Makadam) wurden durchgeführt:

	<u>Fahrbahnen:</u>	<u>Gehsteige:</u>
1940 ...	277.993m ²	77.867m ²
1941 ...	207.392"	76.768"
1942 ...	165.466"	81.125"
1943 ...	159.009"	49.687"
1944 ...	86.803"	7.648"

Neuherstellungen und Erneuerungen an Makadamstraßen und Oberflächenbehandlungen zeigen die folgenden Zahlen:

Jahr	Neuherstellungen: m ²		Erneuerungen: m ²	
	Fahrbahnen	Gehsteige	Fahrbahnen	Gehsteige
1940	99.283	22.693	1,497.642	118.940
1941	53.976	19.088	1,306.183	96.886
1942	81.054	4.130	1,484.063	70.525
1943	31.700	2.113	1,327.444	31.770
1944	2.312	--	467.502	7.500

Verschiedene Anlagen von Stiegen und Stützmauern mußten neu angelegt werden.

Die in den Kriegsjahren erfolgte allgemeine Leistungssteigerung der Kriegsindustrie hatte naturgemäß einen erhöhten Raumbedarf zur Folge, sodaß vielfach die an die Industrieanlagen angrenzenden Straßenzüge für deren Zwecke in Anspruch genommen werden mußten.

Aus demselben Anlaß war für die Unterbringung ausländischer Zivilarbeiter über Barackenaufstellungen auf Straßengründen zu entscheiden, ebenso über solche für die Wehrmacht. Neue Reichsbahnanlagen und neue Anschlußgebiete lösten Fragen aus über die Straßengrundbenützung. Schließlich waren zahlreiche Ansuchen von Bewerbern für Grabeland auf Straßengründen zu behandeln, wobei die Anrainerrechte und Anrainerverpflichtungen erhoben und berücksichtigt werden mußten, bevor die Straßengründe für die Ansuchenden freigegeben werden konnten. Auch die Benützung von Grasflächen, insbesondere an Straßenrändern, war für die Kleintierhälter von besonderer Wichtigkeit.

Eine vermehrte Tätigkeit ergab sich bei der Benützung der Straßen durch Einbauten. Kraftstrom,-Gas- und Wasserbedarf erhöhte sich durch den Verbrauch der kriegswichtigen Betriebe.

Kabelleitungen mußten neu verlegt und andere wieder zur Metallgewinnung entfernt werden. Dadurch ergab sich eine erhöhte Zahl von Aufgrabungen.

Weiterhin mußten durch die kriegswirtschaftlichen Erfordernisse Lagerplätze für Straßenbaumaterialien aufgegeben und dafür andere Plätze ermittelt und für diesen Zweck eingerichtet werden.

Durch die Liquidierung von Siedlungsgenossenschaften erwachsen schwierige Verhandlungen bei der Übernahme der Privatstraßen in das öffentliche Gut ~~und in die Erhaltung der Stadt~~ Wien.

Eine umfangreiche Verwaltungstätigkeit entstand durch die Überwachung der Herstellung für Instandsetzungen der Gehsteige und Gehsteig-Auf-u. Überfahrten, die Stundung von Gehsteigerherstellungen, die Bewilligung von Straßengrabenüberbrückungen, die Einmündung von Liegenschaftswässern in die Straßentwässerung, sowie die Verlegung von Einbauten, durch die Führung der Aufgrabensbewilligung und die Überwachung der Wiederinstandsetzungen. Auch die Verwaltung und Erhaltung der Lagerplätze, der Amts- u. Straßenwärterhäuser erforderte eine eifrige Tätigkeit.

19. B r ü c k e n b a u u n d W a s s e r w i r t s c h a f t

Die Abteilung Brücken- und Wasserbau wurde durch den Organisationsplan vom 15. November 1941 in zwei Abteilungen mit den Bezeichnungen G 28 Brückenbau und G 29 Wasserwirtschaft unterteilt.

a) Brückenbau.

Die Arbeiten des Brückenbaues waren durch die fortschreitende Einschränkung der Bautätigkeit, die Verschlechterung der Verkehrsverhältnisse und die zunehmende Schwierigkeit in der Beschaffung von Bau- und Treibstoffen stark behindert.

Im Jahre 1940 wurde an der Floridsdorferbrücke über den Donaustrom das Holzstöckelpflaster der Strombrücken mit einem Kostenbetrage von RM 50.000 erneuert. An der Schwedenbrücke über den Donaukanal wurden die im Jahre 1939 begonnenen Instandsetzungsarbeiten der Widerlagermauern, Dehnvorrichtungen

und Schleppträger der Hauptträger beendet. Die Eisenbetonplatten des Gehweges wurden erneuert und mit einem Asphaltbelag versehen. Auf der Großen Ungarbrücke über den Hauptzollamtsbahnhof wurde der Asphaltbelag eines Gehweges erneuert. Der schadhafte Holzbohlenbelag der Gehwege der Nordbahn- und Nordwestbahnbrücke wurde mit dem Betrage von RM 12.300 instandgesetzt. Die Stahlkonstruktion der Gehwege der Großen Maxxerbrücke über den Hauptzollamtsbahnhof, die durch Einwirkung der Lokomotivrauchgase vollständig zerstört war, wurde erneuert und mit neuen Dehnvorrichtungen versehen. Zum Schutze gegen Rauchgase wurden neue Rauchschutzdecken angeordnet. Die Kosten dieser Arbeiten beliefen sich auf RM 106.000.

Der im Jahre 1939 begonnene Umbau der Linzerstraßenbrücke über den Halterbach im 14. Bezirk in Eisenbetonbauweise wurde beendet.

Der über die Nordbahn führende eiserne Übergangssteg bei der Station Leopoldau-Ladestelle im 21. Bezirk, begonnen 1938, wurde fertiggestellt. Die Gesamtkosten betrugen RM 86.200.

Der Degensteg über die Vorortelinie der Wiener Stadtbahn im 16. Bezirk wurde mit dem Betrage von RM 16.500 gründlich instandgesetzt. Auch die 1939 begonnene Instandsetzung des Nikolaisteges über den Wienfluß konnte beendet werden (RM 12.300).

Trotz des ungünstigen Bauzustandes und der geringen Tragfähigkeit der meisten Brücken des eingemeindeten Gebietes in Wien (80 % der Brücken besaßen bloß eine solche von 4'5 t bis 6 t statt von 14 t) war die Bautätigkeit wegen des großen Mangels an Arbeitskräften und Baustoffen gering. Sämtliche Brückenbauanstalten und Zimmererfirmen waren mit wehrwirtschaftlichen Aufträgen überhäuft und übernahmen Aufträge ohne Dringlichkeitsziffern nur in seltenen Fällen.

Im Jahre 1940 wurde die früher begonnene Buchbergstraßenbrücke über den Kierlingbach vollendet. Die Brücke über den Krottenbach wurde in Eisenbeton, mit dem Betrage von RM 11.000, neu hergestellt. Außerdem wurden 12 größere und 113 kleinere Brückenreparaturen mit einem Gesamtbetrag von rund RM 144.000 ausgeführt.

Im Jahre 1941 wurde an der Floridsdorferbrücke über die Donau der Anstrich der Flutbrücken auf den Fassadeträgern er-

neuert. Auf der Kaibrücke wurde zum Schutz gegen Rauchgase Bitumkitt aufgespachtelt. Die Kosten betragen 84.700 RM. An der Schmelzbrücke über die Westbahn wurde der Bohlenbelag mit einem Kostenerfordernis von 4.900 RM instandgesetzt .

Im Zuwachsgebiet wurden größere Arbeiten an der Hahnkreuzbrücke, an 4 Brücken über den Mödlingbach, an der Brücke über die Dürre Liesing ausgeführt. Geringere Instandsetzungsarbeiten wurden an 94 Brücken und Stegen geleistet, die Kosten dafür betragen 60.400 RM.

Im Jahre 1942 wurden folgende größere Instandsetzungsarbeiten ausgeführt:

Zum Schutze gegen die schädliche Einwirkung der Auspuffgase der Lokomotiven der Schlepfbahn wurden die Stahlteile an der Unterseite der Floridsdorferbrücke um den Betrag von RM 5.300 mit Bitumenkitt gespachtelt.

Das alte, völlig zerfallene Holztragwerk der Brücke über die Liesing im Zuge der Laxenburger- Allee wurde durch ein neues aus verdübelten Holzträgern mit 3 Holzjochen bestehendes Tragwerk ersetzt (vRM 38.844.)

An der Brücke über die Liesing in Kaltenleutgeben wurde ein Tragwerk für eine zulässige Belastung von 14 t errichtet. Die Kosten beliefen sich auf 13.250 RM. Der durch die Nähe der Flugmotorenwerke Ostmark bedingte starke Lastkraftwagenverkehr erforderte es, das alte Tragwerk der Brücke über den Wiener Neustädter Kanal durch ein neues Behelfstragwerk für eine zulässige Belastung von 14 t zu ersetzen. Die alten Widerlager wurden beibehalten und nur die Schottermauern aus Beton erneuert. Bei einem Kostenerfordernis von RM 6.550 waren 2 t Zement und 3.5 t Eisen erforderlich. Wegen des starken Lastkraftwagenverkehrs mußten eine gründliche Instandsetzung des Tragwerkes der Brücke über den Mödlingbach im Zuge der Laxenburgerstraße durchgeführt werden. Die Kosten betragen RM 3.020 . Die alte, verfallene Holzbrücke über den Jesuitenbach in Gramatneusiedl mußte durch eine Brücke in Behelfsbauweise mit einer zulässigen Belastung von 14 t ersetzt werden. Wegen des starken Verkehrs mit Holz aus dem Tiergarten mußte auch die Brücke über den Gutenbach in Kalksburg mit einem Kostenaufwand von RM 8.690 erneuert werden. Das alte verfallene Ziegelgewölbe der Brücke über den Hadersfelderbach in Gugging wurde ebenfalls erneuert. (RM 4.900).

An zahlreichen Objekten wurden kleinere Instandsetzungsarbeiten ausgeführt.

Das Jahr 1943 brachte nachstehende größere Instandsetzungsarbeiten:

An der Floridsdorferbrücke über die Donau wurden zum Schutze der Stahlkonstruktion gegen Verrostung infolge schadhafter Abdichtung im Zuge der Anstricharbeiten auf der Unterseite der Stahlkonstruktion 2 Stromöffnungen um den Betrag von RM 79.200 gestrichen.

Die stark angerosteten Belageisen der 3 m breiten Fahrbahn-Streifen an den Brückenenden der Salztorbrücke wurden durch eingelegte Rundeisen verstärkt. Die Belageisen der Fahrbahn erhielten neue Befestigungsmittel, wurden gereinigt und neu gestrichen. Die Gesamtkosten beliefen sich auf RM 29.200.

An der Brücke über den Mitterbach im Zuge der Reichsstraße wurden die durch Anrostung geschwächten Fachwerkstäbe verstärkt und die Fahrbahn neu gepflastert. Bei einem Verbrauch von 7 t Stahl stellten sich die Gesamtkosten auf RM 24.700.

Die vollständig verrosteten Auflagerwinkel der Belageisen, Teile der Querverbindungen und des Windverbandes der Brücke über den Schwechater Werksbach wurden erneuert und die Fahrbahn gepflastert. (RM 4.100). An den Brücken über den Mauerbach im Zuge der Mauerbachstraße, an der Brücke über die Liesing im Zuge der Franzensgasse in Inzersdorf und an der Brücke über die Liesing bei Neusteinhof in Inzersdorf wurden Instandsetzungsarbeiten, die einen Kostenaufwand von RM 29.000 erforderten, vorgenommen.

Kleinere Instandsetzungsarbeiten ergaben sich an weiteren 24 Objekten. (RM 21.400). Um den Betrag von RM 2.380 wurden Geländer instandgesetzt.

Infolge der angespannten militärischen Lage konnten wegen des Mangels an Material, Fahrzeugen und Arbeitskräften im Jahre 1944 nur kleinere Instandsetzungsarbeiten ausgeführt werden, von denen nur die an der Floridsdorferbrücke und an der Kuhweidebrücke über den Weidlingbach erwähnt seien.

Die Arbeiten in diesem Berichtsjahre standen bereits im Zeichen der Luftangriffe auf Wien, die am 12. April 1944 begannen und mit zunehmender Heftigkeit bis zur Einnahme Wiens

im April 1945 dauerten.

Die unverdrossenen Bemühungen, die entstandenen Schäden am Brücken- und Wasserbau zu beheben, begegneten immer größeren Schwierigkeiten infolge des Mangels an Arbeitskräften, Baustoffen und Treibstoff, sowie des Entfalls an Arbeitsstunden durch die sich gegen Ende des Krieges fast täglich wiederholende Luftalarme. Beschädigungen durch Luftangriffe wurden an folgenden Brücken behoben:

Reichsbrücke.....	Kostenaufwand	RM	5.200
Floridsdorferbrücke.....	"	"	14.300
Döblingersteg über den Donaukanal...	"	"	5.900
Aspernbrücke.....	"	"	4.000
Franzensbrücke.....	"	"	4.400
Augartenbrücke	"	"	1.600

b) Wasserbau.

Die Hauptaufgabender Abteilung bestand in der Behebung von Hochwasserschäden. Die Jahre 1936, 1938, 1940 und 1942 brachten außerordentliche Hochwässer, die sich im Jahre 1940 zu katastrophaler Höhe steigerten. Der schlechte Zustand der Gerinne in den Gebieten, die 1938 Wien einverleibt worden waren hätte durchgreifende Regulierungen erfordert, die wegen des Krieges unterbleiben mußten. Lediglich an der Schwechat waren großzügige Maßnahmen im Gange, die aber infolge Verlagerung des Schwerpunktes auf die zusätzliche Löschwasserversorgung auf eine geringfügige Weiterarbeit eingeschränkt werden mußten.

In der regulierten Strecke des Wienflusses wurde an der Instandsetzung der großen Schäden in der Betonsohle im Innengebiet gearbeitet und dadurch die schwerste Gefahr für die Stadtbahn und die längs der Wienzeile bestehenden Ufermauern abgewendet.

An den übrigen Gerinnen bestanden die Arbeiten hauptsächlich in der Beseitigung von Uferbrüchen, Errichtung von Pfahlwänden und Ufermauern, Wiederherstellung zerstörter Wehre, Einbau von Sohlstufen, Beseitigung von Dämmen und Räumung angeschwemmter Schottermassen.

Gegen Ende der Berichtszeit mußten die meisten der in Ausführung begriffenen Bauarbeiten wegen des Mangels an Arbeitskräften, Baustoffen und Transportmitteln eingestellt werden und die Bautätigkeit der Abteilung erstreckte sich vorwiegend auf den Bau von Löschteichen und Löschwasserwannen. Da mit der Zunahme der Luftangriffe der Bau von Löschwasserteichen sich als zeitraubend erwies, wurde ab Juli 1944 das Hauptgewicht der Herstellungen auf den Bau oberirdischer in Verkehrsflächen liegenden Löschwasserwannen von rund 40 m³ Inhalt gelegt. Insgesamt wurden 54 Löschwasserteiche von zusammen 58.000 m³ Inhalt und 123 Löschwasserwannen von zusammen 4.900 m³ Inhalt hergestellt. Es wurden ferner zahlreiche Aufstauungen von Bächen und Gerinnen vorgenommen. Auch an der Herstellung von Wienflusswasser-Entnahmestellen wurde gearbeitet, am Ende der Berichtszeit waren 14 Entnahmestellen mit zusammen 172.000 m³ Stauraum fertig.

Ferner wurden 177 Industrie- und Hausbrunnen für Löschwassergewinnung gebaut oder instandgesetzt.

Die Luftangriffe verursachten an den Wasserbauten sehr umfangreiche Schäden; vor allem erhielten der Hubertusdamm und die rechtsufrigen Donaudämme, sowie die Anlagen des Donaukanals viele Treffer; in den Häfen Freudenu, Albern und Lobau entstanden schwere Zerstörungen an Hafeneinrichtungen und Industrieanlagen. An den Wienflußanlagen, die 64 Bombentreffer erhielten, wurden Beschädigungen der Flußsohle, der Futtermauern und der Trennungsmauern gegen die Stadtbahnanlage verursacht. Das Wienflußgewölbe wurde bei der Stadtbahnstation Margartengürtel zweimal durchschlagen. Durch die Trümmer, die von diesen Zerstörungen, sowie von den beschädigten Stadtbahnanlagen herrührten, wurde der Wasserabfluß der Wien stark beeinträchtigt; im Verein mit den großen Mengen von Sinkstoffen, die durch die Abkehr der beschädigten Sammelkanäle und durch das Ableeren von Kehrriechen in den Wienfluß und den Donaukanal in das Flußbett gelangten, bildeten sich umfangreiche, den Wasserlauf beeinträchtigende und gesundheitswidrige Anlandungen.

Auch die übrigen Bäche und Gerinne und deren Hochwasserschutzanlagen wurden durch Bombentreffer beschädigt. So ins -

besondere der Schwechatfluß, der Liesingbach in Siebenhirten, der Petersbach, die Aubachkinnette, die Triesting, Piesting, Fische und der Kalte Gang, ferner die Gräben und Rückhaltebecken im Bisamberggebiet.

20. S t a d t e n t w ä s s e r u n g .

Die Kriegsverhältnisse brachten eine wesentliche Verzögerung und Einschränkung der Neubautätigkeit und eine fast gänzliche Stilllegung der Umbautätigkeit mit sich.

Infolge der vielen umfangreichen militärischen Baulichkeiten, die zumeist mit großen Senkgrubenanlagen versehen waren, ergaben sich neue Aufgaben,

a) Bau und Erhaltung der Kanäle.

An Bauten wurden im Jahre 1940 innerhalb von Alt-Wien 6 Kanalneubauten von insgesamt 1.680 m Länge für die weitere Ausgestaltung des Kanalnetzes und ein Kanalumbau von 254 m Länge durchgeführt.

Für Neubauten kamen im Berichtsjahre 1941 1.436 m eiförmige Betonprofile und 2.222 m Rohrleitungen (Beton- und Steinzeugrohre) zur Ausführung.

Im Jahre 1942 wurden 3.579 m Doppelleitungen (Doppelprofile für den getrennten Abfluß von Regen- und Schmutzwasser und 5.412 m einfache Leitungen, hievon 2.645 m schließbare Betonprofile und 2.767 m Steinzeug- und Betonrohre für den Regen- oder Schmutzwasserabfluß gelegt. Die Gesamtlänge betrug 8.991 m.

1943 wurden für wehrwirtschaftlich wichtige und lebenswichtige Zwecke 2.156 m Doppelleitungen und 5.451 m einfache Leitungen, im Jahre 1944 798 m schließbare Betonprofile und 897 m Steinzeugrohrkanäle gelegt.

b) Kanalräumung und Unratsabfuhr.

Die Kanal- und Senkgrubenräumung im alten Stadtgebiete von Wien und zum geringen Teil auch in den neueingemeindeten Gebieten wurde im Eigenbetriebe der Stadt Wien durchgeführt.

Die Länge der Hauptkanäle (Mischverfahren) in den Bezirken 1 - 21 des alten Stadtgebietes betrug mit Ende 1944 1,027.991 m, und zwar: 25.147 m Rohrkanäle. Die Gesamtlänge

der Hauskanäle im Altraum von Wien betrug 1,925.495 m, davon waren 231.177 m Ziegel- und 1,694.318 m Rohrkanäle. Eine Kanalisierung nach dem Trennverfahren wurde von der Stadt Wien in den Jahren 1938 bis 1944 in den Bezirken 23, 24 und in dem zum Niederschlagsgebiete der Liesing gehörigen Teil des X. Bezirkes ausgeführt. Mit Hinzurechnung der Regenwasserkanäle in Altmannsdorf und Hetzendorf ergaben sich 12.482 m Doppelleitungen (Regen- und Schmutzwasser), 19.553 m Regenwasserkanäle, 6.244 m Schmutzwasserleitungen.

Die Zahl der Senkgruben innerhalb des alten Stadtgebietes betrug Ende 1944 10.174; hievon waren 3.181 nach den Bestimmungen für mietaufwandsteuerpflichtige Häuser zu räumen.

In den neueingemeindeten Gebieten betrug die Zahl der Senkgruben rund 25.000. Die Räumung erfolgte nur zum geringen Teil durch die Abt.G 30, zum Großteil durch 20 private Senkgrubenräumbetriebe. Es bestanden eigene Unratsabladeplätze in Mauer, Atzgersdorf und Klosterneuburg.

Die Spülung der Kanäle erfolgte mittels Spülkammern sowie durch die Spülbecken am Beginn der Bacheinwölbungen. Die Anzahl der Spülkammern im Kanalnetz des alten Stadtgebietes war Ende 1944 - 537 mit 664 eingebauten Schiebern. Die Länge der auf diese Weise gespülten Kanalstrecken betrug 432 km, das waren 41,4 % des gesamten Kanalnetzes.

c) Wiederherstellung der durch Fliegerbomben beschädigten Kanäle.

Bei den 39 Bombenangriffen bis zum 22.3.1945 entstanden insgesamt 1129 Gebrechen an den Kanälen. Davon wurden 210 Gebrechen behoben und 193 Gebrechen waren in Baudurchführung begriffen. Der stärkste Angriff am 21.2.1945 verursachte allein 160 Gebrechen. Am schwersten in Mitleidenschaft gezogen wurden die Bezirke 21, 10 und 12 mit 180, 97 und 85 Treffern, am geringsten die Bezirke 7, 8, und 6 mit 2, 5 und 7 Treffern.

Die Bauarbeiten umfaßten das Freilegen der beschädigten Kanalstrecken durch Aufgraben, Ausspülung der Baugruben; Schaffung des ungehinderten Abflusses des Kanalwassers und Wiederherstellen des Kanales durch Betonierung der Kanalsohlen, Wände und Gewölbe sowie die Verlegung neuer Steinzeug- oder Betonrohre und die Zuschüttung der Baugrube. Die Dauer einer Ge-

brechensbehebung währte rund 4 - 6 Wochen, je nach Größe und Umfang des Schadens.

Die Behebungsarbeiten waren besonders schwierig und hätten geschulte Arbeits- und Fachkräfte erfordert, die aber nicht vorhanden waren. Während bei Wasserleitungs- und Gasrohrgebrechen ein Absperrern der Gebrechenstelle möglich ist, die Rohre seichter liegen und im Trockenen verlegt werden können, muß das Kanalprofil während des Betriebes wieder hergestellt werden, das Wasser muß durchfließen, sonst entsteht Rückstau in den Kellern, der so bald als möglich behoben werden muß. Die normale Tiefe der Kanäle beträgt 3.50 - 4.0 m, die Bombeneinwirkung reichte aber sogar bis auf 10 m Tiefe, sodaß auch tiefliegende Sammelkanäle mit großer Wasserführung zerstört wurden.

Von den Hauptadern des Kanalnetzes erhielt der über 12 km lange Rechte Hauptsammelkanal in seiner Gesamtstrecke von Nußdorf bis Simmering 35 Treffer, die den Abfluß unterbanden, sodaß das angestaute Abwasser durch die Regenauslässe in den Donaukanal abfloß. Eine besondere Häufung von Schäden trat im Gebiete von Heiligenstadt ein, so in der Rampengasse unter den Gleisen der Franz Josefsbahn, wo auch die Hauptrohre von Gas- und Hochquellenleitung zerstört wurden, und an der Spittelauerlände. Ein sehr schwerer Treffer zerstörte den Hauptsammelkanal und den parallel verlaufenden Bezirkskanal am Franz Josefs-Kai vor dem Morzinplatz, wo das Profil bereits eine Lichtweite von 2.90 m Breite und 2.25 m Höhe aufweist und in 7.5 m Tiefe liegt. Auch die großen Profile an der Erdbergerlände, Donaulände und Simmeringerlände (4.47 m Breite und 4.50 m Höhe und 8.10 m Breite und 4.60 m Höhe) wurden an 9 Stellen zerstört. Geringere Schäden erlitt der Linke Hauptsammelkanal sowie die Wienfluß-Sammelkanäle, dagegen wurde der Nebensammelkanal in der Muthgasse in Heiligenstadt auf über 200 m Länge fast zusammenhängend zerstört, ebenso erhielt der Regenauslaßkanal in der Grinzingerstraße zahlreiche Treffer.

Von den Bachkanälen wurde schwer getroffen der Krottenbachkanal in der Krottenbachstraße nächst der Friedlgasse im 19. Bezirk, Profil 1.40/1.90 m , der 8 m tief liegt und dessen Instandsetzung zweieinhalb Monate dauerte, während deren das Abwasser mit starken Pumpen gehoben und in den stromabwärts gelegenen Kanalteil gepumpt werden mußte. Große Zerstörungen erlitt der Alsbachkanal, der größte unter den Bächen, der in der

Jörgerstraße vier schwere Treffer, in der Rötzergasse zwei erhielt. Einen besonders folgenschweren Treffer erhielt der über 10 m tief gelegene Simmeringer Sammelkanal (Profil 1.90/2.10 m) in der Quellenstraße vor der Kabelfabrik Felten & Guilleaume, wo eine mindestens 1000 kg schwere Bombe im Frühjahr 1945 einen Trichter von etwa 15 m Durchmesser aufriß und den Kanal bis zur Sohle zerstörte. Die einstürzenden lehmigen Bodenmassen versperrten den Abfluß vollkommen, sodaß das tiefgelegene ~~Pa-~~ ~~riks~~ ~~gelände~~ von dem aus dem Haiskanal austretenden Kanalwasser eines Großteiles des 10. Bezirkes überflutet wurde. Vier Elektro-Kreiselpumpen waren Tag und Nacht tätig, um die Wiederherstellungsarbeiten, die 10 Wochen dauerten, und immer wieder durch Luftangriffe gestört wurden, durchführen zu können, bei Stromausfall mußte die Feuerwehr mit ihren, von den kostbaren Benzinresten angetriebenen Pumpengeräten aushelfen.

Aus der Liste der Schäden an Sammelkanälen und Bachkanälen sei nur noch auf die empfindlichen Schäden in dem schwerst getroffenen 21. Bezirk hingewiesen, wo die Kanäle seicht liegen, nur geringes Gefälle haben, sodaß Kellerüberflutungen besonders leicht entstehen. Der längs der alten Donau, verlaufende Donaufelder Sammelkanal, der zum Pumpwerk Stadlau führt, erhielt 16 Treffer, die den Abfluß zur Gänze unterbanden. Der Brünnerstraßen-Sammelkanal wurde neun Mal und sein erst im Jahre 1935 begonnener und in seiner Endstrecke bei der Transitbahnkreuzung noch im Bau befindlicher Entlastungskanal zehnmal getroffen, was außerordentlich unangenehme Rückwirkungen auf die Entwässerung des Gaswerkes in Leopoldau hatte.

Zur Behebung der Bombenschäden wurden rund 20 Baufirmen mit etwa 400 Arbeitskräften eingesetzt, vorübergehend wurden auch durch den Einsatz von Industriearbeitern die Arbeitskräfte verstärkt, Vielfach halfen auch die Hausgemeinschaften bei der Arbeit mit. Der fühlbare Mangel an Transportmitteln zur Zufuhr der erforderlichen Baumaterialien verzögerte stark den Termin der Fertigstellungen.

21) Maschinenbau, Wärme- und Kältetechnik.

Aufgabe der Abteilung war, alle wärme- und kältetechnischen Anlagen in den städtischen Objekten einschließlich jener der eingemeindeten Gebiete mit Ausnahme der Unternehmungen, sowie alle sonstigen maschinellen Anlagen dieser Gebäude unter Bedachtnahme auf Betriebssicherheit und - soweit dies mit den Kriegsverhältnissen in Einklang gebracht werden konnte auch auf Wirtschaftlichkeit instandzuhalten.

In den städtischen Schulen wurden die Heizanlagen fortlaufenden Instandsetzungsarbeiten unterzogen. In 10 Objekten wurden größere Veränderungen vorgenommen.

In den städtischen Kindergärten, Kindererholungsheimen, Mutterberatungsstellen, Waisenhäusern, Herbergen und Altersheimen wurden außer den üblichen Instandsetzungsarbeiten keine bedeutenden Neuadaptierungen gemacht. Die Erhaltungspflicht der Kindergärten übernahm 1943 die NSV. Lediglich die Sammelheizungen wurden nach wie vor von der Abteilung G 32 instandgehalten.

In den Amtshäusern wurden außer den alljährlich wiederkehrenden Instandsetzungsarbeiten keine wesentlichen Änderungen an den Feuerstätten durchgeführt. Die 5 Großkühlanlagen der Wiener Schlachthöfe wurden in maschinentechnischen Belangen fortlaufend betreut und konnten auf ihrer vollen Leistungsfähigkeit gehalten werden.

Das Kühltagehaus St. Marx mit einer Belagfläche von 10.000 m² und einer Kälteleistung von 800.000 Kalorien wurde fertiggestellt und war seit Ende Oktober 1942 in Betrieb.

Die maschinellen Einrichtungen bei den 20.000 Tonnen Getreidespeichern in Wien-Albern konnten 1943 in Betrieb genommen werden.

Im Juli 1943 übernahm die Abteilung die Instandhaltung und Pflege von 281 Aufzügen mit Kraftantrieb und 162 Aufzügen mit Handbetrieb, die in den städtischen Objekten verwendet wurden.

Die Tätigkeit der Abteilung erstreckte sich auch auf die Überprüfung der Berichte über den Zustand der Heizungs- und Lüftungsanlagen der Theater, Kinos, Kabarets und sonstiger Vergnügungsstätten. Die Beseitigung der an diesen Anlagen festgestellten Mängel und Gebrechen wurde von ihr veranlasst. Auch die Teilnahme an Lokalausweisungen wegen der Wiederer-

Öffnung stillgelegter Unternehmungen, die Verfassung von Bedingungen für die Wiederinbetriebnahme der Heiz- und Lüftungseinrichtungen von Vergnügungsstätten und die Erstellung von Gutachten bei beabsichtigten Umänderungen oder Neueinrichtungen solcher Anlagen gehörte zu ihrem Aufgabenbereich.

Die baupolizeiliche Tätigkeit der Abteilung erstreckte sich auf die Abfassung und Bekanntgabe der Bedingungen gelegentlich der Betriebsanlageverhandlungen und auf die Ausarbeitung von Schätzungen bei Miet- und Pachtzinsüberprüfungen. Fachgutachten wurden für Schlichtungsstellen abgegeben und der Eisenbedarf für maschinelle Anlagen bei Privatbauten überprüft, sowie die Ursachen von Rauchgasvergiftungen erforscht.

Der von der Abteilung ausgeübte Heizkontrolldienst umfaßte alle im engeren Haushalt der Gemeinde Wien vertretenen Objekte, mit Ausnahme jener der städtischen Unternehmungen und erstreckte sich auf die Überwachung der ordnungsgemäßen und wirtschaftlichen Bedienung der Heizanlagen, des sparsamsten Brennstoffverbrauches, die Verhütung jedweder Art von Brennstoffminderung sowie die statistische Erfassung der Brennstoffbewegung. Er wurde ergänzt durch die beratende Mitwirkung bei der Beschaffung der erforderlichen Brennstoffe, was durch Vornahme von Heizversuchen und Heizwertuntersuchungen geschah.

Die Heizungs-, Lüftungs- und Küchenanlagen in den 7 Hauptfeuerwachen, 27 Berufsfeuerwachen und 111 freiwilligen Feuerwachen wurden laufend überwacht und auftretende Schäden behoben.

Mit Erlaß des Reichsstatthalters in Wien vom 10. November 1942 wurde die Abteilung G 32 mit den Aufgaben des "Energieingenieurs" für alle Dienststellen der Gemeindeverwaltung mit Ausnahme der Eigenbetriebe betraut. Der Pflicht des Energieingenieurs, die sparsamste Gebarung mit Kohle, Strom, Gas, Öl und anderen Brennstoffen herbeizuführen und zu überwachen, wurde durch die Untersuchung zahlreicher Heizungsanlagen, Belehrung des Personals, Ausgabe von Merkblättern etc. nachgekommen. Ferner wurde der Kreis der seit 20 Jahren bereits durch die Heizkontrolle erfaßten Objekte um zahlreiche gleichfalls städtische Anlagen erweitert.

Die wärme- und maschinentechnischen Einrichtungen der drei Wiener Flaktürme wurden vollendet.

In den städtischen Krankenhäusern wurden zahlreiche In-

stallationen: durchgeführt, Zentralheizungs- und Warmwasserbereitungsanlagen erweitert, neue Kühlanlagen eingerichtet, die Zentralheizungs- und Warmwasserbereitungsanlagen erweitert, Gasinstallationen ausgeführt und Kochkessel aufgestellt. Im Jahre 1944 konnten in den städtischen Objekten im allgemeinen nur Instandsetzungs- und Erhaltungsarbeiten an den zu betreuenden Anlagen ausgeführt werden. In einigen dringlichen Fällen wurden auch Anlagen ausgewechselt. Durch Bombeneinwirkung entstanden in 30 Schulgebäuden, 21 Amtshäusern, 3 Krankenhäusern, 6 Feuerwachen, 1 Entseuchungsanstalt und 3 Kühlanlagen der Schlachthöfe schwere Schäden an den Heizungsanlagen und maschinentechnischen Einrichtungen.

22.) G a s - W a s s e r - u n d E l e k t r o i n s t a l l a t i o n s f a c h
g e n e i n e F e r n m e l d e a n l a g e n .

Bis zum Jahre 1943 gehörten zum Aufgabenbereiche der Abteilung alle das Gas-, Wasser- und Elektroinstallationsfach betreffenden Arbeiten in städtischen Gebäuden und Anlagen (einschließlich des Arbeitsgebietes " Öffentliche Beleuchtung " das 1942 hinzukam, als die Abteilung G 31 und G 33 zusammengelegt wurden), und zwar sowohl Neuherstellungen als auch Instandsetzungs- und Unterhaltungsarbeiten.

Als im Sommer 1943 die Abteilung G 47, Gebäudeerhaltung, durch Zusammenlegung der Abteilungen G 21, G 22 und G 23 neugegründet wurde, übernahm diese auch zusätzlich die Instandsetzungs- Erhaltungs- und unwesentlichen Erweiterungsarbeiten auf dem Installationsgebiet, ausgenommen Fernmeldeanlagen. Auf dem Gebiete, " Installationsinstandhaltung " verblieben der Abteilung nur die vom Garten- und Grünflächenamt betreuten Objekte und die Objekte des städtischen Fuhrwerkbetriebes, und zwar nur für Elektroinstallationsanlagen, da gleichzeitig das Gas- und Wasserinstallationswesen und die Aufzugsanlagen zur Gänze an die Abteilung G 32 übergingen.

Demnach war die Abteilung G 33 von diesem Zeitpunkt an mit Ausnahme der noch fertigzustellenden Gas- und Wasserinstallationsarbeiten in städtischen Wohnbauneubauten und in einigen anderen städtischen Objekten ausschließlich mit dem Elektroinstallationswesen befaßt, und zwar nur mehr mit der Neuherstellung von elek-

trischen Anlagen und wesentlichen Erweiterungen bestehender elektrischer Anlagen in städtischen Gebäuden, sowie mit der Neuherstellung von elektrischen Anlagen in nicht städtischen Bauten, die im Auftrage der Stadtverwaltung ausgeführt wurden. Auch von den technischen Verwaltungsgeschäften wurden einige aus dem Zuständigkeitsbereich der Abteilung ausgeschieden, wie die Evidenzhaltung des Gas- und Stromverbrauches in städtischen Gebäuden und die Ermittlung der Gas- und Stromkostenersatzbeträge bei Einmietungen nicht städtischer Stellen in städtischen Gebäuden.

Der Geschäftsbereich der Abteilung erstreckte sich nunmehr auf folgende Sachgebiete: Entwurf, Kostenberechnung, Vergebung, Bauausführung und Überwachung von gemeindeeigenen Starkstromanlagen in Gebäuden und auf Grundstücken, sowie in solchen Bauten, die von der Gemeinde im Auftrage hergestellt wurden und von Blitzschutzanlagen;

Bau und Instandhaltung von elektromedizinischen Anlagen, elektrischen Wäschereien, Leuchtbrunnen;

wesentliche Änderungen und Erweiterungen von Starkstromanlagen;

Bau und Instandhaltung von Fernmeldeanlagen, Fernsprechanlage im Rathaus ;

Begutachtung, Erwirkung der Genehmigung und Durchführung für Dienstfernsprecher;

ferner Stromtarifangelegenheiten, Preisbildung und Preisprüfung im Elektroinstallationswesen;

Entwurf, Kostenberechnung, Erwirkung der Entwurfgenehmigung, Anbotsausschreibung, Vergebung, Bauangaben, Überwachung, Inventar und Stromverrechnung für öffentliche elektrische Beleuchtung, Verkehrssignale, öffentliche Uhren;

Planung und Bau von Schaltanlagen sowie Konstruktion und Berechnung der Bauteile und Anlagen der öffentlichen Beleuchtung und der Verkehrssignale;

ferner Beflägung und Anleuchtung von Gebäuden.

Besondere Aufgaben entstanden der Abteilung durch ihre Mitarbeit bei der Ausführung von Verteidigungsanlagen der Luftwaffe und von Anlagen zum Schutze der Rüstungswirtschaft.

In den Luftschutzräumen der Spitäler und in den Splittergräben wurden zahlreiche Elektroinstallationen ausgeführt. Auch

in den Flaktürmen Augarten, Arenbergpark und Stiftskaserne, sowie im Rathausbunker und in der Befehlsstelle Belvedere wurden umfangreiche, den besonderen Erfordernissen dieser Kriegsbauten entsprechende Elektro-Installationen vorgenommen. Die Luftschutzkeller zahlreicher Privathäuser wurden elektrisch beleuchtet und in dem Luftschutzraumnetz Innere Stadt ausgedehnte Kraft- und Lichtenanlagen errichtet. Für den Fall des Versagens der Stromlieferung wurde ein Benzin-Notstromaggregat aufgestellt, das die Stromlieferung zu übernehmen hatte. Ferner mußten Elektro-Hoch- und Niederspannungsanlagen mit verzweigten Kabelnetzen für die Versorgung der Gaubefehlsstellen mit elektrischem Strom errichtet werden.

Im letzten Berichtsjahre mußten häufig zerstörte Fernsprechzentralen oft in kriegsmäßig bedingter provisorischer Leitungsführung, verlegt werden. Für die Bedürfnisse der Gemeinde Wien wurde ein Fernsprechnetz unter der Benützung der bestehenden gemeindeeigenen Kabeln und Leitungswege errichtet. Ferner wurden Funkverbindungen als Ersatz für ausgefallene Telefonleitungen errichtet.

Um den Spitalsbetrieb in unbedingt notwendigem Maße aufrecht erhalten zu können, wurden in einer Anzahl von Krankenanstalten fahrbare Notstrom-Aggregate zur Stromerzeugung aufgestellt. Diese Aggregate traten bei Stromausfall in Aktion. In vielen Fällen konnte durch Umschaltungen auf andere, intakt gebliebene Kabel die Stromversorgung aufrechterhalten werden. Die Umschaltungen wurden von den städtischen Elektrizitätswerken im Einvernehmen mit der Abteilung G 33 durchgeführt.

Der Ausbau der öffentlichen elektrischen Beleuchtung konnte infolge Materialschwierigkeiten nur in beschränktem Maße ausgeführt werden.

Folgende größere Arbeiten wurden 1940 noch durchgeführt:

10. Siedlung Wienerfeld (Neuanlage)
15. Mariahilferstraße von Kohlenhofgasse bis Schwendermarkt, (Entfernung der Lichtmaste in der Straßennitte),
24. Holawebersiedlung (Neuanlage).

Mit Beginn des Krieges und Inkrafttreten der Verdunkelung waren sämtliche Ortschaften der Landbezirke ohne Beleuchtung.

Es wurden in Mauer, Atzgersdorf, Liesing, Rodaum, Kalksburg, Perchtoldsdorf, Brunn a/Gebirge, Maria Enzersdorf, Mödling, Guntramsdorf, Gumpoldskirchen, Siebenhirten, Inzersdorf, Klosterneuburg, Weidling, Kritzensdorf, Kierling, Stammersdorf, Langenzersdorf, Bisamberg und Schwechat die allgemeine öffentliche Beleuchtung auf Richtlampenbeleuchtung umgeändert und die Leitungsanlagen umgeschaltet. Außerdem wurde die Zentralschaltung auf einen Teil der eingemeindeten Gebiete ausgedehnt, wodurch die allgemeine öffentliche Beleuchtung in Mödling, Schwechat, Inzersdorf, Klosterneuburg, Kritzensdorf und Atzgersdorf in Betrieb genommen werden konnte.

Innerhalb des früheren Stadtgebietes wurden mehrere verkehrswichtige Straßenzüge im Drehstromgebiet an die Zentralschaltung angeschlossen. Durch die Zentralschaltung konnten fühlbare Erleichterungen der Verdunkelungsvorschriften ermöglicht werden.

Auf Grund der 8. Durchführungsverordnung zum Luftschutzgesetz wurde die Umstellung der öffentlichen Beleuchtung auf Richtlampen 1. und 2. Klasse verlangt. Dies erforderte umfangreiche lichttechnische Versuche und Messungen und führte zur Herstellung einer neuen Lampentype, der Luftschutzlampe. Zur Messung der außerordentlich kleinen Belüchtungsstärken wurde ein eigenes Meßgerät im Versuchsturm entwickelt und gebaut. Da die Zentralschaltung beibehalten werden mußte, waren auch in schaltungstechnischer Hinsicht große Umstellungen notwendig. Ebenso war man gezwungen, die Leitungsanlagen zu ändern.

23.) W a s s e r w e r k e .

Die Kriegsverhältnisse verursachten umfangreiche Arbeiten für den Werkschutz. Ein neuer Einsatz- und Alarmplan mußte ausgearbeitet werden. Zahlreiche Hilfskräfte aus den Reihen des Betriebspersonals und der Technischen Nothilfe mußten für den Betrieb und die Instandhaltung des Rohrnetzes bei Luftangriffen geschult werden. Besondere Schwierigkeiten ergaben sich bei der Materialbeschaffung infolge der Bewirtschaftung von Eisen, Metallen, Holz, Zement, Gummi u.s.w. wegen wiederholter Änderung der Bewirtschaftungsvorschriften und durch die langen Lieferfristen.

Im Jahr 1940 wurde wegen auffallend großer Wasserverluste im

X

Rohrnetz der Gebrechenfahndungsdienst eingeführt. Trotzdem er wegen Personalmangels auf die Sonntage beschränkt werden mußte, konnte ein sehr guter Erfolg erzielt werden.

Die Wasserwerke wurden mit der Ausführung von Löschwasserzisternen betraut, außerdem wurden Saugbrunnen und Wasserstrahlpumpenanlagen zur Löschwasserentnahme für die Feuerwehr längs des Wienflusses und bei Bachkanälen geschaffen.

Zur Deckung der Fehlwassermengen der I. Hochquellenleitung wurde beim Preinbach in Naßwald eine provisorische Wasserentnahmestelle samt Filter- und Entkeimungsanlage für ca. 15.000 m³ pro Tag eingerichtet; außerdem wurden 2 definitive Grundwassergewinnungsanlagen im Quellengebiet der I. Hochquellenleitung und der II. Hochquellenleitung mit einer durchschnittlichen Liefermenge von zusammen rund 8.500 m³ pro Tag in die Leitungskanäle betriebsfähig hergestellt. Von der Wientalwasserleitung wurde eine Verbindung zur Hochquellenleitung geschaffen, die es ermöglichte, 7.500 m³ pro Tag zusätzlich dem Hochquellenrohrnetz zuzuführen. Ebenso wurden Einrichtungen bewerkstelligt, um Wasser im Ausmaß von rund 6.000 m³ pro Tag aus dem Netz des Wasserleitungsverbandes der Triestingtal- und Südbahngemeinden ins Netz der Wiener Wasserwerke und umgekehrt liefern zu können.

Zur Vermehrung des Wasserzuflusses nach Wien wurden im Quellengebiet der I. Hochquellenleitung Tiefquellen in Hinternaßwald in der Nähe der Wasseralmquelle gefaßt und eingeleitet; im Quellengebiet der II. Hochquellenleitung wurden Nachfassungen bei den Brunngrabenquellen und Maßnahmen zur Steigerung der Ergiebigkeit der Siebenseequellen in Wildalpen durchgeführt.

Da es an Arbeitskräften, an Baumaterialien und an den erforderlichen Treibstoffen für die Fahrzeuge fehlte, stießen alle diese Arbeiten auf die allergrößten Schwierigkeiten.

Im Übrigen beschränkten sich die Wasserwerke auf die dringendsten unbedingt notwendigen Instandhaltungsarbeiten, sowie auf die Herstellung von Straßenrohr- und Abzweigleitungen für Bauten der Wehrmacht, Reichsbahn und für Luftschutzanlagen, Kriegsgefangenenlager, Reservelazarette und kriegswichtige Industrien und Siedlungen.

Zur Erhöhung des Quellenschutzes angekauft und in die Verwaltung der städtischen Wasserwerke, Abt. G 38 wurden übernommen: Das Forstrevier Gahns von Graf Hoyos im Ausmaß von 2.055'01 ha und die Schoellersche Domäne Hirschwang im Ausmaß von 2.645'63 ha.

Unter den bedeutsamen Ereignissen aus dem Tätigkeitsbereich der Wasserwerke standen wohl die Auswirkungen der zahlreichen Bombenangriffe auf die Wasserversorgungsanlagen in und außerhalb Wiens und die Behebung dieser Schäden im Vordergrund.

Um den Betrieb der Wasserleitung nach dem umfangreichen Zerstörungen an den Außenstrecken, an den Behälteranlagen und am Rohrnetz, sowie an den übrigen Wasserleitungseinrichtungen nur einigermaßen aufrechterhalten zu können, war der volle Einsatz des gesamten, technischen Wasserleitungspersonals erforderlich, der während und unmittelbar nach den Bombenangriffen noch zusätzlich durch Heranziehung von geeigneten Angestellten des Verwaltungspersonals ergänzt werden mußte.

Nach dem ersten Angriff auf Österreich (Wr. Neustadt) am 13.8.1943 erfolgte am 12.4.1944 der erste auf Groß-Wien (Fischamend) mit starken Zerstörungen an der Ortswasserleitung; der Großangriff der amerikanischen Luftwaffe am 29.5.1944 (Pfingstmontag) brachte 8 Volltreffer am Leitungskanal der I. Hochquellenleitung bei Wöllersdorf, Ternitz und in Mauer, wodurch dieser in einer Länge von mehr als 50 m zerstört wurde und der Zufluß von der I. Hochquellenleitung für Wien ausfiel; außerdem wurde am gleichen Tage die im Durchmesser 1100 mm weite Verbindungsleitung zwischen der I. und II. Hochquellenleitung durch Bombentreffer schwer beschädigt, sodaß für die Wasserversorgung der Stadt nur der Zufluß von der II. Hochquellenleitung zur Verfügung stand; durch die sofort einsetzenden und ununterbrochen geführten Räumungsarbeiten konnte der Leitungskanal soweit freigelegt werden, daß bereits am 30.5. abends eine Teilwassermenge zum Behälter Rosenhügel gebracht und so eine ausreichende Wasserversorgung eingerichtet werden konnte.

Die weiteren Angriffe auf Wien, die zunächst die Randgebiete (10., 19., 20., 21. Bezirk) betrafen, brachten nach dem ersten Großangriff auf das Stadtzentrum am 10.9.1944 in ununter-

brochener Folge schwere Zerstörungen an den Wasserbehältern (Laaerberg, Wienerberg, Krapfenwaldl) und ihren Hauptzuleitungs- und Verteilungsrohrsträngen.

Es wurden im Verlauf der Angriffe mehr als 1.900 Rohrschäden festgestellt; ihre Zahl erhöhte sich nach Wiederinbetriebnahme der Rohrleitungen auf rund 3000; hievon entfielen cca 140 Gebrechenstellen auf großkalibrige Rohrstränge; nicht inbegriffen sind die vielen damit verbundenen Abzweigleitungen. Die Instandsetzungsarbeiten waren in vielen Fällen außergewöhnlich schwierige Tiefbauarbeiten, die an und für sich langwierig waren und nicht nur durch langandauernde Alarme, sondern auch durch Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Baumaschinen, Transportmitteln, Treibstoff, Schweißgas, sowie durch den Mangel an Fachkräften im erforderlichen Großeinsatz verzögert wurden.

Zur Unterstützung der Wasserversorgung wurden teils vor, teils während des Krieges Notwasserwerke, Eigenwasserversorgungsanlagen und Krisenanschlüsse geschaffen, welche einwandfreies Grundwasser fallweise in das Hochquellenrohrnetz pumpen konnten;

am 31.3.1945 waren :

3 eigene Notwasserwerke mit einer Tagesleistung von 60.000 m³,
von den 33 industriellen Notwasserwerken mit einer Tagesleistung von 65.000 m³ waren am 31.3.1945:

4 industrielle Notwasserwerke mit einer Tagesleistung von 14.500 m³
für Dauerbetrieb
16 " " " mit einer Tagesleistung von 35.400 m³
für fallweisen Notbetrieb

betriebsfähig fertiggestellt; da jedoch die Betriebsfähigkeit dieser Anlagen von der Stromversorgung abhängig war; so fiel auch mit dem Versagen der Stromversorgung gleichzeitig die Wasserversorgung in gewissen Gebieten aus.

Noch einmal, und zwar am 21.2.1945 wurde die Wasserversorgung der Stadt Wien ernstlich gefährdet, da an diesem Tage der Fernleitungskanal der II. Hochquellenleitung bei Auern (Ochsenburg) in Nieder-Österreich durch Bomben in einer Länge von 24 m vollständig zerstört wurde, wodurch der Wasserzufluß nach Wien zur Gänze unterbrochen wurde; dadurch fielen für die Wasserversorgung der Stadt ca 70 % der anzuliefernden Wassermengen aus; trotz der sofort in Angriff genommenen und in ununterbrochener Tag- und Nachtarbeit durchgeführten Herstellung eines provisorischen Holzgerinnes konnte es nicht verhindert werden, daß Wien am 23. Fe-

bruar 1945 nach Aufsenzung der Behältervorräte zum größten Teil ohne Wasser war, da der Zufluß von der I. Hochquellenleitung nur zum geringen Teil den Wasserbedarf der Stadt decken konnte.

Im allgemeinen muß gesagt werden, daß es durch das angestrengteste Zusammenwirken sämtlicher Angestellten der Wasserwerke gelungen ist die Wasserversorgung der Stadt ohne empfindlichere Störungen durch die Zeit der Bombenangriffe hindurch zu bringen.

Demgegenüber traten die normalen, laufenden Instandhaltungsarbeiten an den Wasserleitungsanlagen ganz in den Hintergrund.

24.) F o r s t w e s e n .

Am 30. August 1943 wurde die gesamte Forstverwaltung der Stadt Wien zusammengefaßt, und zwar wurde im Bereiche der Hauptabteilung G das " Amt für Forstwesen errichtet, dem die Abteilungen G 49 - Stadtforste und G 50 - Quellenschutzforste " unterstellt wurden.

Die Abteilung G 49 - Stadtforste wurde aus der bereits bestehenden Abteilung J 19- Forstamt und die Abteilung G 50 - Quellenschutzforste aus der ebenfalls schon bestehenden Abteilung G 38 Forstwesen, Jagd und Fischerei der Quellenschutzgebiete gebildet.

Dem Amt für Forstwesen waren außerdem die Untere Jagd- und Fischereibehörde" und die " Untere Naturschutzbehörde " eingegliedert. Außerdem befand sich beim Amt für Forstwesen eine Abteilung für Forstbetriebseinrichtung, Waldschätzungen und Vermessungen. Auch die Verwaltung der eigenen und gepachteten Repräsentationsjagden geschah durch das Amt.

Der Abteilung Stadtforste (G 49) unterstanden 4 Forstämter, und zwar:

Lobau - Mannswörth	mit	1949	ha
Lainz	"	2976	"
Mödling	"	2027	"
Klosterneuburg	"	3169	"

zus. 10121 ha.

Das gesamte Waldgebiet, sowie die sonstigen Gründe und Objekte dieser 4 Forstämter befanden sich innerhalb der 26 Wiener Gemeindebezirke mit Ausnahme der Hochramalpe und des Marxerwaldes (bei Gablitz) mit einem Flächenausmaß von 59.56 ha.

Das geschlägerte Nutzholz wurde zum Großteil an die vom Landesforstamt Wien-Niederdonau eingewiesenen Käufer kriegswichtiger Betriebe abgegeben. Das Brennholz wurde als Generatorholz und für Brennzwecke verwendet.

Infolge Anordnung der höheren Forstbehörde mußte die ganze Arbeitsintensität auf die Holzerzeugung verlegt werden und Forstkulturen durften überhaupt nicht oder nur in bescheidenem Ausmaß mit für die Holzgewinnung untauglichen Arbeitskräften durchgeführt werden. Im Lainzer Tiergarten wurde neben der Forstwirtschaft auch eine Wiesen- und Feldwirtschaft von rund 300 ha, hievon 52 ha Ackerfläche betrieben. Aus den Erzeugnissen wurde der Eigenbedarf (Futter für die zur Holzausfuhr benötigten Zugtiere, für die Milchkühe und das Wild) gedeckt, der Rest abgegeben. Außer der für den Eigenbedarf benötigten Heumenge wurde die Heunutzung pachtweise überlassen. Es wurde auch mit einer Bienenzucht begonnen. Am Ende der Berichtszeit waren 32 Stöcke vorhanden.

Der Besuch des Lainzer Tiergartens gegen Eintrittsgebühr wurde durch die Luftangriffe sehr beeinträchtigt.

Von den 15 Fischereieigenrevieren waren alle bis auf das Donaurevier Klosterneuburg verpachtet.

Infolge der ständigen Luftangriffe, besonders in den letzten Monaten des Berichtszeitraumes, waren sämtliche Arbeiten in den Forstbetrieben äußerst behindert. Besonders ungünstig wurde die Arbeitsleistung bei den Holzgewinnungsarbeiten durch das häufige Verlassen der Arbeitsstätten bei Fliegeralarm beeinträchtigt.

In den Waldgebieten der einzelnen Forstämter wurden in der Lobau rund 12.000, in Lainz rund 250, in Mödling 50 und in Klosterneuburg rund 1000 Bombenrichter festgestellt.

Der Abteilung G 50 Quellenschutzforste unterstanden

4 Forstämter:

Stixenstein mit 2.887.44 ha

Hirschwang " 5.394.25 "

Naßwald " 10.170.34 "

Wildalpen " 6.245.86 "

Insgesamt mit 24.697.89 ha.

Vom Gesamtflächenausmaß waren 17.057.46 ha Holzboden, 685.73 ha Nichtholzboden, (landwirt. und Baugründe) und 6.954.70 ha Ödland.

Der Holzboden gliederte sich in 7.736,31 ha Wirtschaftswald und in 9.321,15 Schutzwald.

Besondere Schwierigkeiten bereitete die Aufarbeitung der alten Windwürfe im Gebiet des Forstamtes Wildalpen. Die heftigen Schneefälle im Februar-März 1944 verursachten zahlreiche, zum Teil sehr erhebliche Lawinenschäden an den Waldbeständen. Sehr gelitten haben durch diese Schneefälle auch die Wildbestände, besonders die Gamswildbestände. Auch die Holzherzeugung wurde durch die abnorme Schneelage sehr behindert.

25.) Straßenreinigung und Müllbeseitigung.

Die Straßenreinigung bei Nacht konnte infolge der Verdunkelung nicht durchgeführt werden. Auch die Reinigung der Fahrbahnen durch Automobile Kehrmaschinen und Straßenbesprengung mit Autosprengwagen, die am Beginn der Berichtszeit in beschränktem Umfange noch erfolgte, mußte 1943 gänzlich eingestellt werden.

Die Richtlampenbeleuchtung mit Petroleumlampen konnte infolge des Ausbaues der elektrisch betriebenen Schummerbeleuchtung bis auf einige hierzu nicht geeignete Objekte eingezogen werden. Hingegen wurden die Kennzeichnungen an Gehweg- und Rettungsinsel-Randsteinen, Stiegenanlagen und sonstigen Straßeneinbauten mit Kalk und Dauerfarben in verstärktem Maße durchgeführt und auch auf die eingemeindeten Gebiete ausgedehnt.

Sehr nachteilig wirkte sich der Ausfall der wegen der Mineralölbewirtschaftung nicht mehr durchführbaren jährlichen Erneuerung der Straßenölungen von Makadamstraßen aus. Wenn auch anfangs die Ölungen noch größtenteils ohne Erneuerung durchgeführt hatten, machten sich doch bald schon Zerfallerscheinungen an der Oberfläche bemerkbar. Im Sommer 1940 wurde versuchsweise, die Aufbringung einer Teeröl-Emulsion (Lydtinol) auf früherer Ölung ausgeführt.

Ansonsten wurden zur Staubbekämpfung hygroskopische Salze verwendet.

Es wurde in den einzelnen Berichtsjahren folgende Mengen von Straßen- und Marktkehricht abgeführt:

1940	83.200 m ³
1941	98.300 m ³
1942	95.000 m ³
1943	80.000 m ³
1944	113.100 m ³

Die außerordentlich strengen und schneereichen Winter 1940 und 1941 erforderten den Einsatz der gesamten Schneereinigungs- und Straßenreinigungsmaschinen und des Straßenreinigungspersonals. Die Schneepflüge mußten wochenlang schon in den Nachtstunden eingesetzt werden. Insbesondere die Reichs- und Landstraßen wiesen schwere Schneeverwehungen auf und die Freimachung der Fahrbahnen konnte nur unter Einsatz der stärksten Schneepflüge und streckenweiser Ausschaufelung durch eigene Arbeitspartien erreicht werden.

Zur Verstärkung des ständigen Personals wurden tagweise aufgenommene Hilfskräfte beschäftigt und auch die öffentlichen Beamten zeitweise eingesetzt. Zur Freimachung der Ausfallstraßen mußten Mannschaften des Sicherheits- und Hilfsdienstes, der Schutzpolizei und der Wehrmacht herangezogen werden.

Bei den mit dem Monat Oktober 1944 stärker einsetzenden Fliegerangriffen entstanden durch den Schutt, der von beschädigten Häusern auf die Straßen gefallen war, mitunter beträchtliche Verkehrshindernisse. Zu den Aufräumungsarbeiten wurden täglich durchschnittlich 300 Mann der städtischen Straßenreinigung eingeteilt. Die Abteilung stellte auch für freiwillige Helfer und Luftschutzmannschaften zahlreiche Geräte und Handkarren für die Aufräumungsarbeiten zur Verfügung.

Durch Bombenabwürfe entstanden an 48 Betriebsobjekten der städtischen Straßenreinigung Bombenschäden, 7 Gebäude wurden vollständig zerstört. Die Aufräumungsarbeiten wurden durch das Straßenreinigungspersonal durchgeführt. Auch die provisorische Instandsetzung beschädigter Objekte konnte zum Teil in eigener Regie vorgenommen werden. Viele Geräte, Handkarren und Fahrzeuge wurden infolge der Fliegerangriffe vollständig vernichtet oder stark beschädigt.

a) F u h r p a r k .

Um den städtischen Fuhrpark von allen nicht unmittelbar kriegswirtschaftlichen Dienstzweigen zu entlasten, wurde der

Dienstkraftwagenbetrieb auf Grund einer Verfügung des Bürgermeisters aus dem Geschäftsbereich der Abteilung G 40 herausgenommen und der Abteilung G 1 unterstellt.

Der Lastkraftwagenbetrieb führte aus treibstoffsparenden Gründen nur lebenswichtige Transporte wie Müll- und Fäkalienabfuhr, Brennstoffzufuhr für Ämter und Schulen, Fuhrleistungen für die Kartenstellen, Baumaterialfuhren für Luftschutzbauten u.s.w. durch. Die motorisierte Straßenreinigung (Kehrmaschinen, Sprengwagen und Waschmaschinen), war seit 1943 eingestellt. Infolge des Mangels an flüssigem Treibstoff wurde der Umbau auf Ersatztreibstoffe (Stadtgas und Holzgas) besonders gefördert und fast 3/4 der Wagen des städtischen Lastkraftwagenbetriebes dafür herangezogen.

Die immer heftiger werdenden Fliegerangriffe zwangen die Betriebsführung Maßnahmen zum Schutz des Wagenparkes und Inbetriebhaltung der Treibstoffversorgung (Gastankstellen) zu ergreifen, um den herrschenden Anforderungen gerecht zu werden.

Bei der Gastankstelle in der Garage V wurde eine Erweiterung der Anlage im Oktober 1944 durch Aufstellen eines zweiten Kompressors und 10 Stück Speicherflaschen mit 1 m³ Inhalt vorgenommen. Diesen Arbeiten wurde durch einen Bombenangriff im Februar 1945 ein Ende gesetzt, da die Gastankstelle ganz ausfiel. Der Angriff auf die Garage V Einsiedlergasse 8 erfolgte am 23. Februar und zerstörte das Kanzleigebäude, die Werkstätte, die an den Pferdemarkt angrenzenden Wagenboxen einschließlich Transformatorenraum der Gastankstelle und das obere Drittel der beiden nebeneinander liegenden großen Wagenhallen. Mit einem Betrieb in dieser Garage konnte nicht mehr gerechnet werden.

Am 22. März 1945 bekam die Kleinwagengarage in der Richthausenstraße einen Bombentreffer, der auch die nebenanliegenden Magazinräume zerstörte.

b) Hauptwerkstätte.

Der eigentliche Zweck der Hauptwerkstätte, Neukonstruktionen und Verbesserungen an Maschinen und Geräten zu schaffen, war durch die Überlastung mit Reparaturarbeiten und durch Personalmangel infolge Einrückungen und Dienstverpflichtungen fast nicht zu erfüllen. Dennoch wurde ein Schneelader mit Querförder-

band durch die Hauptwerkstätte konstruiert, der Mutterberatungszug und ein Pflanzentransportwagen mit Propangasheizungen versehen, die sich gut bewährten; die 7 " motorisierten Straßenkehrer " wurden ebenfalls nach eigenen Entwürfen von der Hauptwerkstätte hergestellt.

Die dringend notwendige Beschaffung neuer Werkzeugmaschinen war infolge mangelnder Kontingentzuweisungen unmöglich geworden. Schwierig gestaltete sich auch die Eisenbeschaffung. Die Beschaffung der kontingentierten Materialien erforderte viel zusätzliche Arbeit.

Um die Trinkwasserversorgung zu sichern, wurden 28 Triebwagen und 18 Anhängewagen als Trinkwassertransportfahrzeuge umgebaut. Der Einsatz dieser Fahrzeuge wurde infolge der Fliegerangriffe bald notwendig.

Zum Ausgleich des Abganges an Fach- und Hilfsarbeitern infolge von Einberufungen wurden Bedienstete anderer Abteilungen der Hauptwerkstätte zugewiesen. Mit jenen und neu eingereichten ausländischen Arbeitern wurden die fehlenden Fachkräfte behelfsmäßig ersetzt. Da die privaten Autoreparaturfirmen mit ihrem ebenfalls durch Einberufungen verminderten Arbeiterstand sehr wenig für den zivilen Sektor arbeiten durften, wiesen sie auch Reparaturaufträge des Fuhrparkes zurück. Die dadurch der Hauptwerkstätte entstandene Mehrarbeit sowie die erhöhte Umbautätigkeit an den Wagen auf Ersatztreibstoffe wurde durch Arbeitszeiterhöhung und durch Einführung von Tag- und Nachtschichten in der Dreherei zum Teil ausgeglichen. Die, durch die immer häufiger gewordenen Luftangriffe auf die Stadt entstandenen Schäden an Gebäuden und Kraftfahrzeugen bedeuteten eine starke Belastung für die Hauptwerkstätte. Außerdem mußten infolge Bombenschäden am Wasserleitungsnetz für die Zufuhr von Trinkwasser, behelfsmäßig Kessel auf Anhänger aufgebaut werden.

c) Mü l l b e s e i t i g u n g .

Die Müllabfuhr erfolgte im gesamten Gemeindegebiet, ausgenommen die 1938 neueingemeindeten Gebiete, mittels des staubfreien Systems " Colonia ". In den neueingemeindeten Gebieten geschah die Müllabfuhr in der bis 1938 üblichen Weise, mit Lastkraftwagen und Pferdefuhrwerken. Die Müllbeseitigung kämpfte

mit vielen durch die Kriegsverhältnisse bedingten Schwierigkeiten.

Vor allem konnte die Instandhaltung der Müllfahrzeuge infolge des Mangels an Arbeitskräften und Ersatzteilen nur in beschränktem Umfange vorgenommen werden, so daß die Zahl der betriebsfähigen Fahrzeuge auf durchschnittlich die Hälfte des Vorkriegsbestandes sank.

Ferner war die Treibstoffversorgung der Müllsammelwagen, von denen der größte Teil mit Stadtgas betrieben wurde, vielfach gestört, so daß Betriebseinschränkungen notwendig wurden. Auch der Betrieb auf den Ableerplätzen war durch die im letzten Berichtsjahre eingetretenen Bombenschäden beeinträchtigt. So mußte zum Beispiel der Betrieb am Ableerplatz im 21. Bezirk im Dezember 1944 auf 4 Wochen wegen Durchführung der Instandsetzungsarbeiten eingestellt werden.

Diese Umstände hatten zur Folge, daß die anfallenden Müllmengen nicht abgeführt werden konnten und daher Ablagerungen von Müll in den Häusern und auch auf den Straßen entstanden, obwohl zusätzlich auch an Sonntagen mittels gewöhnlicher Lastkraftwagen Müll abgeführt wurde.

Die Reinigung und Reparatur der Mülltonnen wurde, soweit dies infolge der Kriegsverhältnisse möglich war, fortgeführt. Durch den Umstand, daß die Objekte der Reparaturwerkstätte in der Traisengasse im 20. Bezirk im Juli, im November und am 3. Dezember 1944 durch Bomben schwer beschädigt wurden - im Dezember 1944 wurde die Wäscherei gänzlich zerstört - mußten wochenlange Betriebseinstellungen erfolgen. Zahlreiche instandzusetzende Gefäße blieben unrepariert. 1837 Gefäße wurden durch Bombardierung der Werkstätten vernichtet.

d) Öffentliche Anstandsorte.

In der Berichtszeit waren im Gebiet von Groß-Wien rund 100 Bedürfnisanstalten mit rund 700 Kabinen und 580 Pißständen, sowie rund 160 Pissoire für Männer mit rund 800 Ständen in Betrieb. Durch Bombeneinwirkung wurden bis 31.3.1945 8 Bedürfnisanstalten und 8 Pissoire total zerstört, viele andere mehr oder weniger beschädigt. Den Betrieb und die Instandhaltung besorgte auf Grund vertraglicher Abmachungen die Firma Wilhelm Beetz.

26.) W ä s c h e r e i e n .

Da sich der Aufgabenbereich, der im Jahre 1934 den städtischen Bädern angeschlossenen Wäschereibetriebe dauernd vergrößerte, wurde hierfür im Jahre 1940 eine eigene Abteilung geschaffen.

Die Veränderung der Geschäftseinteilung brachte auch eine Veränderung der Referatseinteilung mit sich. Diese wurde folgendermaßen festgelegt:

Unterabteilung I: Personalangelegenheiten und allgemeine Verwaltungsangelegenheiten,

Unterabteilung II: Wäschereibetriebe: Betriebsführung; Planung, Bestellung, Überwachung und Abrechnung aller Ausgestaltungs- und Erhaltungsarbeiten;

Zentralwäscherei , XII., Schwenkgasse 62,

Wäscherei Mödling, Badgasse.

Planung und Einrichtung neuer Wäschereibetriebe.

Unterabteilung III: Wäschereien in Wohlfahrts- und sonstigen Anstalten. Planung, Bestellung, Überwachung und Abrechnung aller Ausgestaltungs- und Erhaltungsarbeiten in 27 Wäschereien in Wien, Nieder- und Oberösterreich und Salzburg sowie Planung und Neueinrichtung solcher Anlagen.

Unterabteilung IV: Wäschereien und Gemeinschaftsbäder in städtischen Wohnhausanlagen.

Betriebsführung; Planung, Bestellung, Arbeitsüberwachung und Abrechnung aller Ausgestaltungs- und Erhaltungsarbeiten in 36 Zentralwasch- und 73 Gemeinschaftsbadeanlagen. Planung und Einrichtung von maschinellen Waschanlagen in den Wohnungsneubauten.

In der städtischen Wäscherei XII., Schwenkgasse wurden alljährlich rund 2,000.000 kg Spital- und Anstaltswäsche gewaschen.

In Betrieb standen 20 Waschmaschinen, 7 Zentrifugen, 1 Sechsröllmangel, 3 Dampfkalander, 1 Zweizylindermangel, 1 Kaltmangel, 8 Bügelpressen, 1 Kompressor, 1 Kettentrockenapparat, 2 Schnell-trockenmaschinen und 3 Bügelmaschinen.

Im Jahre 1940 wurden neue Kleiderablagen errichtet, die Wasch- und Abortanlagen erweitert, Betriebs- und Kanzleiräume vergrößert, neue Übergänge geschaffen, die natürliche und künst-

liche Raumbelichtung verbessert und die Fußböden und Wandverkleidungen gründlich instandgesetzt.

Außerdem wurden die maschinellen Einrichtungen durch Anschaffung einer großen Pendelzentrifuge, einer Achttrollmangel, einer Bügelmaschine und einer Dampfkesselspeisepumpe vermehrt. Für sämtliche Waschmaschinen wurden Wärmemeßeinrichtungen angeschafft und am Dachboden eine Reservetrockenanlage aufgestellt. 1942 wurde eine neue Dampfkesselspeisepumpe montiert und ein Schlaf- und Aufenthaltsraum für 40 Ostarbeiterinnen eingerichtet.

a) Wäscherei Mödling.

Durch die Eingemeindung der äußeren Bezirke gelangte in Mödling und Umgebung eine Reihe größerer Wohlfahrtsanstalten in die Verwaltung der Stadt Wien, die über keine geeigneten Einrichtungen zur Durchführung der Wäschereinigungen verfügten. Zur Vermeidung eines namhaften Treibstoffverbrauches wurde die Wäschereinigung für diese Anstalten in die wenig beanspruchte Wäscherei des Mödlinger Stadtbades verlegt. Der Wäschetransport wurde durch einen Mödlinger Fuhrwerksunternehmer durchgeführt.

In der Wäscherei waren 3 Waschmaschinen, 2 Zentrifugen, 1 Dampfkalander, 1 Trockenanlage und 1 Bügelpresse in Betrieb. Zur Verbesserung der Betriebseinrichtungen wurde eine Waschmaschine aufgestellt sowie 1 Wasserenthärtungsanlage, 1 Kulissentrockenanlage und 1 Muldenbügelmaschine angeschafft. Im Berichtsjahre 1942 wurden die Handbügeleinrichtungen umgebaut und ein Reinwäschelager eingerichtet.

b) Wäschereien in Wohlfahrtsanstalten.

Die Leistungsfähigkeit der Wäscherei in der Arbeitsanstalt Oberlanzendorf wurde durch Auswechslung der Maschinen wesentlich erhöht und den derzeitigen Bedürfnissen angepaßt. Im Kinderheim Lehenhof wurde mit Verwendung vorhandener Maschinen ein maschineller Wäschebetrieb eingerichtet und durch Bereitstellung von Maschinen auch für die Einrichtung einer Wäscherei in der Heilanstalt Sulzbach-Ischl vorgesorgt. Die Wäschereieinrichtung des Versorgungshauses St. Andrä a/Ti. wurde durch Aufstellung einer Zentrifuge und einer Kastenmangel mit Motorantrieb erweitert. Für die Fürsorgeanstalt "Mutter und Kind" konnte eine große Waschmaschine beschafft werden. In der Fürsorgeklinik

Gersthof wurde eine neue Waschmaschine aufgestellt und die Kullissentrockenanlage um 7 Trockenkulissen erweitert. Außerdem wurde für das Johann Peter Frank-Krankenhaus und das Altersheim Währing je 1 Zentrifuge beschafft.

c) Wäschereien und Gemeinschaftsbäder in städtischen Wohnhausanlagen.

In den Wäschereianlagen der Wohnhäuser wurde eine Verneuerung der Waschstände, Waschmaschinen, Zentrifugen, Trockenkulissen und Bügelmaschinen im Rahmen des zulässigen Ausmaßes durchgeführt und die Automatisierung der Waschmaschinengruppen fortgesetzt. Zur Erhöhung der Betriebssicherheit beim Dampfkesselbetriebe wurden 8 Anlagen automatische Wasserstandswächter angeschafft. In 2 Wäschereien wurden Entnebelungsanlagen eingebaut und eine Gas geheizte Wäscherei mit einem zwangsläufigen Verbrennungsgasabzug ausgestattet. In einer anderen Anlage wurde die Trockenkammerheizung erneuert.

In einigen Gemeinschaftsbädern mußten die schadhaften Gaswarmwasserautomaten ausgebaut und durch Warmwasserspeicherkessel mit Koksheizung ausgetauscht werden.

In zwei Kriegsgefangenenlagern wurden 18 Brausebäder und 40 Waschelegenheiten eingerichtet.

Der Neubau I., Wollzeile 27 wurde mit einer maschinell eingerichteten Waschküche und einer zentralen Warmwasserbereitung ausgestattet.

Zu Beginn des Jahres 1944 war die Beschränkung der verfügbaren Betriebsmittel und Arbeitskräfte in den Wäschereien bereits ~~so~~ **so erheblich geworden**, daß die Waschleistung abzusinken begann. Dieser Zustand steigerte sich mit der Häufigkeit der Luftangriffe und deren stetig zunehmender Dauer bis zur Unerträglichkeit.

Der durch die Luftangriffe allein verursachte Arbeitszeitverlust betrug 26 %, der durch Stromausfall, Wasser- und Brennstoffmangel verursachte Zeitverlust betrug weitere 9 %, der Gesamtbetriebszeitverlust im Jahre 1944 belief sich daher auf 35 % der veranschlagten normalen Arbeitszeit.

Die erzielte Waschleistung lag dagegen nur um 29 % unter der veranschlagten Jahresleistung.

Mit Rücksicht darauf, daß die beiden Wäschereien oft

stundenlang im Zentrum der Luftangriffe lagen, wobei die Bediensteten keine Möglichkeiten hatten halbwegs bombensichere Unterstände aufzusuchen, somit das Ende der Angriffe im Betriebe abwarten mußten um hierauf unter schweren Nervenkrisen und in höchster Sorge um das Schicksal ihrer nächsten Familienangehörigen noch die Arbeit an der dringend geforderten Spitalwäsche zu beenden, ist das Ergebnis dieses Jahres als ein, in schwerster Zeit errungener Erfolg der städtischen Wäschereibetriebe zu werten.

27.) H a u p t w e r k s t ä t t e .

Die städtische Hauptwerkstätte wurde zufolge Verfügung vom 11.10.1944 aus dem Geschäftsbereich der Abteilung G 32 gelöst und als selbständige Abteilung G 34 "Maschinenpark und Werkstätten" aufgestellt. Dem Werkstättenbetrieb 12., Malfattigasse wurde zunächst der Straßenwalzenbetrieb 13., Lützowgasse und später der Werkstättenbetrieb 17., Richthausenstraße angegliedert.

Das Arbeitsgebiet der Hauptwerkstätte erstreckte sich bis zum Oktober 1944 auf die Instandhaltung der Heizeinrichtungen und Warmwasserbereitungsanlagen in städtischen Schulen, Amtshäusern, Krankenanstalten und sonstigen städtischen Objekten, auf die Durchführung von Kaminuntersuchungen und auf die Beistellung von Heizern während der Wintermonate.

Nach der Aufstellung der selbständigen Abteilung G 34 wurde das Arbeitsgebiet durch die Übernahme des Maschinenparkes und dessen dauernde Instandhaltung, durch Umbauarbeiten an Kraftfahrzeugen auf Generatorgasbetrieb oder für Spezialverwendung erweitert. Am 18.1.1945 wurde schließlich die gesamte Instandhaltungsgruppe für Heizung und Warmwasserbereitung von der Abteilung G 32 in die Abteilung G 34 verlegt.